



Klaus-Peter Dietmayer:

Chancenreiche Nutzung nachwachsender Rohstoffe

Mit Stolz verweist der Geschäftsführer von Erdgas Schwaben darauf, die Partnerschaft mit den Kommunen erfolgreich ausgebaut zu haben.

Seite 8



Dr. Georg Sinnacher:

Europäische Union in der Denkpause

Nach Ansicht des Altbezirkstagspräsidenten liegen die Mitgliedsländer unter anderem bei der Frage der Verfassung noch weit auseinander.

Seite 3



Manfred Hölzlein:

Konsequenzen einer alternden Gesellschaft

Bei der Verbandstagung der bayerischen Bezirke wies der Präsident darauf hin, dass ein Altern in Würde „Auftrag und Verpflichtung“ ist.

Seite 2

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 20. Juli 2006

57. Jahrgang / Nummer 14

KPV-Mandatsträgerkonferenz Süd in Gaimersheim:

Blickpunkt Kommunalwahl

Sehr deutlich wirft das Kommunalwahljahr 2008 seine Schatten voraus. Im Rahmen der KPV-Mandatsträgerkonferenz Süd in Gaimersheim bei Ingolstadt erläuterten KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun und CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder im regen Gespräch mit den Delegierten gangbare Wege, „Politik aus einem Guss“ zu gestalten.

„Es gilt, alle Möglichkeiten für 2008 auszuschöpfen!“ appellierte Luitpold Braun an die zahlreich versammelten Mandatsträger. Neben den Fachseminaren der Hanns-Seidel-Stiftung werde die CSU wie bereits 2002 auch

eigene Seminare zur Kandidatenschulung anbieten. Dies habe sich in der Vergangenheit bewährt. Dagegen müsse mit der Präsentation von Werbemitteln dieses Mal eher begonnen werden, um Kandidaten die Möglichkeit zu geben, ihre persönlichen Vorstellungen frühzeitig einzubringen.

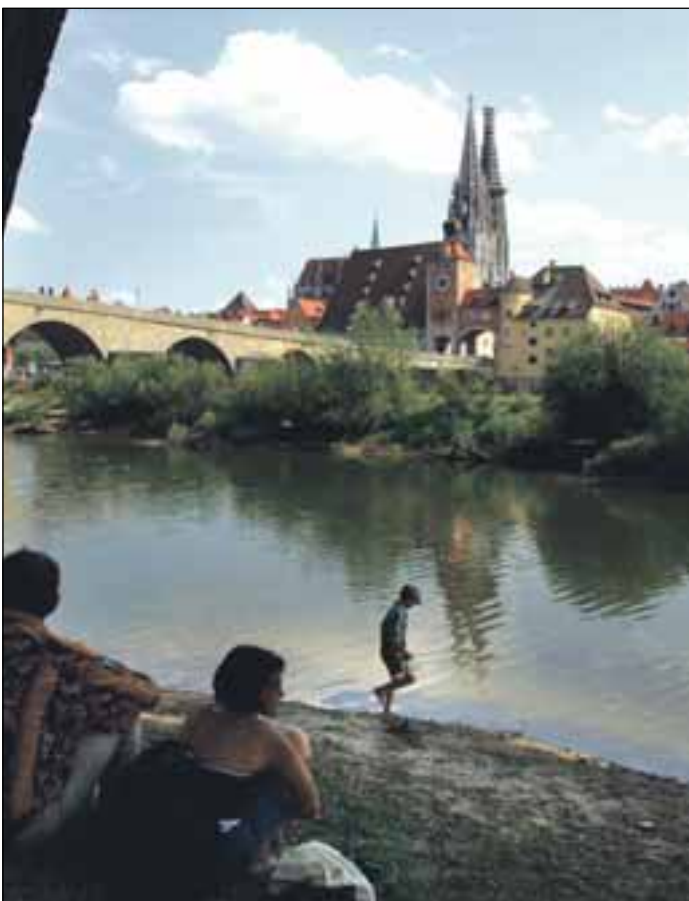
Kandidatenbörse

Gut angenommen werde die Kandidatenbörse der KPV, fuhr Braun fort. Bislang habe diese rund 30 Bewerber „allesamt interessante Leute“ hervorgebracht. Betrachte man sich allein die lange Liste von (Ober-)Bürgermeistern im Land, so treffe man auf genügend Fälle, „in denen die Bewerber von auswärts kamen bzw. nicht in die örtliche Kommunalpolitik involviert waren und dennoch gute Erfolge erzielten“. Exemplarisch stünden hierfür Augsburg, Bad Reichenhaller oder auch Lindau. „Solche Chancen müssen wir nutzen“, betonte Braun und fügte hinzu: „Je geringer die Zahl der Stammwähler am Ort wird, umso größer ist die Chance für einen Auswärtigen.“

Rückhalt der Staatsregierung

Grundsätzlich könne sich die Kommunalpolitik der CSU des Rückhalts der Staatsregierung und der Landtagsfraktion gewiss sein, sagte der KPV-Landesvorsitzende. Man habe in der Vergangenheit eine gute Basis erreicht; dies gelte im besonderen für die sehr ergebnisorientierten Gespräche zum kommunalen Finanzausgleich.

Brauns Fazit: „Es kommt darauf an, dass wir Gemeinden, Landkreise und damit auch die



Die von den Römern gegründete Donaustadt ist reich an Baudenkmälern. Prägende Elemente der Stadtsilhouette sind der gotische Dom und die mehr als 800 Jahre alte Steinerne Brücke.

Regensburg ist Weltkulturerbe

Nach jahrelangen Bemühungen ist das mittelalterliche Zentrum von Regensburg von der Unesco als Weltkulturerbe anerkannt worden. Mit der am 13. Juli vom Unesco-Welterbekomitee im litauischen Vilnius getroffenen Entscheidung würden die Anstrengungen der oberpfälzischen Stadt zum Schutz ihrer Denkmäler gewürdigt, sagte ein Sprecher der UN-Kulturorganisation.

In Bayern löste die Entscheidung Jubel aus. „Die Anerkennung als Weltkulturerbe ist ein großartiger Erfolg für die ganze Stadt“, erklärte Ministerpräsident Edmund Stoiber. Insgesamt nahm die Unesco zehn neue Stätten in die Liste auf.

Verdiente Auszeichnung

Die einstige Reichsstadt Regensburg hat das größte zusammenhängende mittelalterliche Zentrum Deutschlands. Regensburg war vom 11. bis zum 13. Jahrhundert herausragende kontinentale Handelsstadt und das einzige politische Zentrum des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Besonders die mehr als 800 Jahre alte Steinerne Brücke, der gotische Dom und die Fülle an Baudenkmälern - es

gibt etwa 1400 denkmalgeschützte Bauten - dienten als Begründung für die Bewerbung. Bayerns Kultusminister Thomas Goppel nannte die Entscheidung eine „verdiente und große Auszeichnung“. Die Anstrengungen hätten sich gelohnt.

Großes Kompliment

Deutschland verfügt nun über 32 Stätten auf der Welterbeliste. Oberbürgermeister Hans Schaidinger gab überglücklich seiner Freude Ausdruck: „Die Aufnahme in die Unesco-Liste des Welterbes ist für Regensburg ein großes Kompliment, um das viele Städte kämpfen. Es ist aber auch eine Bestätigung dessen, woran wir alle geglaubt haben: Unsere Stadt ist etwas Besonderes und wir können mit Recht stolz sein.“

Bayerischer Städtetag 2006 in Kulmbach:

Jugend zwischen Schule und Beruf

Der zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft 2004 geschlossene Ausbildungspakt hat sein Ziel nach Einschätzung des Bayerischen Städtetags nicht erreicht. Wie der Städtetagsvorsitzende, Regensburgs OB Hans Schaidinger, bei der Jahrestagung in Kulmbach vor rund 300 Kommunalpolitikern berichtete, fehlten im Freistaat mehr als 30.000 Lehrstellen für Schulabgänger.

Rund 20 Prozent der Hauptschulabsolventen haben nicht die von der Wirtschaft geforderte Ausbildungsreife. Nur einem Viertel der jungen Menschen, die die Hauptschule abschließen, gelingt es, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Gründe für diese prekäre Zukunftsperspektive junger Menschen sind Schaidinger zufolge die abnehmende Erziehungskompetenz der Eltern, fehlende

(Fortsetzung auf Seite 4)

Prekäre Perspektive

Ein Zehntel der jungen Menschen bleibt auf Dauer ohne Ausbildung bzw. Arbeit. Diese düstere Situation veranlasste den Bayerischen Städtetag, das Thema „Jugend zwischen Schule und Beruf“ in den Mittelpunkt der Verbandsversammlung zu stellen.



OB Hans Schaidinger.

Weirather regiert das Unterallgäu

Zum Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen bisherigen Unterallgäuer Landrats Hermann Haisch wurde der Vertreter der Freien Wähler, Hans-Joachim Weirather, bestimmt. Er setzte sich gegen weitere drei Kandidaten mit 53,9 Prozent der Stimmen durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 42,8 Prozent.

In der Bayerwald-Gemeinde Frauenau wurde der SPD-Kandidat Herbert Schreiner zum neuen Bürgermeister gewählt. Auf den Polizeibeamten, der bereits seit mehreren Jahren als Stellvertreter fungierte, entfielen 70,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Wegen anhaltender gesundheitlicher Probleme war Amtsinhaber Stadler (SPD) vom Gemeinderat zwangspensioniert worden. In Bühlberg, Landkreis Passau, ist Bürgermeister Norbert Marold von den Freien Wählern in seinem Amt bestätigt worden. Der 51-Jährige erhielt 98,85 Prozent der Stimmen. Er war der einzige Kandidat. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,4 Prozent. In Icking, wo sich sechs Kandidaten um den Posten des Rathauschefs beworben hatten, kommt es am 23. Juli zur Stichwahl. **DK**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder, KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun und KPV-Geschäftsführer Florian Hahn.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Mit verschlankten Leitlinien in Bayerns Zukunft	2
Härtefonds für Hartz-IV-Mehrkosten	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Sprengelpflicht auch für Kindergarten und -krippe	3
Tag der Franken	3
Bundesrat stimmt Föderalismusreform zu	5
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiefragen	6 - 11
Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV	12/13
Kommunalfahrzeuge - Grünanlagen - Winterdienst	14/15
Dienstleistungen	16/17
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20



Stichwort Integration: Ein friedliches Zusammenleben in den kleinen Einheiten steht beim Bürgermeister ganz oben auf der Prioritätenliste. Alle sollen sich entfalten und wohlfühlen können. Eines aber ist klar: Den Takt gibt die Mehrheit vor, die alle gerne zum Mitmachen einlädt. Seite 19

Landtag verabschiedet das neue LEP:

Mit verschlankten Leitlinien in Bayerns Zukunft

Ziel sind gleichwertige Lebensbedingungen für Ballungszentren und flaches Land im Zeichen demografischer Entwicklung und Globalisierung

Als „Fundament, auf dem wir aufbauen können“, hat Wirtschaftsminister Erwin Huber das neue bayerische Landesentwicklungsprogramm bezeichnet, das gegenüber dem Programm von 2003 um 40 % „verschlankt“ ist und den Menschen in Stadt und Land gleichwertige - nicht gleichartige - Lebensbedingungen sichern soll. Dies mit einem besonderen Akzent für das flache Land neben den neuen Monopolregionen. Nach fünfstündiger Plenardebatte hat die CSU-Mehrheit das immer noch mehr als 250 Seiten umfassende, auch unter den kommunalen Spitzenverbänden punktuell umstrittene Konzept gegen die Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet.

Das LEP ist eine Verordnung, die laut Huber nach letzter, formeller Bestätigung im Kabinett vor dem 21. Juli in Kraft treten soll. Die CSU-Fraktion hatte den Entwurf, der im März dem Landtag zugeleitet wurde, in den Fraktionsberatungen sowie in 18-stündiger Kontroverse mit der Opposition in den Ausschüssen in einigen Punkten geändert.

Einzelhandelsgroßprojekte in der Diskussion

Um kein Gefälle zwischen den Monopolregionen (voran München und Nürnberg) und ihrem Umland zu schaffen, wurde die Bedeutung einer Stärkung der Infrastruktur extra betont. Bei den - zwischen Städte- und Gemeindetag strittigen - Rahmenbedingungen für Einzelhandelsgroßprojekte sprach sich die Regierungsfraktion für Zulassung nach örtlichen Voraussetzungen aus. Die von der Staatsregierung

zwecks Verschlinkung weggelassenen einzelnen Schienen- und Straßenprojekte wurden wegen der teilweisen Finanzierung durch den Bund wieder in das LEP aufgenommen.

Strategiewechsel der Landesplanung

Im Plenum sprach Berichterstatter Reinhold Bocklet (CSU) von einem Strategiewechsel der Landesplanung, vor allem wegen der demografischen Entwicklung und der Globalisierung; die bis in die Gemeinden hineinwirke. Er bezog sich auf die dazu eingebrachte Resolution seiner Fraktion. In ihr wird festgestellt, dass die „weltweit tiefgreifenden Veränderungen ... eine rasche Antwort auf die Veränderungsprozesse in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt“ erfordern. Deswegen werde es Teilfortschreibungen des LEP in kürzeren Intervallen als früher geben.

Anhörungsrecht der Kommunen

Das Anhörungsrecht der Kommunen werde nicht verkürzt oder verletzt, versicherte Bocklet. Es bleibe beim Grundsatz der flächendeckenden Versorgung mit zentralen Infrastruktureinrichtungen. Das System der Zentralen Orte bleibe, könne jedoch verändert werden, wenn die Auswirkungen der Verwaltungsreform für die Staatsbehörden klar seien. Der Resolution entsprechend hatte die CSU detaillierte Korrekturen des LEP-Entwurfs vorgenommen.

Opposition kritisiert Hektik

Die Opposition sah in der Resolution den Beweis der Uneinigkeit zwischen CSU-Fraktion und speziell dem zuständigen Wirtschaftsminister. Die Beratung im Landtag sei zu hektisch erfolgt. SPD und Grüne forderten weitere Ausschussberatungen und Diskussionen mit Kommunen und Wirtschaftsverbänden im Herbst. Mithildegard Kronawitter (SPD) beanstandete „mangelnde Systematik“. Zum Beispiel würden Klimaschutz und ökologische Belange nicht gebührend beachtet. Ebenso sei die Entwicklung der demografischen Perspektive mit ihren absehba-

ren Konsequenzen im ländlichen Raum für die soziale, schulische, kulturelle, wirtschaftliche und verkehrliche Infrastruktur nicht gebührend berücksichtigt.

Strategische Umweltprüfung

Christian Magerl (Grüne) nannte das LEP „eine einzige Bankrotterklärung, kurzatmig statt zukunftsfähig“. Auf jeden Fall hätte man die nach EU-Recht ab 21. Juli vorgeschriebene „strategische Umweltprüfung“ bei solchen Programmen vornehmen sollen.

Seine Fraktionskollegin Maria Scharfenberg warf der CSU vor, im LEP Änderungen vorgenommen zu haben, ohne die kommunalen Spitzenverbände dazu zu hören. SPD-Umweltsprecher Ludwig Wörner sprach von einem „Hoppla-hopp-Verfahren“, bei dem Ziele herausgekommen seien, „die nicht gerichtsfest sind“. Das neue LEP trage „die Handschrift der Wirtschaft“ und nicht der Menschen oder der Kommunen. Es sei „ein Zeichen von politischer Feigheit“, heikle Entscheidungen wie über die Errichtung von Einkaufszentren oder den Hochwasserschutz den Planungsverbänden und Kommunen zuzuschieben.

Kein einheitlicher Weg

Der Wirtschaftsminister wies die Vorwürfe zurück. Eine strategische Umweltprüfung hätte die LEP-Neufassung nutzlos um mindestens ein Jahr verzögert. Die Beratungen im Landtag wie mit Wirtschaft und Kommunen seien intensiv gewesen. Er räumte ein, es werde nicht immer leicht sein, den Vorrang der ländlichen Entwicklung beizubehalten. Bei Einzelhandelsgroßprojekten gebe es leider keinen einheitlichen Weg. Städte- und Landkreistag

Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke in Erlangen:

Konsequenzen einer alternden Gesellschaft

Unter dem Motto „Soziale Folgen der alternden Gesellschaft - Herausforderung für die Bezirke“ traf sich der Verband der bayerischen Bezirke in Erlangen zu seiner Jahrestagung. Präsident Manfred Hölzlein wies dabei darauf hin, dass ein Altern in Würde für die bayerischen Bezirke „Auftrag und Verpflichtung“ ist.

„Auch wenn wir die Notwendigkeit einzusparen, wo immer dies möglich ist, erkennen und bejahen, sagen wir auch, dass wir nicht alles nur am Preis ausrichten dürfen“, bemerkte Hölzlein. Da das Risiko, im Alter auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein, mit den Jahren ansteige, müsse das Angebot an Heim-, Wohn- und Betreuungspätzen in Zukunft schon deshalb ausgebaut werden, weil erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine Generation von Behinderten in das Rentenalter eintrete und weiterhin der Betreuung bedürfe.

Gastgeber Bartsch

Mittelfrankens Bezirkspräsident Richard Bartsch untermauerte als Gastgeber der Verbandsversammlung den Anspruch der dritten kommunalen Ebene in Bayern, Partner und Ansprechpartner all jener im Freistaat zu sein, die sich mit den Folgen des Alterungsprozesses in der Gesellschaft auseinandersetzen. Allein in Mittelfranken gebe es heute 219 Pflegeeinrichtungen mit über 15.000 Pflegeplätzen. Als überörtlicher Sozialhilfeträger habe der Bezirk dabei im Rahmen der Hilfe zur Pflege bereits 3.825 Fälle zu betreuen. Im aktuellen Bezirksetat seien hierfür 85,5 Millionen Euro eingestellt. Bartsch zufolge erhalten in Bayern rund 32.000 behinderte oder von Behinderung bedrohte

Kommunale Verdienstmedaille für 17 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

Insgesamt 17 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben und der Oberpfalz zeichnete Innenminister Dr. Günther Beckstein für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung mit der Kommunalen Verdienstmedaille aus.

Otto Gascher, Erster Bürgermeister des Marktes Schierling, Stellvertreter des Landrats des Landkreises Regensburg und ehemaliger Bezirkstagsvizepräsident des Bezirks Oberpfalz;
Herrmann Gumbmann, Mitglied des Stadtrats Erlangen;
Herbert Hachtel, Ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Rothenburg ob der Tauber, ehemaliges Mitglied des Kreistags Ansbach und des Bezirkstags Mittelfranken;
Bernd Hering, Landrat des Landkreises Hof und ehemaliges Mitglied des bayerischen Landtags und des Stadtrats Hof sowie des Bezirkstags Oberfranken;
Arno Herrmann, ehemaliger zweiter und dritter Bürgermeister der Gemeinde Warmensteinach und derzeitiges Mitglied des Gemeinderats Warmensteinach und des Kreistags Bayreuth;
Oskar Kaiser, Ehemaliger erster Bürgermeister der Gemeinde Hohenroth und Mitglied des Kreistags Rhön-Grabfeld;
Alois Karl, Mitglied des Deutschen Bundestags und des Kreistags Neumarkt i. d. Opf. und ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Neumarkt i. d. Opf.;
Anton Kütt, ehemaliger erster Bürgermeister des Marktes Rimpf und derzeitiges Mitglied des Kreistags Würzburg;
Otto Landgraf, Zweiter Bürgermeister der Gemeinde Willmars;
Ferdinand Metz, Mitglied des Stadtrats Fürth;
Dr. Helmut Müller, Mitglied des Bayerischen Landtags und des Stadtrats Bamberg;
Helmut Reich, Landrat des Landkreises Nürnberger Land und ehemaliger erster Bürgermeister der Gemeinde Happurg;
Georg Rosenbauer, Landrat des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen, ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags, ehemaliger erster Bürgermeister der Gemeinde Ostheim und ehemaliger zweiter Bürgermeister der Gemeinde Westheim;
Reinhard Schwirzer, Oberbürgermeister der Stadt Weißenburg i. Bay. und Mitglied des Kreistags Weißenburg-Gunzenhausen;
Dr. Manfred Weiß, Mitglied des Bayerischen Landtags und des Stadtrats und Kreistags Roth und ehemaliger Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium der Justiz;
Eugen Wutz, Dritter Bürgermeister der Stadt Sonthofen und ehemaliges Mitglied des Kreistags Oberallgäu;
Wolfgang Zirkelbach, Mitglied des Stadtrats Würzburg. □

seien mit dem gefundenen Konzept einverstanden.

Fast alle 79 Oppositionsanträge, obenan die Forderung nach Zurückstellung der LEP-Entscheidung, wurden von der CSU

abgelehnt. Zustimmung fanden wenige Detailanträge von SPD und Grünen, u. a. beim Schutz von Wasser und Trinkwasser sowie beim ÖPNV-Grundangebot auf der Schiene. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Kastenmüller
85617 Aßling
am 4.8.

Bürgermeisterin Christa Lechner
86681 Fünfvetten
am 28.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Reichl
93348 Kirchdorf
am 5.8.

Bürgermeister Josef Zilbauer
92648 Vohenstrauß
am 27.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Marianne Krohnen
63826 Geiselbach
am 1.8.

Bürgermeister Wolfgang Back
97708 Bad Bocklet
am 5.8.

Bürgermeister Edwin Mahr
96191 Viereth-Trunstadt
am 7.8.

Bürgermeisterin
Anna-Maria Wöhl
91590 Bruckberg
am 29.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Kellner
96179 Rattelsdorf
am 1.8.

Bürgermeister Quirin Krötz jun.
86935 Rott
am 2.8.

Bürgermeister
Karl-Heinz Escher
91287 Plech
am 29.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jan Neusiedl
82031 Grünwald
am 6.8.

Bürgermeister Daniel Sporer
84109 Wörth a. d. Isar
am 27.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Behringer
94169 Thurmansbang
am 25.7.

Härtefonds für Hartz-IV-Mehrkosten

Landtag beschließt ersten Schritt zum Ausgleich zwischen Bezirken, Landkreisen und Gemeinden

Einen zugegeben „ersten Schritt“ zur Neuordnung des Kostenausgleichs zwischen Bezirken einerseits, Städten, Landkreisen und Gemeinden andererseits als Folge des insbesondere durch das Hartz-IV-Programm geänderte Sozialgesetzbuch hat der Landtag zum 1. August dieses Jahres beschlossen. Es geht um die Entlastung der Bezirke um geschätzt 296 Mio. Euro, der eine Mehrbelastung von ca. 216 Mio. Euro für die kreisfreien Gemeinden und etwa 80 Mio. Euro jährlich für die Landkreise gegenübersteht. CSU und SPD stimmen der Gesetzesvorlage der Staatsregierung zu, die Grünen lehnten sie als völlig unzureichend ab.

Es geht um die nach dem geänderten Sozialgesetzbuch des Bundes verlagerte Zuständigkeit bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie der Sozialhilfe für Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler. Die Berichterstatter Joachim Unterländer (CSU) und Christa Steiger (SPD) machten keinen Hehl daraus, dass diese Gesetzesänderung als erster Schritt noch nicht voll befriedigend sei. Weitere Schritte zur Neuordnung des sozialen Bereichs zwischen Staat und Kommunen müssten folgen. Mit der aktuellen Gesetzesänderung würden die erheblichen „Verwerfungen“ jedoch bereits weitgehend ausgeglichen. Das Prinzip der Gleichstellung von ambulanter und stationärer Hilfen müsse durchgesetzt werden.

Bundesgesetzgeber ist gefordert

So sah es auch Sozialstaatssekretär Jürgen Heike. „Wir wissen, dass noch nicht alles auf dem Weg ist, was wir wollen“, versicherte er. Der Bundesgesetzgeber müsse weitere Voraussetzungen für die Regelung auf kommunaler Ebene schaffen. Man könne sie jetzt jedoch mit den seit 2005 entstandenen, zusätzlichen finanziellen Belastungen nicht alleine lassen. Die Senkung der Bezirksumlage genüge

dazu nicht. Deshalb gebe es einen zusätzlichen Ausgleich. Für 2005 erfolge er in der zweiten Jahreshälfte 2006, für 2006 in der zweiten Hälfte 2007. Für heuer sieht der Freistaat einen Belastungsausgleich von 50 Mio. Euro aus einem Härtefonds vor. Die weitere Entwicklung hänge von der Kostenentwicklung ab. Ausdrücklich hat die Staatsregierung in der Gesetzesbegründung darauf verwiesen, das Konnexitätsprinzip sei nicht berührt, weil den Kommunen keine neuen Aufgaben übertragen sondern nur Zuständigkeiten neu geordnet werden.

Grüne befürchten Chaos

Für die Grünen schafft die Gesetzesänderung ein Chaos. Der Staat“ leihe sich im Endeffekt Geld von den Kommunen und empfehle ihnen, ihre Investitionen für die Mehraufwendungen zu kürzen, meinte Christine Kamm. Sie verwies auf eine Stellungnahme der Regierung von Schwaben, die am Beispiel der Stadt Augsburg eine millionenschwere zusätzliche Belastung ergebe. Der vorgesehene Härtefond sei unzureichend. Vor allem müssten zuverlässige Daten über die neuen Belastungen erhoben werden, damit ein vernünftiger interkommunaler Finanzausgleich möglich werde. **rm**



Seit über 100 Jahren feiert Dinkelsbühl seine Errettung vor den protestantischen Schweden während des 30jährigen Krieges mit der ‚Kinderzeche‘. In den Jahren 1618 bis 1648 verwüstete der 30jährige Krieg weite Teile Deutschlands, während in Dinkelsbühl der mittelalterliche Stadtkern bis heute so gut erhalten blieb wie in kaum einer anderen Stadt. Die sagenhafte Rettung vor den protestantischen Schweden, die im Jahr 1632 die Reichsstadt belagerten, hat Dinkelsbühl seinen Kindern zu verdanken. Denn während die katholischen Räte noch zögerten, sich dem Feind anzuliefern, zog die Türmerstochter Lore mit einer Kinderschar vor die Tore der Stadt und flehte den schwedischen Obristen um Gnade an. Um der Kinder willen, so heißt es noch heute, verschonte der Befehlshaber die Stadt vor Brandschatzung und Plünderung. Eine ganze Woche lang herrscht Jahr für Jahr in der Wörnitzstadt der Ausnahmezustand. Die ‚fünfte‘ Jahreszeit der Dinkelsbühler wird von Tausenden begeisterten Gästen bestaunt und mitgefeiert. Denn dann lagern wieder schwedische Truppen vor den Stadtmauern, das Wörnitztor wird von Stadtsoldaten bewacht und das Kinderzech'-Festspiel lässt die dramatische Ratssitzung noch einmal aufleben. Nach feierlicher Stadtübergabe und Einmarsch der Schweden beginnt ein großer Festzug der Dinkelsbühler in historischen Gewändern des 17. Jahrhunderts durch die engen Gassen der festlich geschmückten Stadt. □

„Tag der Franken“ in Nürnberg:

„Ein echter Zugewinn“

Auf ihre besondere Rolle im Freistaat haben erstmals die drei fränkischen Bezirke mit einem „Tag der Franken“ aufmerksam gemacht. Unter dem Motto „Franken stellt sich vor“ warben auf dem Gelände der Ausstellung „200 Jahre Franken in Bayern“ in Nürnberg verschiedene Organisationen für Franken als Urlaubsgebiet und Wanderregion, zeigten traditionelle und moderne Trachten und ließen fränkische Musik erklingen. Hinzu kamen Informationsstände über die Geschichte und das Leben in Franken sowie die fränkischen Mundarten.

Während der Nachmittag einem bunten, zweistündigen Kulturprogramm mit Musik, Mundart und Tracht gewidmet war, hieß es am Abend dann „Ä weng Franken ... in die Seele schauen“. Der literarisch-musikalische Bilderbogen in der Tafelhalle wurde begeistert aufgenommen.

„Dieser Tag soll die vielgestaltige Geschichte Frankens deut-

wurde. Damals entstand auch der „Fränkische Reichskreis“, der bis 1806 Bestand hatte und die Zusammengehörigkeit der Franken erstmals institutionell verwirklichte.

Positiv für beide Seiten

Bei einem Festakt wies Innenminister Günther Beckstein dar-

nigreichs Bayern habe sich auch in den drei in Nürnberg veranstalteten bayerischen Landesausstellungen gezeigt.

Heimatgefühl bewahren

Nach den Worten Becksteins ist es „ganz wichtig“, dass sich die Franken ihr Heimatgefühl auch in Zukunft bewahren. Ein würdiger Franke bekenne sich in Bayern zu Franken, außerhalb aber ohne Wenn und Aber zum Freistaat. „Für mich äußert sich die Vielfalt so: In Berlin gelte ich als Bayer, in München als Franke und in Franken als Nürnberger“, sagte Beckstein.

Dynamischer Landstrich

Kritischer äußerte sich der ehemalige Landtagsvizepräsident und Vorsitzende der Fränkischen Arbeitsgemeinschaft, Helmut Ritzer. Der SPD-Politiker warf der Bayerischen Staatsregierung ein auf Altbayern verengtes Staatsverständnis vor. Der Freistaat bestehe auch aus den Stämmen der Franken und Schwaben, betonte er. „Der bayerische Löwe braucht keinen Seppplhut zu tragen.“

Franken werde bei der Kulturförderung benachteiligt, beklagte Ritzer. „Wenn es um die Residenzen der Wittelsbacher geht, hat der Finanzminister immer Geld, wenn er das Erbe der Hohenzollern in Franken pflegen soll, hat er keines.“ Deshalb verfielen die Erlanger Orangerie und die Cadolzburg. Völlig deplaziert sei der Versuch gewesen, das ehemalige Kloster Heidenheim, eine Keimzelle des Christentums in Franken, als Immobilie auf den Markt zu werfen.

„Franken war immer ein dynamischer Landstrich mit vielen Veränderungen“, betonte Mittelfrankens Bezirksstadtspräsident Richard Bartsch. Der Frankentag soll künftig im jährlichen Wechsel in einem der drei fränkischen Bezirke stattfinden. „Der ‚Tag der Franken‘ wandert 2007 nach Oberfranken, 2008 findet er in Unterfranken statt und wenn er zwischenzeitlich nicht verloren geht, ist er 2009 wieder in Mittelfranken“, schmunzelte der Bezirksstadtspräsident. **DK**

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leser

Was brauchen wir noch Konnexität? Im Bereich der Kinderbetreuung wird das Problem für mich überdeutlich. Der Deutsche Bundestag beschließt ein attraktives Elterngeld. Dadurch erwartet man sich politisch, dass insbesondere berufstätige Frauen aus der gehobenen Mittelschicht mehr Kinder bekommen. So weit so gut. Ein Jahr zahlt der Bund, aber nach einem Jahr zahlen die Kommunen die Zeche! Glaubt denn wirklich jemand, dass die Mutter oder gar der Vater nun bereit sind, sich um die Betreuung des Kindes zu sorgen und auf das viele Geld zu verzichten, bis das Kind in einen Kindergarten aufgenommen wird. Der kommunalpolitische Druck auf Errichtung

Sprengelpflicht auch für Kindergarten und -krippe

von Kinderkrippen wird so groß werden, dass wir Kommunen diesen Bedarf anerkennen müssen. Das aber kostet Geld, das wir nicht haben. Wer zahlt?

Andererseits haben wir uns alle, Kommunen wie Träger, in den vergangenen Jahren sehr ins Zeug gelegt, um jedem Kind ab drei Jahren auch einen Kindergartenplatz bieten zu können. Ein für mich übertriebenes, gesetzlich begründetes Wahlrecht der Eltern, führt dazu, dass insbesondere Kommunen, die sich für kirchliche Träger entschieden haben, auf Kapazitäten sitzen bleiben, weil der eine meint, sein Kind müsse unbedingt in einen Montessori-, die andere unbedingt in einen Waldorfindergarten; eine dritte hält die Erziehungsziele der Humanistischen Union für besonders erstrebenswert. Die Folge kann sein, dass die Kommune ihre ge-

setzliche Aufgabe, die vielfach über freie Träger erfüllt wird, deshalb nicht mehr leisten kann, weil ein wirtschaftlicher Betrieb vor Ort durch die Wahl eines Kindergartens außerhalb der eigenen Kommune nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Nun genügt offensichtlich nicht mehr die ausreichende Platzkapazität vor Ort, die viele Investitionen verschlungen hat. Planungssicherheit und Arbeitsplatzsicherheit für die Träger werden

schwierig. Ich will recht verstanden werden, zwingende persönliche Gründe, die schlüssig vorgebracht werden, sind das eine, ein recht unbestimmtes Wunsch- und Wahlrecht, das andere. Der gesunde Wettbewerb zwischen Kindergärten ist innerhalb einer Kommune zu begrüßen, wird aber schädlich, wenn sich dieser Wettbewerb über die Grenzen der Kommune ausweitet und damit die Aufgabenerfüllung einzelner Kommunen erheblich erschweren kann.

In der Grundschule besteht Sprengelpflicht. Warum nicht auch - soweit Kommunen nicht anders selbst bestimmen - beim Kindergarten und Krippenbesuch? Es geht mir als Kommunalpolitiker nicht um die Frage, wo das Geld für die Betreuung hinfließt, sondern um die nachhaltige Sicherung von Bildungseinrichtungen in der eigenen Kommune. Komme mir nun keiner und sage: Die Kommunen müssen ja den Bedarf erst anerkennen! Ich bin gespannt auf die ersten Prozesse, in denen Kommunen beklagt werden, weil eine solche Anerkennung nicht erfolgt ist. Aber wahrscheinlich sehe ich ja wieder bloß einmal zu schwarz, oder?

Thr
Max. Gaul

Europa in der Denkpause

Von Dr. Georg Simnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Der letzte EU-Gipfel am 16. Juni 2006 hat es endgültig gezeigt: Die Mitgliedsländer liegen sowohl bei der Frage der Verfassung wie bei derjenigen der Erweiterung, noch weit auseinander. Die ohnedies bereits verordnete Denkpause wurde folgerichtig um ein Jahr verlängert. Wir befinden uns in einer wirklichen europäischen Krise, die noch dadurch spürbarer wird, dass sich in einigen Mitgliedsländern stärkere Nationalismen regen.

Die Krise ist diesmal nicht mehr eine solche der Staats- und Regierungschefs. Sie ist eine Krise der Völker, eine europäische Gesellschaftskrise, die von der Politik erst allmählich begriffen wird. Es gibt zwischen den Völkern Europas ungelöste Grundsatzfragen: Seit ihrer Gründung haben die EU und ihre Vorgänger nie definiert, was Europa ist. Die fragwürdige, rein geografische Gebietsabgrenzung kann es nicht sein. Zur geografischen Beschreibung ist der europäische Wertebegriff zusätzlich erforderlich, wie er sich im Verlauf der europäischen Geschichte und der deckungsgleichen kulturellen Entwicklung ergeben hat. Nicht einmal in dem mittlerweile von 15 Staaten ratifizierten Verfassungsvertrag wurde Europas Fundament begründet. Was Wunder, dass in den Völkern der EU mehr Angst vor der Ungewissheit, als Hoffnung auf die gemeinsame Zukunft besteht!

Wir kommen zur Zeit in Europa nicht weiter, weil es innerhalb der Völker Europas und zwischen den Völkern Europas eine weitere ungelöste Grundsatzfrage gibt: Wir wissen nicht, wie viel Europa wir wollen. Wir wissen nicht, wie viel Europa wir brauchen. Es herrscht eher Überdruß. Nicht mehr alle Europäer wollen mehr Europa, sondern viele denken, wir hätten heute schon zu viel. Nicht wenige hassen den regional oft unverdaulichen europäischen Gesetzesmix aus zu viel Details und wünschen sich, dass sich Europa auf wichtigere Gesamtanliegen konzentrierte, wie innere und äußere Sicherheit, Zuwande-

lung, Integration, Soziales und gegenwärtig besonders spürbar - die Energieaußenpolitik. Die Denkpause muss dazu führen, die jeweiligen Aufgabenträgerschaften in Art einer europäischen Föderalismusreform radikal nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen. Von den Kommunen aus gesehen erleben wir mittlerweile eine europäische Aushöhlung des deutschen Selbstverwaltungsprinzips.

Europäische Sprachlosigkeit

Die nationale Politik verfügt über keine gemeinschaftsstärkenden Inspirationen, um die große Spaltung zwischen den Bürgern, die mehr, oder jenen, die weniger Europa wollen, zu überwinden. Die schlimme Bürgerferne Europas wird überdeutlich spürbar. Dabei fällt zugleich seit Jahren auf, dass sich die intellektuellen großen Kulturschaffenden in Europa einer ausgesprochenen europäischen Sprachlosigkeit, statt einer pro europäischen Ermunterung befleißigen. Dies steht in einem eigenartigen Gegensatz zu dem weltweiten Interesse, das die EU in Afrika, Asien, ja selbst in Amerika erfährt. Die Welt wird nicht besser durch weniger Europa, aber es muss das global richtige Europa in Werteinhalt und Aufgabenhierarchie sein. Der neue Weg in die Zukunft Europas kann nur mit seinen Bürgern beschritten werden. Dazu braucht es mehr Akzeptanz, weniger Bürokratie, viel mehr Transparenz. Ob dies bloß, wie im Juni beschlossen, durch das „Europa der Projekte“ etwa gegen Jugendarbeitslosigkeit und zur Integration von

Migranten geht, bleibt mehr als zweifelhaft. Es muss auch ein Europa der Herzen geben. Wer transformiert den Europainhalt der Politik, vermittelt durch das kulturelle Europa der Vielfalt und der Integration besser, als die im Staatsaufbau der Europäischen Union überall stark verankerten bürgernahen Kommunen?

Die Kommunen Europas sind das bürgernahe Instrument um Europa zum Hort der Zukunftsentwicklung zu machen. Nur mehr Europa wird den Problemen Europas und der Welt gerecht, aber es muss ein Europa der gefühlten Nähe und der gefüllten Herzen sein.

Die verordnete Denkpause, die wohl nicht ohne einen - von den Grundlagen Europas heraus - neu definierten Verfassungsvertrag endigen kann, muss in ihrem Inhalt auch zur Stärkung der europäischen Kommunen kommen, um die Europäische Union als Union ihrer Bürger von unten her zu tragen. Der Regionalausschuss konnte bisher in dieser Hinsicht zu keinem Vorzeigobjekt werden. Ursächlich dafür sind die automatisch eingetretenen Mischfunktionen zwischen staatlichen und kommunalen Sichtweisen, weil sich im Regionalausschuss die Vertreter der Staaten mit föderalistischem Staatsaufbau mit den dann meist in der Unterzahl bleibenden Kommunalvertretern vermischen, wie bei Deutschland. Diese Mischfunktion bekommt der Suche nach mehr Bürgernähe und mitverantwortlicher Demokratie in der EU nicht. Die in Not geborene Denkpause in der großen Krise der EU ist deswegen zugleich eine neue Chance für die kommunale Position in der Zukunftsentwicklung Europas. Die Kommunen in ihrer Europeanähe zu finden heißt es, weil uns ein gestärktes neues aber subsidiär aufgebautes Europa am Herzen liegt. □

Sommer Sonne
Strand und Mee(h)r!

Das passende Reise-Schnäppchen
finden Sie unter

www.1a-preisvergleichreisen.de

lich machen und das Bewusstsein für die Entwicklungskraft und das Innovationspotential Frankens stärken“, hatte Mittelfrankens Regierungspräsident Karl Inhofer im Vorfeld der Veranstaltung erklärt.

Bessere Wahrung des Landfriedens

Der Bayerische Landtag hatte im Mai zugestimmt, die Geschichte Frankens durch die Feier eines „Tags der Franken“ zu würdigen. Historisch bedeutend ist der 2. Juli deshalb, weil am gleichen Tag des Jahres 1500 auf dem Reichstag zu Augsburg das damalige Heilige Römische Reich Deutscher Nation in zunächst sechs und 1512 „zur besseren Wahrung des Landfriedens“ in zehn Kreise eingeteilt

auf hin, dass Franken nach seiner Eingliederung zu Beginn des 19. Jahrhunderts für Bayern „ein echter Zugewinn“ gewesen sei. Das in Franken ansässige aufgeschlossene Bürgertum habe in dem landwirtschaftlich geprägten Königreich Bayern Handel, Gewerbe, Kunsthandwerk und Industrie aufblühen lassen. Darüber hinaus habe Franken von den Kanal- und Eisenbahnprojekten König Ludwigs I. profitiert.

Umgekehrt habe sich die Zugehörigkeit zu Bayern auch auf Franken positiv ausgewirkt. So habe sich Nürnberg seiner großen Schuldenlast entledigen können. Zudem hätten ein größerer Wirtschaftsraum und die Lockerungen der Gewerbeverfassung ein günstiges Innovationsklima geschaffen, sagte der Minister. Das Interesse des Kö-



Diskussionrunde mit Profi-Moderatorin: Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser, Sozialministerin Christa Stewens, BR-Redakteurin Ursula Heller und Kultusstaatssekretär Karl Freller. □

Jugend zwischen Schule und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sozialpädagogische Betreuung in den Schulen und der gravierende Rückgang der Ausbildungsplätze. Für den Städtetagsvorsitzenden stellt sich die Frage, wie man die jungen Menschen zum Lernen motivieren soll, wenn sie zum Großteil keine Aussicht haben, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden.

Bei öffentlichen Aufträgen bevorzugen

Der Verbandsvorsitzende stellt ein Bündel von Maßnahmen vor, mit denen der bedrückenden Lage der Jugend zwischen Schule und Beruf begegnet werden kann (siehe Kasten). Nach seinem Dafürhalten sollten Unternehmen, die Jugendliche über den Bedarf hinaus ausbilden, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

Für besonders gravierend hält Schaidinger es, wenn junge Menschen ihre Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, aber keine Anschlussbeschäftigung finden. In diesen Fällen müssten seiner Auffassung nach subventionierte Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dies läge auch

im Interesse der Wirtschaft, weil diese in einigen Jahren auf Grund der altersbedingt ausscheidenden Arbeitnehmer dringend auf neue Arbeitskräfte angewiesen sein wird.

Individueller fördern

Geradezu schockierend ist für den Städtetagssprecher, dass rund 10 Prozent der Schulabgänger in Bayern keinen Abschluss haben. Jedem Fünften fehle die erforderliche Kompetenz für die berufliche Integration. Schaidinger forderte deshalb, alles zu tun, damit die Schule regelmäßig zum Schulabschluss und zur Ausbildungsreife führt. Die Schule müsse die Kinder individueller fördern. Er plädierte in diesem Zusammenhang weiter für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht. Zugleich betonte er, dass die Ganztagschule eine staatliche Aufgabe ist und nicht den Kommunen via Betreuungsmodelle in die Schuhe geschoben werden dürfe.

Damit die Schule den immer schwieriger werdenden Anforderungen gerecht werden kann, fordert der Städtetagsvorsitzende, verstärkt Schul-Sozialpä-

dagogen einzusetzen. Er wies darauf hin, dass die Kommunen im Rahmen ihrer Jugendhilfe freiwillig in 350 Schulen Jugendsozialarbeit anbieten. Schaidinger bedauerte, dass Bayern nicht Wort gehalten habe und statt der versprochenen 350 Stellen für Sozialpädagogen nur 87 Stellen fördere: „Wenn der Freistaat verhindern möchte, dass es in Bayern bald 'Rütti-Schulen' gibt, muss er mit anderen finanziellen Dimensionen einsteigen.“

Kompetenzagenturen

Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration der Jugendlichen im Berufsfeld ist für den Städtetagsvorsitzenden, dass es die Jugendlichen nicht immer mit unterschiedlichen Ansprechpartnern in den verschiedenen Institutionen zu tun bekommen. Bewährt habe sich das Modell der sog. Kompetenzagenturen, die eine Art Lotsefunktion für die benachteiligten Jugendlichen wahrnehmen. Der Jugendliche wird nicht von der Schule an die Arbeitsagentur und von dort an die Arbeitsgemeinschaft oder die Jugendhilfe weitergereicht, sondern bleibt beim gleichen Ansprechpartner. Schaidinger zufolge sollten diese Kompetenzagenturen flächendeckend eingeführt werden.

Schlüssel in die Zukunft

„Deutschland hat gleichzeitig ein Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsproblem“, so die Auffassung von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Leiter des Deutschen Jugendinstituts. Der „bisherige Weg der innerfamiliären Weitergabe von Kompetenzen und Werten“ an die nachfolgende Generation, ergänzt durch Halbtageskindergarten und Halbtageschule, erweise sich in Anbetracht des beschleunigten sozialen Wandels zunehmend als unzureichend. Der Prozess der Bildung, Betreuung und Erziehung sei insofern neu zu justieren. Bildung sei hierbei der Schlüssel in die Zukunft.

Bildung, Betreuung und Erziehung

Um die Schwächen eines arbeitsteilig organisierten Bil-

handlungen in Berlin funktioniert, bemerkte Söder. Die Föderalismusreform, „eine Art negative Konnexität“, biete der Kommunalpolitik weitaus bessere Chancen als zuvor. Auch setze die CSU nochmals das kommunale Entlastungsgesetz auf die Tagesordnung, mit dem Ziel, die Sozialausgaben zu reduzieren, um damit mehr Spielraum für Investitionen zu schaffen. Schwierig sei hingegen die Gratwanderung in punkto Entbürokratisierung, stehe diese doch im Widerspruch zu einem durchaus nachvollziehbaren Sicherheitsbedürfnis des Bürgers.

Kandidatenschulungen

Wie Landesvorsitzender Braun bereits angedeutet hatte, wird die CSU künftig in größerem Maß Kandidatenschulungen anbieten. Zumindest sind Söder zufolge „eintägige Seminare, wahrscheinlich pro Bezirk“ vorgesehen. Zum Schluss gab er den Delegierten noch einen wertvollen Tipp auf den Weg: 2Denkt immer daran - selbst die beste Kampagne kann zum Schluss scheitern. Denkt in Euren Kampagnen vom Ende her.“ Möglichen Herausforderern empfahl der Generalsekretär, „monothematisch an die Sache heranzugehen“. Jetzt gelte es, für Stabilität innerhalb der CSU zu sorgen und eine „gewisse Eigenständigkeit“ zu schaffen. **DK**

Einstimmige Resolution:

Der Jugend Perspektiven bieten

1. Zur Überwindung von Sprachdefiziten müssen bereits im Vorschulalter mehr Angebote zur Verbesserung der Deutschkenntnisse vorgesehen werden, weil auch hier die Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Integration gelegt wird. Dazu müssen vor allem im Rahmen der Integrationspolitik des Bundes ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

2. Die Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen müssen besser verzahnt werden.

3. Die Schule muss verstärkt individuellen Förderunterricht anbieten und gezielt zur Ausbildungsreife führen. Dazu gehört das bedarfsgerechte Angebot an Ganztagschulen.

4. Der Freistaat muss die Schulsozialarbeit bedarfsgerecht ausbauen und finanzieren. Die Kommunen sind hierfür bereits vielfach in Vorlage getreten.

5. Die Arbeitgeber müssen auch bei schlechter Beschäftigungssituation mehr Ausbildungsplätze - über den eigenen Bedarf hinaus - anbieten. Sonst werden wegen der demographischen Entwicklung in einigen Jahren Fachkräfte fehlen.

6. Die Gewerkschaften werden aufgerufen, die Arbeitgeber bei ihren Ausbildungsanstrengungen zu unterstützen. Insbesondere müssen hohe Ausbildungsvergütungen und die Ver-

pflichtung zur sechsmonatigen Weiterbeschäftigung nach Abschluss der Ausbildung überprüft werden.

7. Die Rahmenbedingungen für die Berufsausbildung müssen flexibler gestaltet und überdurchschnittliche Ausbildungsbereitschaft muss honoriert werden.

8. Um den Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen auszugleichen, müssen Alternativen geschaffen werden, z.B. überbetriebliche Ausbildungsangebote und zusätzliche Berufsfachschulangebote.

9. Die Bundesagentur für Arbeit sollte das Recht erhalten, zertifizierte Berufsfachschulabschlüsse mit zu finanzieren.

10. Die Berufsschule muss bei Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag flexible berufspraktische Elemente in Zusammenarbeit mit Betrieben integrieren, z. B. im Berufsvorbereitungsjahr oder im Berufsgrundschuljahr.

11. Praktisch begabte Auszubildende müssen auch die Chance auf einen Berufsabschluss erhalten, in dem der Theorieanteil abgespeckt wird. Dafür müssen geeignete Berufsbilder etabliert werden.

12. Jungen Berufsanfängern, die keine Beschäftigung finden, sind die vorhandenen aktivierenden arbeitsmarktpolitischen Hilfen verstärkt anzubieten. **DK**

dings-, Betreuungs- und Erziehungswesens zu überwinden, bedürfe es einer Stärkung des Zusammenspiels aus Bildung, Betreuung und Erziehung. Diese drei Komponenten müssten auch in den Familien gefördert werden. Dabei gehe es sowohl um die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz, als auch um die Unterstützung der Eltern durch familienergänzende Angebote. Die derzeitige Kindergartenbetreuung müsse sowohl quantitativ ausgebaut als auch qualitativ weiterentwickelt werden, forderte Rauschenbach.

Ausbau des Betreuungsangebots

Quantitative Weiterentwicklung bedeute u. a. den Ausbau des Betreuungsangebots West für unter Dreijährige, die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Betreuungsangebote für alle Kinder bis zur Einschulung ab 2010 sowie die Erhöhung des Angebots an Ganztagsplätzen für Drei- bis Sechsjährige auf 50 Prozent. Unter qualitativer Weiterentwicklung versteht der DJI-Leiter u. a. verbesserte Ausbildungsstandards der Fachkräfte, die Weiterentwicklung einer qualifizierten Tagespflege und die Einrichtung von „Eltern-Kind-/Familien-Zentren“.

Ganztagschule

Die Ganztagschule besitzt laut Rauschenbach das Potenzial, die bildungsrelevanten Akteure an einen Tisch zu bringen, Angebote zu vernetzen und aus einer Hand anzubieten sowie das Zusammenspiel von Bildung, Betreuung und Erziehung besser umzusetzen. Dazu müsse sie jedoch an der Maxime „mehr Bildung“ und nicht „mehr Schule“ ausgerichtet werden.

Tatsache sei, dass sich ungleiche Startbedingungen im Laufe der Bildungsbiographie eher verstärken und stabilisierten. Deshalb müsse man früh anfangen, „Kinder diesseits und jenseits der Familie“ zu fördern.

Mutige Problemlösung

In einer von BR-Moderatorin Ursula Heller souverän geleiteten Podiumsdiskussion betonte Schwinfurts Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser, die Ganztagschule als Regelschule einzuführen, wäre ein mutiger, problemlösender Schritt. Kultusstaatssekretär Karl Freller stellte sich gar als „Verfechter der Ganztagschule“ dar. Er verwies darauf, dass 75 Prozent derer, die

in Bayern keine Lehrstelle finden, ausbildungsreif seien und das Schulsystem erfolgreich durchlaufen hätten. Er rief die Wirtschaft auf, mehr Verantwortung zu übernehmen. Der Leiter der Siemens-Berufsausbildung, Günther Hohlweg, appellierte seinerseits, bei den nicht ausbildenden Betrieben Lehrstellen einzuwerben.

Netz von Hilfsangeboten

Sozialministerin Christa Stewens sprach sich dafür aus, die Erziehungskompetenz von Eltern langfristig durch ein Netz von Hilfsangeboten zu stärken. Sie habe ein Projekt initiiert, das dafür Sorge trage, dass Hebammen Auffälligkeiten an die Jugendämter melden. Laut Birgitt Ehrl, Geschäftsführerin der ARGE Regensburg, sei die Leistungsfähigkeit der Hauptschule erreicht: „Wir müssen neue Ideen entwickeln, dass alle Jugendlichen einen Abschluss schaffen.“

Aktuelle Themen

Im Vorfeld der eigentlichen Verbandstagung hatten sich die Vorsitzenden getroffen, um über aktuelle kommunalpolitische Themen zu beraten. Unter anderem ging es dabei um die Streiks an kommunalen Krankenhäusern, neue Entwicklungen beim Vollzug von Hartz IV, die Unter-

nehmenssteuerreform sowie die Umsetzung des Konnexitätsprinzips beim G 8.

Aufforderung an Marburger Bund

Schaidinger forderte den Marburger Bund auf, mit realistischen Forderungen die Verhandlungen im Tarifstreit der Ärzte an kommunalen Krankenhäusern zu führen. Eine 1:1-Übertragung des Abschlusses zwischen den Ländern und den Ärzten an Universitätskliniken sei für die kommunalen Krankenhäuser nicht machbar. Schaidinger: „Eine Gehaltsforderung der Ärzte von über 10 Prozent ist von den kommunalen Krankenhäusern schlicht nicht zu erwirtschaften.“ Die Ärzte trieben damit die Krankenhäuser in den Ruin oder in die Privatisierung.

Für Schaidinger ist die Situation in den kommunalen Krankenhäusern auch nicht mit der in den Universitätskliniken vergleichbar. Bei einer Regelarbeitszeit von 38,5 Stunden arbeiteten die Klinikärzte in kommunalen Häusern im Schnitt etwa 46 Stunden pro Woche einschließlich aller Bereitschaftsdienste. Dafür bekämen sie bis zu 700 Euro pro Monat Zusatzverdienst. Außerdem gelte eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 58 Stunden, an Unikliniken hingegen künftig 66 Wochenstunden. **DK**

Landräte-Präsident Theo Zellner echauffiert sich:

Krankenhäuser bald am Ende

Landkreistag zum geplanten Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser im Rahmen der Gesundheitsreform

„Als wäre es nicht schon genug, dass sich Ärzte an kommunalen Krankenhäusern der verantwortungslosen Kampagne des Marburger Bundes anschließen und ohne sachliche Rechtfertigung eine Gefährdung der Patientenversorgung auf dem flachen Land riskieren: Jetzt plant auch die Regierungskoalition, die ohnehin schon klammen Haushalte der kommunalen Krankenhäuser zu schmälern“ heißt es in einer Pressemitteilung des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner. Mit dem Plan, im Zuge der Gesundheitsreform einen 'Sanierungsbeitrag' in Höhe von 1 % des jeweiligen Budgets der kommunalen Krankenhäuser abzuverlangen, drohe weiteres Unheil durch die Bundesregierung. „So kann man mit uns nicht umgehen“, empört er sich. Alle kommunalen Spitzenverbände auf seien sich einig, dass die kommunalen Krankenhäuser ein solches Opfer nicht verkraften können. Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser sei dramatisch. Der Sicherstellungsauftrag zur Krankenversorgung, Fallpauschalen und Deckelung der Haushalte bei steigenden Personalausgaben trieben die Kommunen in einen Überlebenskampf. Die geplante zusätzliche Belastung führe zu einer schlechteren stationären Versorgung der Bürger. „Selbstverständlich leisten wir unseren Beitrag, Kosten im Gesundheitswesen zu sparen. Wir sind aber nicht Allheilmittel dagegen, dass Krankenkassen zu ‚kranken Kassen‘ werden. Man darf die kommunalen Krankenhäuser nicht in den Ruin treiben“, so der Präsident. □

(Fortsetzung von Seite 1)
Bezirke künftig bewegungsfähig halten. In den kommenden Monaten werden wir versuchen, die Reihen zu schließen und mögliche Konflikte, die nach außen getragen werden könnten, zu vermeiden.“ Durch ein überzeugendes Programm, eine vernünftige Programmatik, eine gute Präsentation (siehe auch äußeres Erscheinungsbild) und nicht zuletzt durch mehrheitsfähige Kandidaten werde die CSU die Kommunalwahlen überzeugend bestehen. Nach den größtenteils hervorragenden Ergebnissen in diesem Jahr dürfte daran nicht zu zweifeln sein. Im übrigen müsse man sich von der Vorstellung lösen, bei Kommunalwahlen immer Ergebnisse von 65 oder 70 Prozent einzufahren. „Die Prozentzahl“, so Braun, „ist letztlich unerheblich - Hauptsache, man gewinnt.“

Unterstützung von der Landesleitung

CSU-Generalsekretär Markus Söder plädierte für eine enge Zusammenarbeit und sagte von Landesleistungsseite aus für die Wahlen 2008 tatkräftige Unterstützung zu. In einer Replik auf die Kleinen Kommunalwahlen verwies er auf die „größer gewordene Bereitschaft zum Wechsel“. Jemanden aus reiner Dankbarkeit wiederzuwählen, sei zunehmend passé. Hinzu komme, dass sinkende Wahlbe-

teilungen vor allem bei unsicheren Strukturen noch größere Effekte auslösten. Es habe sich gezeigt, dass gerade in Stichwahlen „grundsätzlich alles möglich“ ist.

Geschlossenheit zählt

„Gefährlich wird es für die CSU dann, wenn sie ein uneinheitliches Bild abgibt, sprich nicht geschlossen agiert“, fuhr Söder fort, „denn unser stärkster Gegner sind im Zweifelsfall immer noch wir selbst.“ Niemals dürfe der Eindruck entstehen, „dass die eine Ebene mit der anderen unzufrieden ist“, führte der „CSU-General“ aus. Die verschiedenen Säulen der Partei müssten als tragende und tragfähige Säulen wahrgenommen werden. Die hierfür notwendige Sensibilität sei in den vergangenen Jahren nicht immer vorhanden gewesen, räumte Söder ein.

Netzwerk

Ein starker Kandidat, oder eine starke Kandidatin, mit einer berechtigten Gewinnchance sowie Einigkeit innerhalb der Partei könnten jederzeit „zum großen Plus der CSU“, der „Politik aus einem Guss“ beitragen. Das umfassend geknüpfte Netzwerk der Christlich-Sozialen Union trage seinen Teil dazu bei. Apropos Netzwerk: Dieses habe auch bundesweit bei den Ver-

Bundesrat stimmt der Föderalismusreform zu:

Gewinn für ganz Deutschland

Nach dem Bundestag hat auch der Bundesrat der Föderalismusreform endgültig zugestimmt. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber unterstrich in seiner Rede vor dem Bundesrat die historische Bedeutung der Föderalismusreform: „Das ist eine historische Stunde für Deutschland!“

Diese größte Staatsreform seit 1949 stärkt Bund und Länder und damit ganz Deutschland. In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern bis zur Unkenntlichkeit gemischt und verwischt. Der Bund wurde durch die Zustimmungsrechte des Bundesrates abhängiger von den Ländern; umgekehrt verloren auch die Länder an Selbstständigkeit durch die umfassende Gesetzgebung des Bundes. Deutschland wurde zur „blockierten Republik“ und verlor im internationalen Wettbewerb an Boden.

Wettbewerbsfähigkeit entscheidend verbessert

Jetzt verbessert die Föderalismusreform Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gravierend. Starke Länder in einem starken Deutschland sind die beste Antwort auf die Globalisierung.

- Deutschland wird schneller und unbürokratischer: Der Anteil der zustimmungspflichtigen Gesetze wird reduziert. Der Bundestag wird künftig etwa 70 Prozent der Gesetze allein entscheiden. Zugleich muss der Bundesrat weit weniger als bisher gehört werden. Das beschleunigt viele Vorhaben. Stoiber: „In Europa und in der Welt macht uns das wettbewerbsfähiger.“

- Deutschland wird wieder parlamentarischer und bürgernäher: Künftig werden politische Debatten wieder in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten geführt, nicht in Planungsausschüssen, Kommissionen oder im Vermittlungsausschuss, wo alle mitmischen, aber am Ende keiner erkennbar verantwortlich ist. Stoiber: „Der Bürger muss wissen, wer für was politische Verantwortung trägt. Der Bürger muss wissen, an wen er sich mit seinen Anliegen wenden kann, wen er für Missstände zu kritisieren hat, wen er an der Wahlurne unterstützen will.“

Gewinn für Bayern

Die Föderalismusreform stärkt Bayern:

- Mehr Kompetenzen und Verantwortung für den Landtag: Die Länder haben künftig mehr Gestaltungsfreiheit und ein Abweichungsrecht von bestimmten Bundesgesetzen. Künftig kann der Landtag z. B. über Sozialen Wohnungsbau, Ladenschluss, Gaststättenrecht, Presserecht und Strafvollzug unabhängig von Bund und anderen

Ländern entscheiden. Bayern.

- Mehr Wettbewerb unter den Ländern: Mit ihren neuen Kompetenzen treten die Länder in einen neuen Wettbewerb in Deutschland.

- Mehr Verantwortung für die Hochschulen: Bayern will seinen Hochschulen noch mehr Freiheit zur Profilierung geben und Spitzenleistungen fördern. Der Freistaat will die Chance zur abweichenden Gesetzgebung bei Hochschulzulassung und Hochschulabschlüssen nutzen.

Bayern investiert schon jetzt 180 Millionen Euro aus dem „Investitionsprogramm Zukunft Bayern“ in die Hochschulen. Mit dem „Innovationspakt“ wird den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit bis 2008 garantiert. Außerdem werden Wirtschaft und Hochschulen durch das Clustersystem enger miteinander vernetzt. Der Hochschulbau geht auf den Freistaat über, bisher erforderliche Genehmigungsverfahren des Bundes entfallen.

- Neue Verantwortung für ein modernes und leistungsfähiges Dienstrecht: Bayern wird das Laufbahnrecht modernisieren, durchgängig für alle Laufbahnen leistungsbezogene Aufstiegsmöglichkeiten schaffen und für motivierte und innovative Beamten eine angemessene Besoldung und attraktive Rahmenbedingungen ermöglichen.

Bayern will auf der Grundlage des ausgeglichenen Haushalts einen Pensionsfonds zur langfristigen Sicherheit der Altersversorgung einführen und das Dienstrecht in Abstimmung mit den Verbänden modernisieren.

Stoiber: „Mit einem neuen Dienstrecht wollen wir Bayern und seine Beschäftigten weiter stärken. Wir werden die individuelle Leistung und nicht nur Dienstjahre belohnen.“

- Mehr Verantwortung für den Bürokratieabbau: Bayern wird eigene Wege für Behör-

denorganisation und Verwaltungsverfahren erproben und sein Abweichungsrecht nutzen. Das bietet die Chance, eine eigene Verwaltungskultur zu entwickeln und die Behördenstruktur komplett eigenverantwortlich zu gestalten.

- Mehr Freiheit für die Kommunen: Die Föderalismusreform gibt den Kommunen mehr Freiheit. Sie werden vor neuen Aufgabenübertragungen und damit vor neuen Belastungen durch den Bund klar und eindeutig geschützt. Stoiber: „Endlich kann es in Zukunft heißen: Kommunale Stadtluft ist frei vom Bundesgriff in kommunale Taschen. Dafür haben wir gekämpft als Anwalt der Kommunen.“

Länderfinanzausgleich: Solidarität und Wettbewerb

Eine noch zu meisternde Herausforderung der bundesstaatlichen Ordnung ist die Reform des Länderfinanzausgleichs. Bayern hat über Jahre als Nehmerland vom Länderfinanzausgleich profitiert.

Inzwischen hat der Freistaat als Geberland allerdings mehr als doppelt soviel in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, wie er früher erhalten hat. Allein 2005 zahlte Bayern 2,2 Mrd. und damit ein Drittel des gesamten Ausgleichs zwischen den deutschen Ländern.

Bayern ist das einzige Bundesland, das sich vom Nehmer zum Geber entwickelt hat. Der Ministerpräsident sieht dies als Beweis dafür dass letztlich nur Wettbewerb echten Erfolg ermöglicht und damit ein starkes Deutschland schaffe.

Stoiber: „Angesichts der hohen Verschuldung sind wir es den Bürgern und der jungen Generation auch aus Gründen der Gerechtigkeit schuldig, die Steuergelder optimal und effizient einzusetzen. Solidarität und Wettbewerb sind keine Gegensätze. Wettbewerb gibt den entscheidenden Impuls für Leistung. Solidarisch kann letztlich nur der Leistungsfähige sein.“

Tourismusverbands Fränkisches Seenland:

Leichtes Plus in schweren Zeiten

Gunzenhausen (wefa) - Die Zeiten der satten Wachstumsraten sind auch im Fränkischen Seenland vorbei. Während der Tourismusverband für ganz Franken im letzten Jahr ein leichtes Plus von 0,8 Prozent bei den Übernachtungen in Hotels, Gasthöfen und Ferienwohnungen registrierte, sind es im Seenland immerhin noch 1,6 Prozent.

Werden aber noch die Übernachtung auf den Campingplätzen und in Jugendherbergen und Gästehäusern dazu geschlagen,

die schlechtwettergeschädigt ein Minus von 7,8 Prozent hinnehmen mussten, so errechnet sich für das Seenland ein Rückgang um ein knappes Prozent.

Schwierige Statistik

Wie der neue Geschäftsführer des Tourismusverbands Fränkisches Seenland, Hubert Henselmann, auf der Jahrestagung einschränkend erklärte, ist die statistische Auswertung der Übernachtungen nur bedingt aussagekräftig, denn vom Landesamt für Statistik werden nur Daten von Beherbergungsbetrieben mit mehr als acht Betten erhoben. Die Übernachtungen werden zudem in Privatzimmern und Ferienwohnungen nur in den Orten erfasst, die Kurtaxe oder Fremdenverkehrsabgabe erheben. Von einer Steigerungsquote von 1,6 Prozent bei den Übernachtungen ausgehend spricht Henselmann deshalb von 1,3 Millionen Übernachtungen in Privatzimmern und Ferienwohnungen, dazu kommen noch 440784 Übernachtungen auf Campingplätzen und in Jugendherbergen (zusammen 1,7 Millionen Über-



Neben Joachim Herrmann, MdL (am Rednerpult) Dr. Franz Prast, MdEP Dr. Ingo Friedrich, MdB Marlene Mortler, MdL Klaus-Dieter Breitschwert und MdB Stefan Müller. Nicht auf dem Bild sind die weiteren Experten auf dem Podium: Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Bezirksstagspräsident Richard Bartsch und Bürgermeister Franz Winter. Foto: Langhammer

Mittelfranken - Arbeitsplätze mit Ideen und Zukunft

Hersbruck. Gelungener Diskussions-Bezirksparteitag der CSU-Mittelfranken: Auch wenn das Ambiente einer einmaligen Sammlung von Raritäten der mobilen Vergangenheit in der Dauphin-Seep-Event-Halle nicht nur die Herzen von Auto- und Motorrad-Freaks höher schlagen ließ, die Ergebnisse zum Thema „Mittelfranken - Arbeitsplätze mit Ideen und Zukunft“ standen natürlich im Mittelpunkt der mehrstündigen Konferenz.

„Der Aufschwung muss in neue Arbeitsplätze münden“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann im Hinblick auf die seit Jahresanfang positive Entwicklung auf dem bayerischen und mittelfränkischen Arbeitsmarkt. Die um kurze Impulsreferate gebetene Expertenrunde, bestehend aus mittelfränkischen CSU-Politikern aller Ebenen und Dr. Franz Prast, Mitglied der Geschäftsführung Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, war sich darin einig, dass jetzt die Wachstumskräfte unter anderem auch durch innovative neue Produkte und neue Dienstleistungen gestärkt werden müssten.

Impulse nutzen

Dazu gehöre die zielgerechte Nutzung von Impulsen aus der Europäischen Metropolregion und Investitionen in die Bildung

als Voraussetzung zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung. Positiv gewürdigt wurden dabei die Leistungen des Bezirks Mittelfranken, der so viele Schulen unterhält und so viel für Bildung ausgibt, wie kein anderer Bezirk in Bayern. Joachim Herrmann: „Ebenso vorbildlich muss auch der Hochschulstandort Mittelfranken ausgebaut werden.“

Schnelle DSL-Anschlüsse

Die Delegierten des Bezirksparteitags waren sich auch darin einig, dass die als richtig erachtete Clusterpolitik im Rahmen eines Kompetenznetzwerkes den ländlichen Raum einbeziehen müsse. Eine weitere Zielvorgabe für den CSU-Bezirksvorsitzenden ist, „dass in allen Gemeinden Mittelfrankens baldmöglichst schnelle DSL-Anschlüsse verfügbar sind“.

Wachstumsbranche Tourismus

Die CSU setzt zudem auf die Wachstumsbranche Tourismus und will dabei die hervorragende geografische Lage, die Vielfalt der Angebote, die gute touristische Infrastruktur und die Preiswürdigkeit nutzen. Den Raum Mittelfranken stärken soll auch ein Initiativantrag zum beschleunigten Ausbau der S-Bahn-Strecken Nürnberg-Ansbach, Nürnberg-Feucht-Neumarkt und

den strukturellen Veränderungen nichts zu tun.

Ein wichtiges Instrument der Verkaufsförderung bleibt das gemeinsame Gastgeberverzeichnis, in dem sich 915 Vermieter (599 aus dem Kreis Weißenburg-Gunzenhausen, 250 aus dem Kreis Roth und 66 aus dem Kreis Ansbach) präsentieren.

Kommunale Vorstände

Geführt wird der Tourismusverband Fränkisches Seenland von Landrat Georg Rosenbauer. Ihm stehen als Stellvertreter der Rother Landrat Herbert Eckstein und der Gunzenhauser Bürgermeister Gerhard Trautner zur Seite. Schatzmeister ist Bürgermeister Josef Miehling (Pleinfeld), Schriftführer Landrat Rudolf Schwemmbauer (Ansbach). Weitere Vorstandsmitglieder sind die Bürgermeister Richard Erdmann (Roth), Udo Weingart (Spalt) und Dieter Distler (Bechhofen). □

Lauf-Hersbruck-Hartmannshof, welchen die CSU „nach Kräften forciert“ wissen möchte.

Flexibilisierung und Bürokratieabbau

Für Arbeitsplätze mit Ideen und Zukunft müssten aber auch die gesamtpolitischen Rahmenbedingungen stimmen: Unnütze Bürokratie muss weiter abgebaut werden, das Arbeitsrecht braucht zusätzliche Flexibilisierung, das Steuerrecht muss international wettbewerbsfähig und die Lohnzusatzkosten müssen gesenkt werden. Auf allen politischen Ebenen will die CSU auch zur Steigerung der Attraktivität der Region für Forschung und Entwicklung beitragen.

Innovativer Standort

In seinem Fazit betonte Joachim Herrmann nochmals die gute Ausgangslage in Mittelfranken als innovativem Standort. Der Bezirksparteitag habe auch gezeigt, „wie groß die Vielfalt der Herausforderungen einerseits und die breite Kompetenz der mittelfränkischen CSU-Politiker andererseits ist“. Dabei hätten neben Europa, Bund und Land die Kommunalpolitiker eine Schlüsselposition. Auch insofern betrachtete er den Bezirksparteitag als Baustein zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen in 2008. pm

Zwischen Augsburg und Ulm

Sechsstreifiger Ausbau der A 8

„Der Ausbau der zweiten Fahrbahn der A 8 im Bereich Günzburg hat jetzt begonnen. So nutzen wir die Zeit, bis der Bund darüber entschieden hat, ob der gesamte Abschnitt der A 8 zwischen Ulm und Augsburg als privates Betreibermodell ausgebaut wird“, teilt Innenstaatssekretär Georg Schmid mit. Der rund 17 Kilometer lange Ausbau zwischen dem Autobahnkreuz Ulm/Elchingen und Günzburg erfolgt in drei Bauabschnitten. Der erste Abschnitt (Günzburg) soll bis Frühjahr 2008 fertig gestellt sein, der zweite (Leipheim) bis Herbst 2008 und der dritte Abschnitt auf baden-württembergischen Gebiet, der den Ausbau beider Fahrbahnen umfasst, bis 2009. Die Fahrbahn in Richtung München zwischen der Landesgrenze und Günzburg ging 2002 im Zusammenhang mit der Errichtung des Legoland Parks dreistreifig unter Verkehr. □

Faltheuser zu Public Private Partnership (PPP):

Bayerische Zwischenbilanz kann sich sehen lassen

„Staatlicher Hochbau und Staatsstraßenbau profitieren von Baumaßnahmen im Wege von Public Private Partnerships - und unsere bayerische Zwischenbilanz kann sich sehen lassen: Die aktuellen Projekte umfassen Polizeidienstgebäude, Universitätsbauten, eine Justizvollzugsanstalt und mehrere Straßenbauten. Im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2007/2008 werden weitere PPP-Maßnahmen in begrenztem Umfang geprüft. Das Projektvolumen beträgt derzeit insgesamt knapp 300 Mio. Euro!“, erklärte Finanzminister Kurt Faltheuser. Hinzu kommen besondere PPP-Modelle wie das sog. Energiespar-Contracting, in das derzeit 105 staatliche Gebäude einbezogen sind und Investorenprojekte, die mit privaten Partnern durchgeführt werden. „Bayern kann damit auf ein solides PPP-Fundament bauen. Entscheidend ist aber der Einzelfall. Wir sind aufgeschlossen, PPP-Maßnahmen müssen sich aber selbstverständlich dem Wirtschaftlichkeitsvergleich stellen“, so Faltheuser.

Bereits aus den laufenden PPP-Maßnahmen mit Laufzeiten von 20 Jahren oder mehr bestehen erhebliche Vorbelastungen für künftige Haushalte. Gemessen an der Summe der jährlichen Ausgaben für Straßen und Hochbau beläuft sich der Anteil der jährlichen Ausgaben für PPP-Maßnahmen gegenwärtig auf 3 Prozent.

Erklärung der Standortbürgermeister zum Abschluss ihrer Jahrestagung in Lubmin:

Kernkraftwerke sind wichtige Wirtschaftsfaktoren und Jobmaschinen

Ausgleich für ausstiegsgeschädigte Kommunen tut Not / Forderung nach ideologiefreier und sachorientierter Kernkraft-Diskussion der neuen Bundesregierung

Greifswald-Lubmin. „Unsere Gemeinden und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben ein dauerhaftes Existenzrecht“, so die Kurzformel von Wolfgang Mayer, Vorsitzender der ASKETA - Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland und Erster Bürgermeister der Gemeinde Gundremmingen, anlässlich der Jahrestagung der Standortbürgermeister in Lubmin. „Ein Beharren auf dem unnötigen, ideologietriebenen, vorzeitigen Abschalten unserer Kernkraftwerke geht unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern an die Substanz.“

„Wir fragen nachdrücklich, woher nehmen gewisse politische Kreise die Chuzpe, 'gute' Arbeitsplätze bei den regenerativen Energien gegen 'schlechte' Arbeitsplätze in der Kerntechnik aufwiegen zu wollen. Nach Lesart solcher Ideologen ist der Verlust von etwa 40.000 hoch qualifizierten und über Jahrzehnte krisensicheren Arbeitsplätzen, die mit der Kernenergienutzung zusammenhängen, schlicht als Kollateralschaden im Kampf für eine edle, weil regenerative Energie hinzunehmen“, so der Bürgermeister.

Ökoideologie treibt viele Menschen in den Ruin

„Sind angesichts von rund fünf Millionen Arbeitslosen unsere geschätzten bundesrepublikanischen Volksvertreter sozialpolitisch schon so abgestumpft, dass man für die Ökoideologie

mal locker den sozialen Abstieg von über 100.000 Menschen und den Ruin der Standortgemeinden billigend in Kauf nimmt?“

Wirtschaftliche Folgen

Mayer untermauerte die wirtschaftlichen Folgen einer Schließung mit harten Zahlen. So sind die Kernkraftwerke an den jeweiligen Standorten wahre Jobmaschinen, denn rund 15 bis 20 Prozent der Jobs in den Kernkraftwerken müssen in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit neuen Mitarbeitern besetzt werden, um den Know-how-Transfer sicherzustellen. Auch als Ausbildungsstätten sind Kernkraftwerke in ihrer Region unverzichtbar. Die Ausbildungsquote bezogen auf das Stammpersonal liegt mehrheitlich bei bis zu fünf Prozent. Trotz der hohen Sicherheits- und Qualitätsanforderungen erfreuen sich Kernkraftwer-

ke großer Beliebtheit bei Trainees und Praktikanten. Allein die Kaufkraft durch die mit den Kernkraftwerksstandorten verbundenen Menschen beläuft sich in Summe auf rund 600 Millionen Euro pro Jahr. Im gleichen Zeitraum investieren die Standorte knapp 1,2 Milliarden Euro sowohl in den laufenden Betrieb der Anlagen als auch in deren Wartung, Instandhaltung und Optimierung. Fast ein Drittel dieser Gelder kommen neben Löhnen und Gehältern den Regionen um die Kernkraftwerksstandorte zu Gute. Diese Zahlen vergegenwärtigend stellte Mayer fest, dass sich die Bundesregierung schon gute und nachvollziehbare Gründe ausdenken müsste, wenn sie angesichts leerer öffentlicher Kassen und Massenarbeitslosigkeit die Abschaltung der Kernkraftwerke und damit die Entlassung in die Arbeitslosigkeit den betroffenen Menschen und Firmen plausibel erklären will.

Rückbesinnung zur Sachorientierung

Als Minimalziel der künftigen energiepolitischen Diskussion definierte ASKETA eine Rück-



Im Schatten des weltweit größten derzeit laufenden Rückbauprojekts einer kerntechnischen Anlage tagten Vertreter von 27 Städten und Gemeinden in Deutschland und Schweden, in deren Gebieten sich Kernkraftwerke und andere kerntechnische Anlagen befinden. Vorsitzender der in ASKETA - Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland - organisierten deutschen Standortbürgermeister ist Wolfgang Mayer (6. v. r.), Erster Bürgermeister von Gundremmingen im bayerisch-schwäbischen Landkreis Günzburg. □

besinnung zur Sachorientierung, die sich an internationalen Beispielen ausrichtet und eine ganzheitliche Betrachtung beinhaltet.

Hochtechnologie-Wirtschaftsstandort

Dann würde sehr schnell klar, dass es auch in Deutschland nur ein Sowohl-als-auch von Kernenergie, fossilen Energieträgern sowie regenerativen Energien und keinesfalls ein ausschließliches Entweder-oder geben kann. Die Kernenergie ist neben den fossilen Kraftwerken das Rückgrat einer sicheren und bezahlba-

ren Stromversorgung für den Hochtechnologie-Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Kernkraftwerke geben den Betreibern den nötigen finanziellen Spielraum, an bezahlbaren regenerativen Energiekonzepten tatkräftig mitzuwirken. Die Betonung liegt dabei bewusst auf bezahlbar, denn was in Deutschland auf Kosten der Privathaushalte derzeit mit der Subventionierung unwirtschaftlicher regenerativer Stromerzeugung - allen voran der Photovoltaik - an Geld verbrannt wird, ist volkswirtschaftlich ein Desaster und kann langfristig keine wirkliche Lösung sein. Ziel muss es doch sein, eine ökologisch sinnvolle und ökonomisch sichere Energieversorgung für unser Land zu erreichen, so die Forderung der Standortbürgermeister.

wäre ein deutlich sichtbares und wünschenswertes Bekenntnis zur Kernenergie, wie es in anderen auch ausstiegsorientierten Ländern jüngst abgelegt worden ist (Schweden, Großbritannien, USA), ganz abgesehen von den bekannten massiven Kernkraft-Ausbauplänen von bis zu 140 Anlagen in den kommenden zehn Jahren vor allem im Nahen und Fernen Osten, den USA und Osteuropa. Die Kernenergie war und ist europa- wie weltweit en Vogue und alles andere als ein Auslaufmodell. Rund um den Erdball werden in 31 Staaten derzeit 444 Kernkraftwerke betrieben, davon 216 in Europa. In Bau befinden sich gegenwärtig 23 Anlagen in zehn Staaten, davon neun Reaktoren allein in Indien.

Zusatzoptionen

Klar zu Tage trat bei allen Gesprächen mit den ausländischen Bürgermeisterkollegen, dass in anderen Ländern Nutzen und Risiken aller Energieerzeugungsarten deutlich sachorientierter diskutiert werden. Die Kernenergie wird wegen ihres verlässlichen Beitrags zu einer gesicherten und vor allem auch umwelt- wie klimaschonenden Energieversorgung hoch geschätzt. Sonne und Wind sind Zusatzoptionen und werden nicht als allein seligmachende „Heilsbringer“ verherrlicht und hoch subventioniert. Rund um die Ideologieinsel Deutschland diskutiert der Euro-Raum offen und ohne Sektierertum die aktuellen Energiefragen. Dabei werden die berechtigten Interessen der Standortgemeinden nicht ausklammern. Dies würden sich die deutschen Standortkollegen auch für ihre Gemeinden wünschen.

Endlagerfragen

„Vordringlich bei der weiteren Nutzung der Kernenergie auch weltweit ist es, sich konsequent um Entsorgungs- und Endlagerfragen zu kümmern. Wie üblich macht uns auch hier das Ausland wieder vor, wie eine zielgerichtete Kernkraftpolitik funktionieren kann“, so Mayer. Frankreich habe erst vor wenigen Tagen beschlossen, bis 2025 ein Endlager zu bauen und sich bis 2015, also in nur neun Jahren sich auf einen Standort festzulegen. Dass es sich zumindest in Deutschland vor allem um ein politisches Problem und weniger um ein technisches handelt, ließe sich leicht erkennen. In Lubmin konnten sich die Teilnehmer live davon überzeugen, welche Möglichkeiten es auf dem Entsorgungspfad von Nuklearabfällen gibt. Im ehemaligen DDR-Kernkraftwerk Greifswald an der Ostsee ist ein hoch modernes Entsorgungszentrum für radioaktive Abfälle entstanden, das weit über Deutschland hinaus Interesse findet. □

GZ-Interview mit Stefan Schlosser, Geschäftsführer von ABISO, München:

„Vitalisieren statt restrukturieren!“

Das beste Arbeitsbeschaffungsprogramm

Kommunalpolitiker stehen an der Basis und haben oft ein großes Gespür für das, was geht. Sie wissen wo es Schwierigkeiten gibt und werden vielfach auch dann um Rat gefragt, wenn Unternehmen drohen in Turbulenzen zu geraten. Nicht nur Bürgermeister und Landräte wissen, dass rechtzeitige Hilfe lebenserhaltend sein kann. Die GZ hat daher mit einem erfahrenen Experten gesprochen.

GZ: Der Begriff „Unternehmensrestrukturierung“ hat in der Allgemeinheit keinen guten Klang. Warum?

Stefan Schlosser: Dem ist leider so. Sofort denken die meisten Menschen an Unternehmensschließungen und Arbeitsplatzabbau. Und viele Meldungen in Funk- und Printmedien verstärken diese Assoziation.

GZ: Muss das zwangsläufig so sein?

Schlosser: Jede Medaille hat zwei Seiten. Restrukturierungen sind in der Regel Maßnahmen, um Unternehmen, die in wirtschaftliche Schieflagen geraten sind, wieder an das gesamtwirtschaftliche Umfeld anzupassen und die Existenz zu sichern. Allein mit einer Restrukturierung setzt man allerdings in den meisten Fällen zu kurz an.

GZ: Wie sieht denn die richtige Vorgehensweise aus, wie gehen Sie vor?

Schlosser: Mein Wahlspruch lautet: „Vitalisieren statt Restrukturieren!“ - soll heißen: Über allen Umbaumaßnahmen im Unternehmen steht das Ziel, dem Unternehmen zu neuer Lebenskraft zu verhelfen. Neben

beitsplätze gingen verloren.

Für Bayern bedeuten diese Zahlen: 4.289 Unternehmensinsolvenzen, ca. drei Milliarden Euro Forderungsausfälle und der Verlust von über 50.000 Arbeitsplätzen im Jahr 2005. Da tendenziell Klein- und Mittelständische Unternehmen stärker betroffen sind als große Kapitalunternehmen, sind diese Verluste in der industriell schwächer entwickelten Fläche Bayerns besonders harsch und häufig. Der Schaden pro Insolvenz beträgt im Schnitt ca. 700.000 Euro und dort zählt jeder der verlorenen Arbeitsplätze doppelt.

GZ: Müssen so viele Firmen in die Insolvenz gehen?

Schlosser: Die Gründe für Insolvenzen sind vielfältig. Beispielsweise die dynamische technische Entwicklung - besonders in der IT-Branche - erzeugt einen enorm hohen Anpassungsdruck. Ich kann darauf verweisen, dass es uns im letzten Jahr gelungen ist, durch ein Restrukturierungsprojekt eine bedrohte mittelständische Unternehmensgruppe der IT-Branche wieder auf die richtige Spur zu setzen, 900 von 1.100 Arbeitsplätzen konnten erhalten werden. Das Unternehmen muss nun noch seine ganz normalen Hausaufgaben erledigen und kann dabei bereits jetzt auf gestiegene Auftragslage aufbauen.

GZ: Welche Rolle spielen innerbetriebliche Gründe?

Schlosser: Außerbetriebliche Gründe für Insolvenzen wie Änderungen des Marktes, Konkurrenzsituation, Änderungen des Steuerrechts etc. machen nur etwa zwölf Prozent der Fälle aus. Nach einer Erhebung der Insolvenzursachen beruhen mehr als zwei Drittel aller Insolvenzen auf innerbetrieblichen Fehlern, falschen Einschätzungen oder persönlichem Verschulden, wie ja auch das überraschende und erschreckende Beispiel der Insolvenz des WM-Maskottchen Herstellers NICI dramatisch belegt. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass mehr als zwei Drit-



Stefan Schlosser, Geschäftsführer der ABISO GmbH in München weiß aus eigener Erfahrung, was ein Unternehmen tun muss, um ins richtige Fahrwasser zurückzukehren. Er war 2005 maßgeblich daran beteiligt, einen Unternehmensanteil eines Konzerns in die „Privatwirtschaft“ zu entlassen. Damals gab es nur zwei Möglichkeiten, nämlich die Service-Töchter mit rund 1.100 Mitarbeitern zu schließen, oder eben zu verkaufen und zu sanieren. Die Übernahme durch einen aufstrebenden Mittelständler hat sich als richtig erwiesen. Nach einem Jahr harter Arbeit stellt sich nun der Erfolg ein. Stefan Schlosser stützt sich auf zwölf Jahre Berufserfahrung im In- und Ausland. Die meiste Zeit hat er beim Großkonzern Siemens verbracht, er hat aber auch über Jahre für mittelständische Unternehmen gearbeitet. □

tel aller Insolvenzen bei rechtzeitiger und kompetenter Unterstützung vermeidbar sind! Allein für das Jahr 2005 hätte das bedeutet: Bis zu 2.800 weniger Insolvenzen, ca. 2 Milliarden Euro weniger Forderungsausfälle und bis zu 35.000 Arbeitsplätze mehr in Bayern. Die Abwendung von Insolvenzen durch kompetente Restrukturierung und Vitalisierung ist also das beste Arbeitsbeschaffungsprogramm. □

Kernkompetenzen der ABISO

- Vitalisierung, Sanierung und Stabilisierung
- Krisen- und Übergangsmanagement
- Personalentwicklung
- Nachfolgeregelung und Erwerb von Unternehmen
- Unternehmensberatung

Diese Tätigkeiten gelten im Bedarfsfall von der ersten Analyse über den Turnaround bis hin zu Nachfolgeregelungen oder Veräußerungen von Unternehmensteilen sowie der Unterstützung von Neugründungen

Weitere Informationen: ABISO GmbH, Geschäftsführer Stefan Schlosser, Fürstenrieder Strasse 279, 81377 München, Tel. +49 89 7240 637 0, Fax +49 89 7240 637 10, E-Mail: info@abiso.de, Internet: www.abiso.de. □

„Durch die Netzregulierung wird Strom kaum billiger“

**E.ON will wieder Kernkraftwerke bauen, zunächst wohl in Rumänien
Investitionsoffensive in Deutschland**

In der Jahrespressekonferenz der E.ON Energie AG, München, kündigte Vorstandschef Johannes Teyssen zwar an, nach der Entscheidung der Bundesnetzagentur über die künftigen Netzentgelte die Strompreise entsprechend zu senken. Aber zugleich schränkte er ein, dass höhere Gebühren und Steuern die Preissenkung wohl wieder weitgehend kompensieren werden. Des weiteren teilte er mit, dass der Energiekonzern E.ON, nach eigener Darstellung das größte private Energieunternehmen der Welt, wieder Atomkraftwerke bauen will.

Zwar ist das wegen des vom Bundestag unter Rot-Grün beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie in Deutschland derzeit nicht möglich, aber Chancen für neue Kernkraftwerke sieht das Unternehmen in Rumänien, Holland, Finnland, Großbritannien und wohl auch in den baltischen Staaten.

Frage der Netzentgelte

In der Frage der Netzentgelte sei alles offen. Verbindliche Ergebnisse der Netzagentur zu den Strom- und Gasnetzentgelten und den Rahmenbedingungen für die künftige Anreizregulierung, mit der die Ausrichtung der Preise an den Branchenbesten erreicht werden soll, gebe es zurzeit noch nicht. Die Agentur prüfe die Anträge der Energieunternehmen „bis ins Detail“, wozu allein E.ON Energie 300.000 Einzelwerte geliefert habe. E.ON suche keinen Streit, sondern, wo immer möglich, den Ausgleich, um Rechtsfrieden zu finden. Deshalb gehe der Konzern den Weg einer vertrauensvollen Kooperation.

Rentabilität erhalten

Allerdings, so Teyssen weiter, dürfe es nicht zu einer Situation kommen, die ein Konkurrent mit dem Satz „Wer investiert, verliert“ auf den Punkt gebracht habe. Bei allen Regulierungsmaßnahmen müsse die im Gesetz versprochene Rentabilität erhalten bleiben, sonst könne der Konzern seine Investitionsoffensive nicht fortführen, sondern müsse seine Investitionen zurückfahren. Erste Informationen über Entwürfe der Netzagentur machten jedenfalls besorgt. Die im vergangenen Sommer angekündigte Offensive über 300 Mio. Euro in die Netze in Deutschland werde bereits realisiert. Bei allen Regionalunternehmen, so etwa bei E.ON Bayern, seien die Investitionen sogar erhöht worden.

Gravierende Missverständnisse

Bei der Diskussion über Energiepreise zeigen sich nach E.ON-Ansicht gravierende Missverständnisse. Ohne Gründe und mit teilweise absurd anmutenden Behauptungen würden Preissenkungen gefordert. Zunächst einmal müsse man zwischen Industriekunden und großen Händlern einerseits sowie privaten Haushalten andererseits unterscheiden. Die erste Gruppe orientiere sich strikt gemäß Angebot und Nachfrage an den Großhandels- und Börsenpreisen. Dabei funktioniere der deutsche Stromhandelsmarkt in beiden Richtungen. Die zweite Gruppe profitiere von einem mit den staatlichen Aufsichtsbehörden abgestimmten Durchschnittspreis im Terminmarkt.

Bei beiden Gruppen spielten staatlich regulierte Preisbestandteile wie Energiesteuern, Förderregime für regenerative Energien sowie Kraft- und Wärmekopplung und Konzessionsabgaben für Gemeinden und schließlich die Mehrwertsteuer eine große Rolle. Bei privaten Kunden addierten sich diese Preisbestand-

veröffentlichten Netzentgelt-Kürzungen, die nach Teyssens Ansicht zwischen 5 und 20 % liegen, hoch und gehe von einer weiteren zehnprozentigen Absenkung aller Netzentgelte durch die Regulierung aus, werde der durchschnittliche Familienetat um etwa 2 Euro je Monat entlastet. Doch werde diese Entlastung nahezu vollständig zum Jahreswechsel durch sich ausweitende Förderprogramme für erneuerbare Energien und die dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung kompensiert.

Ein gutes Viertel der Stromrechnung machen die Großhan-

dels- und Börsenpreise für die Stromproduktion aus, die in den letzten Monaten eine „turbulente Achterbahnfahrt“ erlebt haben, nicht zuletzt durch das Auf und Ab der CO₂-Preise. Konkretere Angaben zur Strompreisentwicklung machte Teyssen nicht.

Bewährte Preisbindung

Bei den Gaspreisen sei auch noch nicht entschieden, ob sie zum 1. Oktober steigen und ggf. um wie viel. Die Bindung der Gaspreise an den Ölpreis habe sich jedenfalls bewährt. Weder in England noch Amerika habe sich die Abkehr von der Ölpreisbindung als stabilisierendes Element gezeigt. Vielmehr lägen dort die Handelspreise für Gas viel höher als auf der hiesigen Großhandelsstufe. Im Übrigen hätten alle E.ON-Regionalversorgungsunternehmen ihre Kalkulation für Gas offen ge-

legt, was sehr zur versprochenen Transparenz beitrage.

E.ON versteht sich längst als ein international tätiges Unternehmen. Entsprechend sind seine Wachstumspläne ausgelegt. Neue Aktivitäten gibt es in Bulgarien (1,1 Mio. Stromkunden), in Holland (Strom- und Gasvertrieb für 300.000 Kunden) und in Rumänien (1,3 Mio. Stromkunden). Gefestigt wurde die Marktposition in Tschechien (110.000 Kunden) und Ungarn (1 Mio. Gaskunden).

Investitionsoffensive

Zu diesen externen Wachstumsschritten kommt eine Investitionsoffensive in neue Kraftwerke und Netze, „was zusammen das größte Investitionstempo seit mehr als einer Generation darstellt“. Zu nennen sind das „weltweit größte, modernste und umweltfreundlichste Kohlekraftwerk“ mit einer Blockleistung

von mehr als 1000 MW (Megawatt) in Datteln in NRW, zwei Gaskraftwerke in Irsching bei Ingolstadt über 1300 MW Leistung, ein 800-MW-Gaskraftwerk in Livorno, Ferraris in Norditalien und vier neue Müllverbrennungsanlagen in Norddeutschland, die zu den zwölf bestehenden kommen. Untersucht werden Investitionsvorhaben für Steinkohle in Rotterdam und bei Frankfurt und für zusätzliche Gaskraftwerke in Norddeutschland, Ungarn und in der Slowakei.

Rumänien im Visier

Schon konkreter könnte der Bau eines Kernkraftwerkes in Cernavoda in Rumänien werden. Vor einigen Tagen habe E.ON als möglicher strategischer Investor für die Beteiligung am Neubau eines Kernkraftwerks mit modernster westlicher Technik auf eine entsprechende Aus-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Senken Sie mit uns Ihren Energieverbrauch.

Das Energie-Mobil von E.ON Bayern kommt zu Ihnen.
Werden Sie EnergieSpar-Detektiv und lassen Sie sich von
unseren Experten beraten, wo und wie Sie im Haushalt
jede Menge Energie und Geld sparen können.

EnergieSpar-Tour 2006

- In rund 300 Kommunen in Bayern – also mit Sicherheit ganz in Ihrer Nähe
- Persönliche Analyse
- Individuelle Beratung
- Wertvolle EnergieSpar-Tipps
- Attraktives Gewinnspiel

Mehr Informationen unter:
www.eon-bayern.com/energiespartour



e-on | Bayern

Buchloe setzt auf Erdgas und Energieberatung

Bereits seit Februar 2004 bietet die Stadt Buchloe Ihren Bürgern eine kostenlose Energieberatung an. Jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat können sich Ratsuchende im Rathaus von Kaminkehrermeister und Energieberater Lindner zu allen energierelevanten Themen beraten lassen.

Georg Radlinger, Leiter des Kommunalkundenmanagements bei erdgas schwaben freut sich über das Engagement der Stadt. erdgas schwaben, seit über 50 Jahren der Energieversorger in der Region, versorgt heute 165 Städte und Gemeinden in Bayerisch Schwaben mit Erdgas. Georg Radlinger weiß, Buchloe liegt mit diesem umweltschonenden und nachhaltigen Handeln absolut im Trend der Zeit. Die Energiepolitik vieler Städte und Gemeinden geht in Richtung optimierte Energieeffizienz. Der Einsatz von Erdgas ist dabei ein wichtiger Faktor.

Kosten sparen

Über 75 Prozent aller Neubauwohnungen werden heute mit einer Erdgasheizung ausgestattet. Eine moderne Erdgasheizung zeichnet sich durch niedrige Emissionen, hohe Wirtschaftlichkeit und zuverlässiges Funktionieren aus. Das schont Umwelt und Geldbeutel gleichermaßen. So kann jeder seinen Beitrag zum Umweltschutz leisten und dabei auch noch Kosten sparen.

Mit gutem Beispiel voran

Die Stadt Buchloe geht ihren Bürgerinnen und Bürgern dabei mit gutem Beispiel voran, wie Buchloes erster Bürgermeister Josef Schweinberger betont: „Buchloe ist eine Stadt mit Vergangenheit und Tradition, die gleichzeitig stets auf zukunftsorientiertes und langfristiges Handeln setzt. Die gute Infrastruktur Buchloes sowie unsere tatkräftige Wirtschaftsförderung machen die

Stadt zu einem idealen Standort für Gewerbe und Industrie. Diese Vorteile wissen der Fleischhandelskonzern A. Moxel AG und die Milchverarbeitenden Karwendelwerke, um nur einige zu nennen, bereits zu schätzen. Als drittgrößte Kommune des Landkreises Ostallgäu bietet Buchloe alles, was man von einer modernen Stadt erwarten kann. Der Einsatz von Erdgas im kommunalen Bereich entlastet dabei unsere Haushaltskasse und hilft uns bei der Umsetzung unserer Umweltziele.“

Individuelle Beratung

Georg Radlinger bestätigt: „Aufgrund der hohen technischen Standards sowie der Zuverlässigkeit moderner Erdgasgeräte hat Buchloe mit Erdgas eine sichere, saubere und umweltschonende Energie gewählt. Ebenso wie für die Stadt Buchloe spielt für erdgas schwaben der Umweltschutz eine große Rolle. Deshalb bietet erdgas schwaben, unabhängig von der Energieberatung der Stadt Buchloe, allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine kostenlose und umfassende Energieberatung.“

Die Energiesparprofis von erdgas schwaben kommen ins Haus und beraten individuell. Sie ermitteln den optimalen Energiebedarf und berechnen, wie viel Energie durch den rationellen Einsatz von Erdgas künftig eingespart werden kann. Diese Energieeinsparung zahlt sich für jeden Einzelnen aber auch für die Stadt Buchloe bei der Versorgung von Schulen, Kindergärten, Schwimmbad, Rathaus und diversen kommunalen Einrichtungen aus.“



Drei effiziente Hochleistungsscheinwerfer von iGuzzini des Typs Maxi Woody HIT 250W mit BLV-Lampe Colorsport orange sorgen für eine optimale Beleuchtung des Turms. Der Vorteil der Scheinwerfer besteht in einem hohen Wirkungs- und Schutzgrad, was zu deutlich weniger Wartungsaufwand führt. Der Vorteil der HIT 250 W Lampe: Sie braucht keine zusätzlichen Farbfilter, da sie schon farbiges Licht produziert. Die Lichtausbeute ist damit wesentlich höher.

Eine Stadt im Zauber des Lichts ...

Impressionen von der Berchinnale 2006

Ende Juni war es wieder so weit. Zum wiederholten Male fand in Berching bei Nürnberg die „Berchinnale des Lichts“ statt. Dabei handelt es sich um eine der mittlerweile größten und wohl auch spektakulärsten Lightevents der Bundesrepublik.

Namhafte Leuchten- und Lampenhersteller, renommierte Lichtkünstler und anerkannte Hochschulen tauchten die mittelalterliche Stadt in ein Meer aus Licht und Farben.

Magie und Poesie

Über 50.000 Besucher ließen sich an den beiden Veranstaltungstagen von der Magie und der Poesie des Lichts verzaubern.

Der von der Akademie Licht, der Stadt Berching und der Starnberger Presseagentur Factlight organisierte Großevent hat mit dieser Rekord-

zahl an Besuchern alle Erwartungen übertroffen.

Neue Form der Wahrnehmung

Mit über 40 Licht-Installationen unterschiedlichster Art war die Berchinnale ein wahres Fest des Lichts. Zahlreiche Hausfassaden, Wehr- und Laubengänge, Kirch- und Verteidigungstürme, Stadttore und Befestigungsmauern, Brücken, Bachläufe, Grünanlagen und Freiflächen wurden phantasievoll inszeniert und rückten sich damit in eine neue Form der Wahrnehmung.

Energiegespräch von erdgas schwaben:

Chancenreiche Nutzung nachwachsender Rohstoffe

Augsburg (jdt). Hochaktuell und sehr chancenreich nannte Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer von erdgas schwaben bei einer Pressekonferenz in Augsburg die Nutzung von Biomasse als dem „vielseitigsten erneuerbaren Energieträger“. Angesichts des immer schneller steigenden weltweiten Energieverbrauchs, der heute fast doppelt so hoch sei wie zu Beginn der 70er Jahre, komme dem Erdgas - in Verbindung mit dem regionalen Biogaspotential - eine hohe Bedeutung zu.

Dietmayer betonte: „Biomasse kann als fester, flüssiger oder gasförmiger Energieträger zur Bereitstellung von Wärme, zur Stromerzeugung oder als Kraftstoff eingesetzt werden.“

165 Städte und Gemeinden

Hervorgehoben wurde zudem der stark wachsende Rang von Erdgas Schwaben als „Partner der Kommunen“. Von Erdgas Schwaben, das im Frühjahr 1952 gegründet wurde, würden heute 165 Städte und Gemeinden mit der umweltschonenden Energie Erdgas versorgt, registrierte Geschäftsführer Dietmayer. Die Nachfrage steige weiter. Zum Vergleich: 1995 waren es 113 angeschlossene Kommunen, vor 20 Jahren 62. Über ein etwa 4700 Kilometer langes Leitungsnetz werden rund 75.000 Hausanschlüsse versorgt. Zu den Kunden gehören das Dominikus-Ringeisen-Werk in Ursberg, der große Freizeit- und Erlebnispark Legoland in Günzburg und Schloss Neuschwanstein.

Klimaschutz im Konzept

Vor dem Hintergrund der beständig zunehmenden Energienachfrage mit der Folge immer höherer Energiepreise und der Zunahme von Emissionen von Treibhausgasen ging Dietmayer auf die Notwendigkeit der Sicherung der Energieversorgung auch in Schwaben ein: „Unter den fossilen Brennstoffen ist Erdgas die Energie, die die geringsten CO₂-Emissionen zu verzeichnen hat. Auf dieser Basis gehen unsere Bestrebungen für die Energieversorgung der Zukunft in Richtung eines Konzeptes, das Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise miteinander verknüpft.“

Anbau von Energiepflanzen

Zu den vorrangigen Zielen von erdgas schwaben gehört laut Dietmayer der Abbau einer zu starken Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland und anderen Ländern. In Partnerschaft mit der Landwirtschaft sollten nachwachsende Rohstoffe für die Produktion von Erdgas genutzt werden, mit zur Verfügung stehenden Aufbereitungsmöglichkeiten: „Durch den Anbau so genannter

Energiepflanzen wie Roggen und Mais, die ausschließlich zur energetischen Verwendung angebaut werden, aber auch durch die energetische Nutzung von Holz als Bio-Erdgas, bieten sich neue, effektive und wegweisende Nutzungsmöglichkeiten.“

Ausgereifte Technik

In Bayern und gerade auch in Bayerisch-Schwaben gebe es günstige Voraussetzungen für die Erzeugung von Gas aus nachwachsenden Rohstoffen, erklärte Geschäftsführer Dietmayer. Im Regierungsbezirk Schwaben könnten nach soliden Berechnungen in rund 15 Jahren 20 bis 25 Prozent des Gas-Verbrauchs in der Region produziert werden. Für den Transport stünden die schon vorhandenen Erdgas-Leitungen zur Verfügung. Das Bio-Gas werde zur Einspeisung in das Erdgas-Netz auf Erdgas-Qualität aufbereitet. Die Technik zur Aufbereitung des Rohbiogases zu Biomethan sei ausgereift und stehe jetzt schon zur Verfügung.

Steigender Biogasanteil

Dem Argument, dass zur Zeit die Produktion einer Kilowattstunde Biogas etwa 6 bis 8 Cent koste und damit noch rund dreimal so hoch wie die Importpreise für Erdgas begegnete Dietmayer mit dem Blick auf langfristige Entwicklungen. Bei einer gezielten und effizienten Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen, einer anhaltend günstigen Energiepolitik und konkurrenzfähigen Produktionskosten sei bis zum Jahr 2030 ein Biogasanteil von etwa 100 Milliarden kWh pro Jahr denkbar, was 10 Prozent des jetzigen Erdgas-Absatzes in Deutschland entspreche.

Bayern Spitzenreiter

Spitzenreiter unter den Bundesländern bei den technischen Biogaspotenzialen ist der Freistaat (15.135 Millionen kWh/a) vor Niedersachsen (13.719 Millionen kWh/a), Nordrhein-Westfalen (8.790 Millionen kWh/a), Baden-Württemberg (6.234 Millionen kWh/a) und Schleswig-Holstein (4.052 Millionen kWh/a).

Hingewiesen wurde auf günstige gesetzliche Rahmenbedingungen der Förderung ökologisch sinnvoller Energietechniken im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und durch erdgas schwaben.

Zwei Großprojekte

Im südlichen Landkreis Augsburg, im Bereich von Schwabmünchen, und im Raum Nördlingen gingen, wie der Geschäftsführer ankündigte, größere Anlagen zur Produktion von Gas aus nachwachsenden Rohstoffen in absehbarer Zeit in Betrieb. Rund 50 Bauern konnten im Kreis Augsburg als Partner gewonnen werden. erdgas schwaben rechnet jeweils mit Kosten von 1,5 bis zwei Millionen Euro. Weitere Anlagen sollen folgen. Dietmayer machte auf besondere Anstrengungen aufmerksam, bei der von außen kommenden Preisentwicklung zugunsten der Kunden Einfluss zu nehmen. Das Bestreben sei, „Platzhirsch zu bleiben“.

erdgas schwaben:

Kundenorientiertester Energiedienstleister 2006

Dr. Christian Blümm, Leiter Marketing bei erdgas schwaben, nahm den 1. Preis im Garten des Düsseldorfer Kunstvereins Malkasten entgegen. Nach dem besten kundenorientierten Dienstleister fragten die Universität St. Gallen, Steria Mummert Consulting und das Handelsblatt.

Deutschlandweit wurden 3.300 der größten Dienstleister eingeladen, am Wettbewerb „Deutschlands kundenorientiertester Dienstleister“ teilzunehmen und sich testen zu lassen. 184 Unternehmen traten an, erdgas schwaben errang den 1. Platz unter den Energieversorgern. Im Gesamtranking belegt erdgas schwaben Platz 44 vor Unternehmen wie Deutsche Bank, O2 Germany, TUI oder Media Markt. Gemessen wurde die Kundenorientierung mit einem neuentwickelten Befragungsmodell der Uni St. Gallen.

... ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Josef Schweinberger,
1. Bürgermeister der Stadt Buchloe,
freut sich, dass den Buchloer
Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas
eine saubere und umweltschonende
Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben gmbh
Bayerstr. 43 · 86199 Augsburg
Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Stadt Buchloe –
wir heizen mit Erdgas

Bayerngas nutzt gutes Jahresergebnis für Einstieg in Norwegen:

Bayerisches Unternehmen auf internationalem Parkett

Die kommunale Gasbeschaffungsgesellschaft Bayerngas GmbH hat das Geschäftsjahr 2005 mit einem Rekordabsatz von 67,7 Mrd. kWh (Vorjahr: 64,8 Mrd. kWh) und einem Plus im Ergebnis abgeschlossen. Durch die neue Höchstmarke beim Absatz sowie die neue Beschaffungsstruktur machte das Unternehmen einen Umsatz von 1.623,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.307,0 Euro) und erzielte einen Jahresüberschuss von 22,9 Mio. Euro (Vorjahr: 18,3 Mio. Euro).

Dieses gute Ergebnis trägt dazu bei, dass die Bayerngas die hohen Investitionen in alternative Erdgas-Bezugsquellen stemmen kann. Im März 2005 hatte die Bayerngas eine Repräsentanz in Norwegen mit dem Ziel eines Erdgasfeld-Erwerbs eröffnet. Wegen der hohen Finanzierungsleistungen, die mit diesem Upstream-Engagement in Nor-

wegen notwendig werden, hat das Unternehmen entgegen der bisherigen Planung die Dividenden-Ausschüttung von 24% auf 18% reduziert. Die frei werdenden Finanzmittel werden den Rücklagen zur Stärkung des Eigenkapitals zugeführt. Zum Jahresende wird eine weitere Kapitalerhöhung erfolgen, die in die Bayerngas Norge

Stadtwerke im Wettbewerb stärken

Gasbeschaffungsplattform wird für kommunale Energieversorger neue Bezugsquellen erschließen

Nachdem die kartellrechtliche Genehmigung vorliegt, haben die Unternehmen Bayerngas GmbH und Deutsche Essent GmbH jetzt die gemeinsame Tochtergesellschaft novogate GmbH gegründet. Das neue Unternehmen wird an den Standorten München und Düsseldorf als gemeinsame Gasbeschaffungsplattform für Stadtwerke starten.

Geschäftsführer des neuen Unternehmens sind Ulrich Mayr (München) und Klaus Schüßler (Düsseldorf). „Stadtwerke werden aufgrund ihrer unvergleichlichen Kundennähe auch in Zukunft eine wesentliche Rolle auf dem Energiemarkt spielen. Sowohl bei Essent als auch bei Bayerngas sind die Anteilseigner aus dem kommunalen Bereich. Deshalb war es für uns folgerichtig, die Kräfte zu bündeln“, erläuterte Paul van Son, Geschäftsführer der Deutschen Essent GmbH, bei einem Pressegespräch in München die strategische Zielsetzung der neuen Tochtergesellschaft.

Position stärken

„Wir wollen die Position kommunaler Versorgungsunternehmen im Wettbewerb der Energieversorger nachhaltig stärken. Über novogate können die Stadtwerke aktiv werden, ihre Gasbeschaffung optimieren und selbst Know-how aufbauen oder im Weiteren vielleicht Zugang zu upstream-Projekten erhalten“, umriss Dr. Ulrich Mössner, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH, den Hintergrund der Kooperation.

Novogate bietet den Stadtwerken verschiedene Formen der Zusammenarbeit an: Zunächst einmal können kommunale Energieversorger über novogate ihre Einkaufsvolumina bündeln und so ihre Verhandlungsposition deutlich verbessern. Beratungsleistungen und professionelles Portfoliomanagement ergänzen das Dienstleistungsangebot.

Partnerprogramm

Stadtwerken, die eine längerfristige Zusammenarbeit anstreben, stehen die Leistungen des Partnerprogramms offen. Es umfasst verschiedene Consultingleistungen von der Gasbeschaffung über die Optimierung von Kostenstrukturen bis hin zur Unterstützung bei Marketing und Vertrieb. Die gesamte Leistungskraft des Zusammenschlusses können Stadtwerke nutzen, die sich an novogate beteiligen. So haben sie direkten Zugriff auf das Know-how der erfahrenen Energieeinkäufer der Trading Floors von Bayerngas und Essent in München und ‘s-Hertogenbosch/Niederlande. „Die Wertschöpfung im Gas-

AS transferiert wird. „Das Engagement in Norwegen ist aus unserer Perspektive notwendig, um unseren Gesellschaftern über die Beschaffungsplattform Bayerngas den Zugang zu einer anderen Ebene der Wertschöpfung zu er-

www.der-flexible-raum.de

Container
Raummodule
Hallensysteme

möglichen. Damit können wir einen entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit unserer Kunden sowie zur Dämpfung des Preisanstiegs für Endverbraucher leisten“, sagt Dr. Ulrich Mössner, Geschäftsführer der Bayerngas.

Beitrag zur regionalen Bezugssicherheit

Mössner weiter: „Gleichzeitig zeigt unser Engagement, dass auch ein bisher nicht international aufgestelltes Unternehmen

ESB fördert Erdgasfahrzeuge

Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) unterstützt den Kauf eines Erdgasfahrzeuges mit einer Startprämie von 400 Euro. Bei der Festschreibung des niedrigen Mineralölsteuersatzes ist der Preisvorteil bis 2020 gesetzlich garantiert. Erdgas als Kraftstoff ist bis zu 50 Prozent günstiger als Benzin und Diesel.

Wer sich bis zum 31. Dezember 2006 für die Anschaffung eines Erdgasfahrzeuges entscheidet, bekommt 400 Euro Startprämie von der ESB. „Wir haben die Zahlung der Startprämie bis Ende 2006 verlängert, weil es bei unseren Kunden sehr gut ankommt“, so Martin Heun, Prokurist der ESB.

Doppelter Nutzen

Heizen und Autofahren mit Erdgas lohnt sich für die ESB-Kunden jetzt doppelt: Die 400 Euro ESB-Startprämie gibt es für die Anschaffung eines erdgasbetriebenen Fahrzeuges. Das Bonusprogramm der ESB, Fahr & Spar erhalten Kunden der Erd-

Rathaus-SPD:

München gibt „Bio“-Gas!

Die im Oktober 2003 gestartete Biomasse-Initiative der Rathaus-SPD greift: Mit der Eröffnung des Biomasseblockkraftwerks in Plieninger bei München wird erstmals Biogas ins Netz der Stadtwerke München (SWM) eingespeist.

Auf Initiative der Rathaus-SPD hatte sich die Landeshauptstadt an den Forschungs- und Entwicklungskosten beteiligt. Sven Thanheiser, umweltpolitischer Sprecher der Rathaus-SPD: „Das Plieninger Biomasseblockkraftwerk ist ein weiterer Baustein unserer Energiepolitik.“ Der nächste folgt demnächst mit dem Bau eines Biomasseblockkraftwerks im Münchner Tierpark. Dort werden 5.000 Tonnen Tierdung und pflanzliche Wertstoffe aus den Grünanlagen verwertet.

Sven Thanheiser: „München nimmt schon heute eine Spitzenstellung bei der Steigerung der Energieeffizienz wie auch der Nutzung regenerativer Energie ein: Bereits 17 Prozent des Münchner Stroms werden nicht mehr aus fossilen Brennstoffen gewonnen.“

einen Beitrag zur regionalen Bezugssicherheit leisten kann und es zeigt, welche Vorteile eine kommunale Beschaffungspartnerschaft hat. Die Investitionen als auch Risiken wären für einzelne kommunale Unternehmen alleine nicht tragbar“. Das norwegische Tochterunternehmen steht den Bayerngas-Gesellschaftern für eine zusätzliche direkte Beteiligung offen. Im Folgenden sind auch Stadtwerke bzw. Regionalversorger außerhalb des Bayerngas-Gesellschafterkreises als Partner denkbar.

Ausblick

Bayerngas hat 2005 ihren Gaseinkauf weiter diversifiziert, bestehende Verträge mit Vorlieferanten neu abgeschlossen und ein professionelles Portfoliomanagement aufgebaut. Damit hat das Unternehmen den Wandel vom kommunalen Ferngasunternehmen zur kommunalen Beschaffungsplattform für Erdgas vollzogen. Aufgrund dieser eingeleiteten Neuausrichtung in der Beschaffung und der positiven Absatzentwicklung geht man bei Bayerngas im laufenden Jahr von einer zufrieden stellenden Ertrags- und Finanzlage aus. Der Absatz im ersten Halbjahr 2006 liegt auf Vorjahresniveau.

Durch die Vereinfachung des Netzzugangs, der vom Kartellamt angestrebten Verkürzung der

Vertragslaufzeiten für Lieferversträge und die verstärkte Positionierung insbesondere internationaler Anbieter wird sich der Wettbewerb intensivieren. Bayerngas wird dabei nicht nur einem zunehmenden direkten, sondern auch ansteigenden mittelbaren Wettbewerb ausgesetzt sein, der das Unternehmen über ihre kommunalen und regionalen Kunden erreicht. Hier sieht sich Bayerngas durch ihr Upstream-Engagement in Norwegen, das durch die Prüfung von LNG-Aktivitäten ergänzt wird, bestens gerüstet.

Regulierung mit der groben Axt?

Im regulierten Netz-Bereich zeichnet sich ein erheblicher Kostendruck ab. Anstelle der von Herrn Kurth versprochenen „Netzentgeltregulierung mit Augenmaß“ erfolgt durch seine Behörde eine mit der groben Axt. So werden beispielsweise bestehende Leitungen, erforderliche Speicherkosten für den gesetzlich vorgegebenen Bilanzausgleich und Aufwendungen

für Flexibilitäten (Gasströme zur Vermeidung von Teilnetzbildungen) ohne Angabe von Gründen kostenmäßig nicht anerkannt. Auch das angewandte Benchmarking-Verfahren ist in seiner Validität mehr als zweifelhaft. Sollte es hierbei bleiben, ließe sich das gesetzlich vorgegebene Netzzugangsmodell nicht umsetzen. Und es würde bereits - ehe die Anreizregulierung einsetzt - zu Existenzbedrohungen von Unternehmen kommen.

Neben der Diskussion der Netzentgelte stehen gegenwärtig die Vorbereitungen zur Einführung des neuen Netzzugangsmodells am 1. Oktober im Vordergrund. Da Bayerngas zukünftig eines der neunzehn Marktgebiete in Deutschland betreiben wird, wird mit Hochdruck an der Umsetzung der rechtlichen und technischen Vorgaben gearbeitet. Insgesamt ist die Bayerngas damit als kommunale Beschaffungsplattform sowohl im Handels- als auch im Netzbereich hervorragend aufgestellt - zumindest, wenn in Sachen Entgeltregulierung wieder Vernunft einkehrt.

ESB-Schulwettbewerb:

Grundschule Langquaid macht das Rennen

Im Vordergrund des Konzeptes steht die Wechselnutzung der Aula als Lern- und Lebensraum. „Das ist unser innovativer Ansatz, der aus dem pädagogischen Konzept der Schule abgeleitet wurde“, betont Rektor Schächtl. Auf der Grundlage eines Vorkonzepts, entwickelt durch die Lehrer, wurden die Schüler intensiv und authentisch beteiligt.

Mit der unterschiedlichen Aufteilung der Aula wird ein klassenübergreifendes gemeinsames Leben und Lernen möglich. Maik Andrä, ServiceCenter Leiter bei der ESB: „Die Raumgestaltung übt einen großen Einfluss auf die Lernbereitschaft und den Arbeitserfolg der Schüler aus. Wir freuen uns, mit dieser Aktion einen Beitrag für bessere Lernbedingungen in einer ganzen Reihe von Grund- und Förderschulen in der Region leisten zu können“.

Die ESB unterstützt mit ihrem Schulwettbewerb das Zusammenspiel von Schülern, Lehrern und Eltern und fördert gleichzeitig Verantwortungsgefühl und Eigeninitiative. Viele Schulen haben sich mit ihren Projekten am Wettbewerb beteiligt. Der Hauptpreis für die Gewinnerschulen beträgt je 10.000 Euro. Alle anderen teilnehmenden Schulen, die nicht gewonnen haben, erhalten hochwertige Musikinstrumente im Wert von 500 Euro.

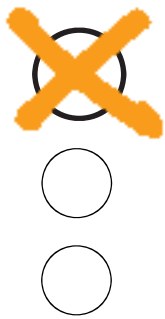
Die 5-Sterne-Wärme für Ihr Zuhause



115.000 Bauherren und Hauseigentümer in Südbayern

haben sich seit 40 Jahren für Erdgas von der ESB entschieden!

Erdgas
Heizöl
Strom



Erdgas Südbayern GmbH

Ungsteiner Straße 31, 81539 München
Tel. 01 805 / 29 11 11 (12 Cent/Min. im Festnetz der deutschen Telekom)
E-Mail: info@esb.de, www.esb.de



Mit Erdgas in guter Gesellschaft.

Studie des Pestel Instituts:

Die Bedeutung der N-ERGIE für Nürnberg und die Region

Die regionale Verankerung der N-ERGIE schafft Impulse für die einheimische Wirtschaft und sichert so Arbeitsplätze in Nürnberg und in der Region. Dies ist das zentrale Ergebnis einer Studie des Pestel Instituts, Hannover. Die Studie entstand in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Internationale Wirtschaftsbeziehungen, an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Ziel der Untersuchung war es, den Grad der regionalen Einbindung des N-ERGIE Konzerns in die Wirtschaft von Stadt und Region zu untersuchen.

Obwohl Energieträger, wie Erdgas oder Strom, weitgehend in die Region „importiert“ werden, bezieht die N-ERGIE wesentliche Anteile ihrer Vorleistungen aus der Region.

Wenn beispielsweise Rohre saniert, ein neues Leitungssystem erstellt, eine Umspannanlage oder ein neues Wasserwerk errichtet werden, beauftragt die N-ERGIE für die dafür notwendigen Bauleistungen zu 90 Prozent Unternehmen aus Nürnberg oder der Region.

Regionale Bauwirtschaft

So flossen der regionalen Bauwirtschaft allein im Jahre 2004 39,4 Mio. Euro durch Investitionen der N-ERGIE zu. „Bei einem überregionalen Großkonzern oder einem ‚global player‘ würden regionale Gesichtspunkte bei der Auftragsvergabe dagegen keine Rolle spielen und die Region würde entsprechend an Impulsen und Wirtschaftskraft einbüßen“, erläuterte Herbert Dombrowsky, Sprecher des Vorstands bei der N-ERGIE.

Hohe Umsatzanteile bleiben in der Region

In der Studie wurde jeweils für Strom, Erdgas, Fernwärme und Wasser die Höhe der Umsatzanteile ermittelt, die in der Region verbleiben. Beim Strom sind es 41 Prozent. Dies bedeutet, dass von jedem Euro, den die Endkunden der N-ERGIE für Strom bezahlen, 41 Cent in der Region bleiben, Aufträge schaffen und in Handwerk, Handel oder Industrie Arbeitsplätze sichern.

Verlust bei Wechsel

Das Pestel Institut hat berechnet, dass die regionale Wirtschaft bei einem Wechsel zu einem überregionalen Stromversorger deutlich verliert. Von den ermittelten 41 Cent bleiben bei einem Wechsel nur noch ganze 18 Cent für die Region übrig – der Anteil hat sich also mehr als halbiert.

Der Umsatzanteil, der in der Region verbleibt, ist umso höher, je geringer die in die Region „importierten“ Vorleistungen sind. Deshalb beträgt der

in der Region verbleibende Umsatzanteil beim Erdgas 31 Cent pro Euro, während bei der in Nürnberg-Sandreuth „produzierten“ Fernwärme bereits 49 Cent in der Region bleiben.

Da das Nürnberger Trinkwasser überwiegend in der Region gewonnen wird, fällt der regionale Anteil hier mit

LEW Verteilnetz GmbH:

Planfeststellungsverfahren in Vorbereitung

110-Kilovolt-Hochspannungsleitung bei Illertissen im Visier Abbau der Freileitung durch Ortsteil Au rückt näher

Die LEW Verteilnetz GmbH, eine Tochterfirma der Lechwerke AG (LEW), bereitet ein förmliches Planfeststellungsverfahren für die Änderung der Trasse einer 110-Kilovolt-Hochspannungsleitung im Ortsteil Au der Stadt Illertissen vor. Dazu sind vorbereitende Maßnahmen vor Ort notwendig, mit denen Ende Mai begonnen wurde.

Die betroffenen Grundstückseigentümer wurden über den Beginn der Vorarbeiten bereits informiert. Der Plan für das Vorhaben kann im Rathaus der Stadt Illertissen eingesehen werden.

Um das Planfeststellungsverfahren durchführen zu können, muss die neue Trasse, die im Westen des Wohngebietes Au verlaufen soll, auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft werden. Außerdem müssen die Lechwerke einen sog. Landschaftspflegebegleitplan vorlegen, der auf die Belange des Na-

68 Prozent am höchsten aus.

Partizipieren am Erfolg

Deshalb partizipiert die Region auch am Vertriebs Erfolg des Nürnberger Energieversorgers außerhalb seines Netzgebietes. Im Jahre 2004 betrug das Verhältnis von Stromlieferungen der N-ERGIE an Kunden außerhalb ihres Netzgebietes zum durchgeleiteten Strom von anderen Lieferanten in das N-ERGIE Netzgebiet noch 1:3. Das heißt, die N-ERGIE hatte dreimal so viel Strom an die Konkurrenten verloren, wie sie von den Konkurrenten außer-

halb des Netzgebietes dazu gewonnen hatte. Im Jahre 2005 hat sich dieses Verhältnis zugunsten der N-ERGIE verändert, da sie ihre Stromlieferungen an Kunden außerhalb des Netzgebietes von 0,55 TWh (Terrawattstunden) auf 2,25 TWh vervierfachen konnte.

Arbeitsplätze für die Region

Mit ihren eigenen 2.874 Mitarbeitern des Jahres 2004 zählt die N-ERGIE zu den großen Arbeitgebern der Region. Aufträge für Vorleistungen und Investitionen in Höhe von rund einer Milliarde Euro im Jahre 2004 sowie Bruttolöhne und Gehälter für die 2.874 Mitarbeiter in Höhe von 130 Mio. Euro schafften bei Handel, Handwerk und Industrie Nachfrage, die allein 4.728 Arbeitsplätze in der Region sichert.

Sicherung von 14.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen

Insgesamt werden in Deutschland durch die Aktivitäten der N-ERGIE 14.000 zusätzliche Arbeitsplätze gesichert. Dies bedeutet, dass jeder der bei der N-ERGIE beschäftigten Mitar-

beiter in Deutschland 4,9 Arbeitsplätze nach sich zieht. 1,7 Arbeitsplätze entfallen dabei allein auf Nürnberg und die Region. Rund ein Drittel der zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen also in der Region. Im Vergleich zu neun vom Pestel Institut bereits untersuchten Energieversorgern liegt dieser Wert im oberen Drittel.

Immaterieller Nutzen

Die Untersuchung hob auch das gesellschaftliche und ökologische Engagement der N-ERGIE positiv hervor. Der Energieversorger zählt zu den großen Sponsoren der Region. Er trägt dazu bei, dass Sport- und Kulturveranstaltungen stattfinden können und den Lebensraum der 2,4 Millionen Einwohner bereichern.

Im Umweltbereich wurde u.a. auf das CO₂-Minderungsprogramm verwiesen, das mit jährlich 750.000 Euro die Eigeninitiative der Kunden zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes unterstützt. Durch Sponsoring und Umweltförderung wird, so das Untersuchungsergebnis, bedeutender immaterieller Nutzen für Nürnberg und die Region geschaffen. □

Region Unterfranken:

E.ON Bayern gibt Gas

13 neue Erdgasfahrzeuge bayernweit im Einsatz

Bei E.ON Bayern sind 13 neue Erdgasfahrzeuge im Einsatz. Die VW Caddys EcoFuel werden als Dienstfahrzeuge in den über ganz Bayern verteilten Kundencentern des Energiedienstleisters verwendet. Mit den Erdgasfahrzeugen sind künftig Mitarbeiter in Schweinfurt, Marktheidenfeld, Ampfing, Bamberg, Freilassing, Kolbermoor, Kulmbach, Naila, Pfaffenhofen, Schwandorf, Taufkirchen, Unterschleißheim und Weiden im Einsatz für die Kunden. Das Fahrzeug für den Bereich Schweinfurt nahm Kundencenter-Leiter Georg Gehrig entgegen, das Fahrzeug für den Bereich Marktheidenfeld Kundencenter-Leiter Reiner Messerer.

Umfangreiches ökologisches Engagement

Die E.ON Bayern AG sieht den verstärkten Einsatz umweltschonender Erdgasfahrzeuge im eigenen Fuhrpark auch als einen Beitrag ihres umfangreichen ökologischen Engagements, denn diese Fahrzeuge stoßen bis zu 80 Prozent weniger Schadstoffe aus. Erdgas ist aber nicht nur umweltschonender, sondern auch erheblich günstiger als Benzin oder Diesel: Man spart gegenüber einem Benzinler bis zu 50 Prozent der Treibstoffkosten und gegenüber einem Diesel bis zu 35 Prozent. □

Durch die Netzregulierung ...

(Fortsetzung von Seite 7)

Schreibung einen Letter of Intent bei der rumänischen Regierung eingereicht, teilte Teyssen mit. Im Netzgeschäft hat E.ON zusätzliche Mittel bereitgestellt zur Beseitigung von Engpässen in Deutschland und zum Ausbau internationaler Kuppelstellen. Deutliche Investitionssignale hat der Konzern auch bei der Entwicklung der Wind-Offshore-Technologie, bei der Biomasse und bei der Wärmedämmung von Gebäuden gegeben, wober die Tochter E.ON Bayern schon ausführlich berichtet hat. Offshore-Rechte hat sich das Unternehmen vor Borkum, vor Amrum und vor Cap Arkona gesichert.

Position in Zentralosteuropa stärken

Die schnelle Entwicklung von internationalen Regionalmärkten sieht E.ON als notwendigen Zwischenschritt auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Energie-Binnenmarkt. „In unserer Hemisphäre geht es zunächst um die zwei Regionalmärkte Zentralwesteuropa und Zentralosteuropa, die sich unterschiedlich schnell entwickeln“, sagte Teyssen. Westeuropa habe beinahe alle Voraussetzungen, Osteuropa entwickle sich langsamer, strebe aber die Angleichung an West-

europa an. Für E.ON gelte es, die Position in Zentralosteuropa zu stärken, wo es bereits über 7 Mio. Kunden, 2,6 Mrd. Euro Umsatz und fast 15 000 Mitarbeiter gebe.

Insgesamt beschäftigt E.ON Energie etwa 44.500 Menschen, davon ein Drittel außerhalb Deutschlands. Die Mitarbeiterzahl im Inland wird auf Grund der - jetzt auslaufenden - Altersteilzeitregelung und wegen weiterer Rationalisierungen leicht sinken. Gesucht werden Ingenieure, vor allem für den Bereich Kernenergie. Deshalb sponsert das Unternehmen einen Lehrstuhl für Kernkraft an der Technischen Hochschule Aachen.

Der Umsatz nahm - vor allem auf Grund von Erstkonsolidierungen in Bulgarien, Ungarn und Rumänien, aber auch wegen höherer Großhandelspreise - um 18 Prozent auf 23,2 Mrd. Euro zu. Dabei legte das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) auf 3,93 (Vorjahr: 3,60) Mrd. Euro zu. Die gesamten Investitionen addierten sich auf 2,18 (2,53) Mrd. Euro.

PS: E.ON, Sponsor der überaus erfolgreichen Franz-Marc-Ausstellung in München, arbeitet am Zustandekommen der bisher größten Kandinsky-Ausstellung, die 2008 in München gezeigt werden soll. dhg.

Mehr Energie für Stadt und Land



Unser Erfolgsgeheimnis liegt in der Nähe. Deshalb bieten wir bedarfsgerechte und innovative Energieprodukte für Kommunen – immer verbunden mit professionellem Service auf Augenhöhe!

www.n-ergie.de

N-ERGIE
Spürbar näher.

Städtische Werke Nürnberg GmbH 2005:

Betriebsergebnis wurde erheblich verbessert

Die Städtische Werke Nürnberg GmbH schloss das Geschäftsjahr 2005 mit einem Zuschussbedarf von 11,9 Millionen Euro (2004: 10,8 Millionen Euro) ab, kann sich aber insgesamt über einen positiven Saldo zur Stadt Nürnberg freuen. Der stieg im Jahr 2005 um 1,8 Millionen auf 23,7 Millionen Euro (2004: 21,9 Millionen Euro). Ursächlich für den positiven Saldo sind die Konzessionsabgaben der N-ERGIE Aktiengesellschaft und der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg sowie die U-Bahn-Pacht, die jeweils an die Stadt gehen.

Die Städtische Werke Nürnberg GmbH ist im Auftrag ihrer Alleingesellschafterin, der Stadt Nürnberg, damit betraut, als geschäftsführende Konzernholding die kommunalen Aufgaben der Energie- und Wasserversorgung, des öffentlichen Personennahverkehrs und der Immobilienwirtschaft durchzuführen. Die wirtschaftliche Tätigkeit der StWN GmbH selbst beschränkt sich überwiegend auf die Funktionen einer geschäftsführenden Konzernholding.

Das Betriebsergebnis der StWN GmbH konnte gegenüber 2004 erheblich verbessert werden. Mit einem Fehlbetrag von 1,5 Millionen Euro fällt es gegenüber 2004 um 59,2 Prozent besser aus (2004: -3,6 Millionen Euro). Das per Saldo niedrigere Beteiligungs- und Finanzergebnis hob diesen Vorteil allerdings wieder auf. So verschlechterte sich das Zinsergebnis der StWN GmbH um 2,1 Millionen Euro auf -0,4 Millionen Euro. Die Gründe dafür sind geringe liquide Mittel infolge des wbg-Anteilserwerbs sowie der ausgebliebene Ausgleich der Zuschussbedarfe 2003 und 2004 durch die Anteils-eignerin Stadt Nürnberg.

Der Zuschussbedarf der StWN GmbH in Höhe von 11,9 Millionen Euro resultiert aus 59,7 Millionen Euro Überschuss der N-ERGIE, 51.000 Euro Plus bei der FEG (Fränkischen Energie-Gesellschaft mbH), dem negativen Saldo der VAG in Höhe von 70,9 Millionen Euro und dem StWN-eigenen Ergebnis von minus 0,7 Millionen Euro. Es fällt aber um vier Millionen Eu-

ro besser aus als geplant. Bedingt durch die angespannte Haushaltslage der Stadt Nürnberg wurde mit Blick auf den Beschluss des Rates der Stadt in Höhe des Verlustausgleiches aus dem Jahr 2002 für die folgenden Jahre kein Ausgleich des Zuschussbedarfs vorgenommen. Danach wäre von der StWN für 2005 wiederum ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 6,2 Millionen Euro selbst zu tragen. Die Geschäftsführung rechnet aber wieder mit einem Ausgleich des übersteigenden Zuschussbedarfs von mindestens 5,7 Millionen Euro durch die Stadt.

Gesteigerte Bilanzsumme

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent oder 11,1 Millionen Euro auf 297,1 Millionen Euro erhöht. Der Erhöhung der flüssigen Mittel um 39,8 Millionen Euro steht im Zusammenhang mit dem Cash Pooling der VAG, in dessen Rahmen ein Finanzierungs- und Liquiditätsausgleich mit verbundenen Unternehmen möglich ist. Im übrigen Umlaufvermögen reduzierten sich vor allem die Forderungen gegenüber der Gesellschafterin um 18,2 Millionen Euro. Der Buchwert des Anlagevermögens blieb annähernd unverändert. Auf Grund der gestiegenen Bilanzsumme veränderte sich die Bilanzrelation zwischen Anlage- und Umlaufvermögen um 2,6 Prozent. Die Eigenkapitalquote ging von 60,6 im Jahr 2004 auf 56,3 Prozent in 2005 zurück. Ursächlich hierfür sind die Verlustvorträge seit 2003.

Erding:

Geowärmeprojekt auf soliden Füßen

Die Therme Erding, der Zweckverband für Geowärme Erding und die beteiligten Grundstückseigentümer haben nunmehr die komplexen und langwierigen Grundstücksverhandlungen zum gemeinsamen Erfolg geführt. Damit wurde der Weg für die Thermenerweiterungen geebnet, mit denen die Zukunft des gesamten Geowärmeprojekts weiterhin auf soliden Füßen steht.

Inzwischen haben um die Therme herum drei Großbaustellen ihre Arbeit aufgenommen. Die Kinderwelt und das Foyer sind in ihren Umrissen bereits erkennbar, in der neuen Saunawelt nehmen die geschwungenen Wasserbecken schon ihre Formen an. Obwohl der Baubeginn ursprünglich früher erfolgen sollte, will die Therme ihren ehrgeizigen Zeitplan einhalten. Demnach sollen die Kinderwelt, die neue Saunawelt und das Foyer bereits vor Weihnachten dieses Jahres den Betrieb aufnehmen.

In nur wenigen Monaten wird die Therme in ihre Erweiterungen ca. 60 Mio. Euro investieren und über 400 neue Arbeitsplätze schaffen.

Bereits fertig gestellt präsentieren sich die neu gestalteten Parkplätze und die Brunnenanlage an der Thermenallee. Die blühende Parkplatzbepflanzung erfreut sich offenbar so großer Beliebtheit, dass die Therme mit verstärkten Kontrollen gegen den Pflanzendiebstahl vorgehen muss.

Bürgermeister Karl-Heinz Bauernfeind begrüßte den erfolgreichen Vertragsabschluss und lobte zum wiederholten Male den Unternehmer Josef Wund, der mit der Umsetzung seiner Ideen und Visionen Stadt und Landkreis Erding weit nach vorne bringt und meint: „Die Therme Erding ist Ausgangspunkt zur Weiterentwicklung einer ganzen Region und Grundlage für hervorragende wirtschaftliche Chancen.“

Erfolgsgeschichte

Auch für Landrat Martin Bayerstorfer, Vorsitzender des Geowärme-Zweckverbands, ist Wunds unternehmerischer Mut beispielhaft: „Die Therme Erding ist eine einzige Erfolgsgeschichte, und ich bin sicher, dass die spektakuläre Erweiterung den Bekannt- und Beliebtheitsgrad dieses außergewöhnlichen Bades noch vergrößern wird.“ Er sei äußerst zufrieden, dass dieses Projekt dank der Unterstützung aller Beteiligten nun realisiert werden könne. **DK**

es Ergebnis freuen. Zwar haben Sonderfaktoren und der erstmalig im Jahresergebnis spürbare Mehrheitserwerb an der wbg zu einem leichten Rückgang des Konzernjahresüberschusses geführt, doch konnten die Teilpläne alle übertroffen werden.

Positiv hat sich im Gesamtkonzern im Jahr 2005 der Umsatz entwickelt. Er ist von 1.269,5 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 18,3 Prozent auf 1.502,8 Millionen Euro gestiegen. Das Betriebsergebnis selbst ist mit 48,6 Millionen Euro um -5,6 Prozent schlechter ausgefallen als im Vorjahr (51,5 Millionen Euro), da die Bezugskosten überproportional gestiegen sind.

Die Umsatzerlöse wurden zu 82,4 Prozent (Vorjahr 80,5 Prozent) vom Strom- und Gasgeschäft bestimmt, die insgesamt eine Steigerung von 21,3 Prozent erfuhr. Der Anteil des Wasser- und Wärmegeschäfts reduzierte sich um ein Prozent auf 8,0 Prozent der Gesamtumsätze. Der Anteil der Verkehrseinnahmen ist mit 6,0 Prozent (Vorjahr 6,8 Prozent) und die sonstigen Umsatzerlöse mit 3,6 Prozent (Vorjahr 3,7 Prozent) an den Umsatzerlösen beteiligt. □

Feierliche Eröffnung des „eza!-treffs“

„Damals im Jahr 2002 dachten wir noch, das eza!-haus wäre sehr großzügig dimensioniert, und einige meinten gar, eza! könnte dieses große Gebäude gar nicht ausnutzen“, erinnert Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer. Aber es kam anders: Vor kurzem eröffnete er einen umgestalteten Anbau in der Burgstraße. „Der eza!-treff dokumentiert auch die hervorragende Entwicklung von eza! in den letzten Jahren“, freut sich Geschäftsführer Martin Sambale.

1998 begann die Erfolgsgeschichte des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!) mit einem Büro in den Räumen des ZAK. Seit 2002 sind im mit Passivhaustechnik renovierten Gebäude an der Burgstraße die Arbeitsbereiche von eza!: eza!-energieberatung, eza!-bildung, eza!-partner und eza!-energiemanagement untergebracht.

Durch die immer erfolgreichere Arbeit wurde es dann mit der Zeit im eza!-haus eng. Als Ende letzten Jahres der Blumenladen aus dem Anbau des eza!-hauses in neue Geschäftsräume umzog, war die Gelegenheit für eine Erweiterung günstig.

Die künftige Nutzung des „eza!-treff“ wird sich variabel

gestalten. Es ist eine Dauerausstellung der eza!-partner-Firmen installiert. Aktuelle Heizungs- und Lüftungstechnik, Bau- und Dämmstoffe, Holz- und Wohnbau sowie alles rund ums Thema Solar können dort anschaulich gemacht werden.

„Dies ist zum einen für unsere Energieberatungskunden interessant, die sich gleich vor Ort über neue Techniken informieren können“, erklärt Sambale, „zum anderen erfahren die Teilnehmer des eza!-Bildungsprogramms an konkreten Beispielen, welche Techniken möglich sind.“ Der neue „eza!-treff“ soll schließlich auch als Schulungs-, Beratungs- und Veranstaltungsraum genutzt werden. □

E.ON Bayern und Gemeinde Poing:

Reaktion auf Diskussion über Fernwärmeversorgung

Zu einem so genannten Runden Tisch trafen sich auf Initiative von Poings Bürgermeister Albert Hingerl Vertreter der Poinger Fernwärmekunden, der Gemeinde Poing und von E.ON Bayern. Ausgangspunkt war eine Veranstaltung im Bauzentrum Poing über die Zukunft der Energieversorgung, bei der auch sehr kontrovers über die preislichen und technischen Aspekte der lokalen Fernwärmeversorgung diskutiert worden war.

E.ON Bayern hat jetzt ein Lösungspaket vorgestellt, das von Gemeinde und Kundenvertretern akzeptiert wurde. Den Fernwärmekunden in Einfamilienhäusern wird rückwirkend zum Beginn des neuen Abrechnungsjahres (1. Juli 2006) die Möglichkeit eingeräumt, auf das Preismodell der übrigen Fernwärmekunden umzustellen und die bereitzustellende Wärmeleistung entsprechend ihrem jeweiligen Heiz- und Warmwasserbedarf festzulegen. Die Mindestleistung liegt bei 10 kW. Für Einfamilienhäuser und die übrigen Objekte gelten damit künftig einheitliche Arbeits- und Grundpreise. Dabei haben die Kunden die Wahl zwischen dem bisherigen Preismodell und der vorgestellten Alternative. Einem Großteil der Fernwärmekunden wird damit eine Möglichkeit eingeräumt, die Fernwärmekosten zu senken.

Einsatzmöglichkeiten von Biomethangas

Darüber hinaus wird E.ON Bayern zur Verringerung der einseitigen Abhängigkeit von Erdgas die Einsatzmöglichkeiten von Biomethangas (so genanntes Biogas) untersuchen und gegebenenfalls zum Jahresbeginn 2007 zu realisieren. Bei der anstehenden Erneuerung der Kraft-Wärme-Kopplungs-Module im Blockheizkraftwerk (BHKW) wird bereits einer der Motoren auf die Verbrennung von Biogas ausgelegt.

Ebenfalls soll der Einsatz von hydrothormaler Erdwärme (Heißwasser) als zusätzlicher Energieträger untersucht werden. Die E.ON Bayern Wärme GmbH, eine hundertprozentige Tochter der E.ON Bayern AG, besitzt bereits seit Juni die Genehmigung, auf dem Gemeindegebiet von Poing hydrothermale Erdwärme aufzusuchen. Die „Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdwärme“, wie es im offiziellen Bescheid des Bayerischen Wirtschaftsministeriums heißt, ist auf drei Jahre befristet und umfasst den Zeit-

raum vom 1. Juni 2006 bis zum 31. Mai 2009. Sollte die bereits beauftragte Detailstudie die erhofften Ergebnisse erbringen, könnte zukünftig der Bedarf von rund 1 000 Haushalten an Wärme für Heizzwecke und Warmwasserbereitung in Poing aus dieser Quelle gedeckt werden.

Betreuung vor Ort ausbauen

Die E.ON Bayern will außerdem die persönliche Betreuung der Kunden vor Ort ausbauen und in eigener Post zu Themen rund um die Fernwärmeversorgung informieren. Bereits eingeführt ist die vierteljährliche detaillierte Preisinformation für alle Fernwärmekunden. Auf einem Tag der offenen Tür, der nach dem Austausch der Aggregate geplant ist, soll den Poingern die hinter der Fernwärmeversorgung stehende Technik präsentiert werden.

Beschlossenes Konzept

E.ON Bayern betreibt in Poing bereits seit 1988 eine Fernwärmeversorgung. Über die insgesamt 12,4 km langen Leitungen werden jährlich rund 35 Mio. Kilowattstunden (kWh) Wärme für 334 versorgte Objekte geliefert.

Bürgermeister Albert Hingerl informiert in diesem Zusammenhang auch über das vom Gemeinderat beschlossene Konzept für eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und Ausschöpfung von Einsparpotenzialen im gesamten Gemeindegebiet. Hierzu soll zunächst in Zusammenarbeit mit einem Fachbüro und dem Agenda-Arbeitskreis Energie eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden.

Ziel dieses langfristig angelegten Projektes ist dabei ein ökologisch wie ökonomisch optimiertes Energiekonzept, bei dem einerseits wirtschaftliche Einsparpotenziale erschlossen werden und andererseits wirtschaftlich sinnvolle Versorgungsvarianten geprüft werden. □

LEW
Lechwerke

Immer da.

Energie – sicher und zuverlässig.

Tradition verpflichtet.
Worauf sich schon die Großeltern verlassen haben, darauf vertrauen auch die Enkelkinder.
Sicherer Strom zu fairen Preisen.
Und das seit Generationen.
www.lew.de

RWE Group

VDV-Jahrestagung in Bochum:

Mehr Fahrgäste, höhere Wirtschaftlichkeit

Angriffe auf ÖPNV-Finanzierung bedrohen Fortsetzung dieser Erfolge
Schienengüterverkehr 2005 um 3,4 Prozent gestiegen

Auch im Jahr 2006 kann der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) den seit Jahren kontinuierlichen Zugewinn an Fahrgästen voraussichtlich noch weiter fortsetzen. Wie VDV-Präsident Günter Elste auf der Jahrestagung seines Verbandes in Bochum erklärte, hätten im Jahr 2005 die VDV-Mitgliedsunternehmen 9,37 Milliarden Fahrgäste befördert, 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsunternehmen habe sich, unterstrich Elste, auch im Jahr 2004 weiter verbessert - trotz der diversen Absenkungen von Ausgleichsleistungen und Zuschüssen, der deutlich gestiegenen Energiekosten, des Schülerrückgangs und einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit. Der Kostendeckungsgrad sei von 70,5 Prozent auf 71,0 Prozent weiter erhöht worden. Dabei seien die Ausgleichsleistungen für die Rabattierung im Ausbildungsverkehr sowie die Erstattungsleistungen für die kostenlose Beförderung schwerbehinderter Menschen in der ersten Stufe im Jahr 2004 um 91 Millionen Euro gesunken. Diese bereits beschlossenen Kürzungen würden in den Folgejahren noch in größerem Umfang wirksam.

Hinzu kommen aber laut Elste „weitere Kürzungsvorhaben, die als die massivsten Angriffe

auf die ÖPNV-Finanzierungsgrundlagen in der Nachkriegsgeschichte bezeichnet werden müssen“. Diese würden dafür sorgen, dass die langjährige positive Entwicklung bei den Fahrgastzahlen und der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit nicht weitergeführt werden kann.

Folgelasten

Die geplanten enormen Kürzungen der Regionalisierungsmittel würden zunehmend dazu führen, dass Verkehrsunternehmen ihre Verkehrsleistungen einschränken müssen. Dies wiederum habe zwangsläufig Fahrgastverluste zur Folge. Eine solche fatale Entwicklung werde durch die geplante Abschaffung der Absetzbarkeit von Pendler-tickets für Bus und Bahn und der damit verbundenen politischen Lenkungswirkung noch erheblich verstärkt.

Die politischen Entscheidungsträger im Bund und in den Ländern wurden aufgefordert, die Bundesfinanzhilfen an die Länder für den ÖPNV nach dem Regionalisierungsgesetz bis zur gesetzlich vorgesehenen Revision des Gesetzes 2007 mit Wirkung ab 2008 aufrechtzuerhalten. Der VDV-Präsident kritisierte, dass der Bundestag das fachlich unausgewogene Haushaltsbegleitgesetz mit Kürzungen gegenüber dem jetzigen gesetzlich fixierten Status quo in Höhe von 3,3 Milliarden Euro im Zeitraum 2006 bis 2010 beschlossen habe - obwohl die Verkehrsminister der Länder als auch das Plenum des Bundesrates sowie die betroffenen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen wiederholt auf die massiv negativen Folgen hingewiesen hätten.

Pakt dringend benötigt

Elste zufolge braucht das Land dringender denn je einen „Pakt für bezahlbare Mobilität“. Diesen habe der VDV im vergangenen Jahr allen am ÖPNV Beteiligten vorgeschlagen. „Wir werden diesen Ansatz noch einmal massiv politisch kommunizieren“, so der Verbandschef: „Ansonsten spielen wir mit dem deutschen ÖPNV demnächst nicht mehr in der Champions League, sondern in der Zweiten Liga.“

Vor Engpässen

Darüber hinaus appellierte der VDV an die politischen Entscheidungsträger im Bund und in der EU, die infrastrukturellen und ordnungspolitischen Grundlagen für eine Expansion des Schienengüterverkehrs zu schaffen. „Angesichts der dynamischen Nachfrageentwicklung laufen wir sehenden Auges in schwerwiegende Engpass-situationen hinein. Die starke Zunahme des Welthandels, die immer noch fortschreitende Containerisierung, die Fortschritte der Logistik bei der Ladungsbündelung und die Entwicklung der Kosten führen zu einer deutlichen Trendwende zugunsten der Schiene“, betonte Elste. Die meisten Staaten, insbesondere wichtige wirtschaftliche Konkurrenten Deutschlands, beantworteten den globalen Trend mit steigenden Investitionen.

Die sich schon jetzt abzeichnenden Engpässe würden in den nächsten Jahren besonders in den Zulaufstrecken zu den Seehäfen und zu den Alpenpässen ständig steigenden Handlungsdruck erzeugen. „Es muss nicht erst in einigen Jahren, sondern sofort gehandelt werden, wenn unsere Exportwaren in Zukunft nicht schon in der Lüneburger Heide oder im Alpenvorland auf der Strecke bleiben sollen“, bemerkte der Präsident.

Standorte sichern

Nur mit einem prosperierenden Eisenbahnmarkt könnten die Wirtschaftsstandorte im Zentrum Europas gesichert werden. Die zunehmenden Engpässe im Straßennetz und die steigenden logistischen Anforderungen der verladenden Wirtschaft seien Aufforderung genug, die Wettbewerbssituation der Schiene weiter zu verbessern. Hierzu seien die Sicherung und der Ausbau des Schienennetzes genauso erforderlich wie eine Weiterentwicklung der LKW-Maut und der weitere Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern Schiene und Straße.

„Insbesondere muss die Politik Sorge dafür tragen“, so Elste, „dass der europäische Eisenbahnverkehrsmarkt genauso zugänglich wird wie der deutsche für alle Unternehmen in Europa.“ Diese Öffnung müsse zeitnah geschehen und dürfe nicht durch administrative Hemmnisse verzögert werden. Zudem dürften die Anforderungen der Interoperabilität nicht unnötige finanzielle Abgründe schaffen.

Im Zentrum des Handelns

Die Transportleistung der Güterbahnen in Deutschland lag im Jahr 2005 bei etwa 90 Milliarden Tonnen-Kilometer, nachdem im Jahr zuvor mit über 86 Mrd. tkm bereits ein Rekordhoch erreicht wurde. Zur Bahnreform 1993 konnten lediglich etwa 65 Mrd. tkm verbucht werden. Lagen 1993 die Anteile der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) noch bei 1,3 Prozent der Verkehrsleistung, erreichen die Wettbewerber der Deutschen Bahn AG jetzt bereits über 15 Prozent. Diese Steigerungen seien sehr beeindruckend und widersprächen dem eher negativen Image des Schienengüterverkehrs, betonte Elste. Deshalb müsse die nationale und europäische Politik die konsequente Förderung des Schienengüterverkehrs weiterhin in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. **DK**

Beim Feinstaub an der Quelle ansetzen !

Der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, hat bei einer Fachtagung in München gefordert, bei der Verringerung der Feinstaubbelastungen an der Quelle anzusetzen. Etwa die Hälfte der Belastungen sei dem großräumigen Hintergrund zuzurechnen. Er setze sich aus Beiträgen der Industrie, dem Verkehr, der Landwirtschaft und aus privaten Hausfeuerungen zusammen. Bei der LfU-Fachtagung zu den Luftreinhalte- und Aktionsplänen erklärte Göttle: „Lokale Maßnahmen der Kommunen allein reichen nicht aus, wir brauchen ein ganzes Bündel von Maßnahmen, wenn wir bei der Feinstaubbekämpfung erfolgreich sein wollen.“ **□**

Städtetagspräsident Christian Ude:

Kommunen brauchen Spielraum!

Die wachsende Einflussnahme der Europäischen Union auf Angelegenheiten der Städte droht die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Deutschland einzuschränken. Darauf hat der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude bei der VDV-Jahrestagung hingewiesen.

Ude forderte, die Kommunen müssten bei der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs ausreichende Entscheidungsspielräume behalten. Er warnte vor zu weit reichenden Eingriffen der EU in die kommunale Selbstverwaltung. „Beim öffentlichen Nahverkehr handelt es sich um eine ausschließlich auf lokaler Ebene erbrachte Leistung der Daseinsvorsorge. Es ist wenig sinnvoll, hier mit Vorgaben aus Brüssel, die jede Kleinigkeit regeln, den Wettbewerb erzwingen zu wollen“, sagte Ude. Der ÖPNV spiele eine wichtige Rolle in der Stadt- und Siedlungsentwicklung. Daher müssten die Kompetenzen bei der Gestaltung von Netz und Betrieb bei den Kommunen verbleiben.

Besonders kritisch kommentierte der Städtetagspräsident den Umgang der EU mit dem Thema Daseinsvorsorge. Die EU-Kommission nehme keine Rücksicht darauf, wie sich die Lage vor Ort darstellt oder ob sich die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger wirklich verbessert. Ude sagte, das Aufbrechen verkrusteter Strukturen aus Monopolzeiten sei in der Kommunalwirtschaft zweifellos notwendig. Allerdings hätten sich die Zeiten geändert: „Viele öffentliche Unternehmen beweisen jeden Tag aufs Neue, dass sie den Spagat zwischen Sparzwängen einerseits und ihren Aufgaben als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge andererseits prächtig meistern.“ **DK**

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben:

Interessenverband Südbahn gegründet

Um die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn Ulm-Friedrichshafen-Lindau schneller voran zu bringen, hat sich in Ravensburg der Interessenverband Südbahn gegründet. Die Initiative dazu ging von den Regionalverbänden Bodensee-Oberschwaben und Donau-Iller aus.

Mitglieder sind die Städte und Gemeinden entlang der Strecke, die Landkreise Alb-Donau-Kreis, Bodenseekreis, Biberach, Lindau und Ravensburg, die Industrie- und Handelskammern Ulm und Bodensee-Oberschwaben sowie die beiden Regionalverbände Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben. Die Geschäftsführung liegt beim Regionalverband Bodensee-Oberschwaben.

Eine aktuelle Studie des Bundes zur Wirtschaftlichkeit der internationalen Strecken Stuttgart-Singen-Zürich (Gäubahn), Ulm-Friedrichshafen-Lindau (Südbahn) sowie München-Memmingen-Lindau (Allgäubahn) hat bestätigt, dass die Elektrifizierung und der Ausbau der Südbahn ein sehr hohes Nutzen-/Kostenverhältnis hat. Aufgrund dieser Untersuchung fordert der Interessenverband

Südbahn die nachträgliche Aufnahme der kompletten Südbahn in den „vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplanes sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln aus dem Bedarfsplan für die Bundes-Schienenwege bzw. den Abschluss entsprechender Vereinbarungen zur Finanzierung.

Projektgruppe als Ziel

Der Interessenverband bittet das Land, umgehend die Initiative zu ergreifen und eine Projektgruppe Südbahn mit der Deutschen Bahn AG einzurichten. Die Mitglieder des Interessenverbandes sind bereit, sich an der Projektgruppe zu beteiligen und sich auch vor Ort dafür einzusetzen, dass die Elektrifizierung und der Ausbau der Strecke möglichst bald planungsrechtlich abgesichert werden. **DK**

Etappensieg für Marzlinger Spange

Einen Steilpass an die Bayerische Staatsregierung hat der Wirtschaftsausschuss des Landtages vor kurzem in Richtung bayerisches Wirtschafts- und Verkehrsministerium geschlagen. Die Staatsregierung wurde aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Bund die Voraussetzungen zu schaffen, damit die fernbahntaugliche Schienenanbindung an den Flughafen bis zum Jahr 2015 verwirklicht werden kann.

Als Experte war Peter Barteit, Geschäftsführer der Initiative „Pro Marzlinger Spange“ im Ausschuss zu Gast. Es wies auf die große Zahl von Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Firmen hin, die sich als Unterstützer engagiert haben. Inzwischen registrierte die Initiative 130 Mitglieder zwischen Landshut und Hof, Passau und Nürnberg.

Zwei Lösungen

Barteit bezeichnete es als müßig, über die Neufahrer Gegenkurve oder die Marzlinger Spange zu streiten. Ein Flughafen von der Bedeutung Münchens brauche beides. Das erstgenannte Projekt sei eine Ergänzung des Münchener S-Bahn-Netzes und damit ausschließlich

eine Maßnahme des Nahverkehrs. Eine fernverkehrstaugliche Anbindung sei nur über die Marzlinger Spange möglich.

Unwahre Behauptungen

Die Vorteile dieser Trassen-Alternative für eine positive Entwicklung Ost- und Nordostbayerns habe die Staatsregierung in der Landesplanerischen Beurteilung vom Juli 2003 sehr deutlich festgestellt. Es sei unbestritten, dass nur über die Marzlinger Spange auf Dauer umsteigefreie Verbindungen zum Flughafen möglich seien. Barteit widersprach vehement der Behauptung, mit der Marzlinger Spange werde Freising vom Bahnverkehr „abgehängt“. Wer dies erkläre, erzähle den Menschen die Unwahrheit. **DK**

WM brachte Bussen und Bahnen über 30 Mio. zusätzliche Fahrgäste

In den gut vier Wochen der Fußball-Weltmeisterschaft haben die Busse und Bahnen in den zwölf WM-Städten und bei der DB AG insgesamt mehr als 30 Millionen Fahrgäste zusätzlich zum normalen Tagesgeschäft befördert. „Dieses Ergebnis hat die Prognosen der Veranstalter um ein Mehrfaches übertroffen“, stellte Herbert König, Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) und Vizepräsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), erfreut fest. „Wir sind stolz, zum Gelingen des weltweit anerkannten fröhlichen und friedlichen Fußballfestes in Deutschland einen entscheidenden Beitrag geleistet zu haben.“

„Zwei Millionen Ticketinhaber sind bei den 64 Spielen der WM mit Bussen und Bahnen zu den Stadien gefahren.“ Dies bedeute, dass mehr als 60 Prozent der Stadionbesucher öffentliche Verkehrsmittel genutzt haben, betonte König. Damit sei das Ziel der FIFA, dass für eine reibungslose An- und Abreise zu den Stadien mindestens die Hälfte aller Stadionbesucher mit dem ÖPNV anreisen soll, deutlich übertroffen worden. Auch das umweltpolitische Ziel im „Green-Goal“-Konzept mit dem ÖPNV als tragender Säule für einen umweltfreundlichen WM-Verkehr sei voll aufgegangen. Erstmals in der Geschichte der Fußball-Weltmeisterschaften hatte der VDV mit der FIFA ein Kombiticket vereinbart. Dies berechnete alle Inhaber von Eintrittskarten zu den WM-Spielen, am Spieltag bis zum frühen Morgen des kommenden Tages ohne zusätzliche Kosten alle Verkehrsmittel im Gebiet des Verkehrsverbundes des Spielortes zu nutzen. „Von dieser Möglichkeit haben die meisten Fans auch ausgiebig Gebrauch gemacht, indem sie u. a. die Fanfeste besucht haben.“ **□**



Für Sicherheit ein gutes Zeichen

- Beschilderung
- Parkleitsysteme
- Verkehrsleitsysteme
- Verkehrsdatenerfassung
- Automatische Parksyste-me
- Geschwindigkeitswarnanlagen



Bremicker Verkehrstechnik GmbH & Co. KG

83260 Weilheim i. OB
Postfach 11 62
Telefon: +49 881 / 642-0
Telefax: +49 881 / 642-201
E-Mail: info@bremicker-vt.de

Weitere Werke:

35423 Lich/ Ober-Bessingen
Laubacher Str. 12
Telefon: +49 6404 / 9152-0
Telefax: +49 6404 / 9152-52
E-Mail: lich@bremicker-vt.de

www.bremicker-vt.de

04509 Wiedemar
Zeppelinstr. 12
Telefon: +49 34207 / 495-0
Telefax: +49 34207 / 495-99
E-Mail: wiedemar@bremicker-vt.de

4. Münchner Verkehrspodium:

Mobilität in einer sich wandelnden Gesellschaft

Dass die demografischen Entwicklung auch eine Bedeutung für Mobilität und Verkehr hat, steht außer Frage. Vor dem Hintergrund, dass sich Verkehrsströme verändern werden, stellt sich konkret die Frage nach Mobilitätsprofilen, -bedürfnissen und -arten der Zukunft. Dieser Frage gingen Experten auf dem 4. Münchner Verkehrspodium im Konferenzzentrum München nach.

Wichtige Kennzahlen des demografischen Wandels stellte eingangs Prof. Dr. Paul Gans von der Universität Mannheim vor. Danach wird ein Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland von 82,5 Millionen auf 82,1 Millionen Einwohnern bis 2020 prognostiziert. Gegen diesen Trend wird die Bevölkerung in Bayern vermutlich noch leicht ansteigen: von 12,4 Millionen auf 12,9 Millionen. Als wesentliche Charakteristika des Wandels machte Gans die alternde Bevölkerung und die räumlich differenzierte demografische Entwicklung aus.

Mobilität wird teurer

Dr. Walter Hell, Leiter des Instituts für Mobilitätsforschung, einer Forschungseinrichtung der BMW Group, stellte die Frage: „Wir werden weniger! Wir werden älter! Wir werden anders! Aber wie?“ Auch wenn die Bevölkerung weniger und älter wird, bleibe Mobilität auch in Zukunft wichtig, betonte Hell. Er stellte aber auch in Aussicht, dass Mobilität teuer werde. Ohnehin werden das Durchschnittsalter der Autofahrer

steigen und neue Technologien - im Fahrzeug oder auch im „Verkehrssystem Straße“ - jeden mobilen und damit auch insbesondere ältere Menschen verstärkt unterstützen.

Sicherheitsaspekt

Diese These stützte auch Nikolaus Dezasse, verkehrspolitischer Sprecher des ADAC Südbayern. Er verwies darauf, dass ältere Menschen weiterhin den Wunsch haben werden, den Pkw zu nutzen. Es gelte daher besonders auf Sicherheit und Bequemlichkeit zu achten. Der Idee eines spezifischen Autos für Senioren erteilte er eine klare Absage. Dies sei von den Menschen nicht gewünscht, so Dezasse.

Durch den demografischen Wandel werde auch der Schülerverkehr, insbesondere im ländlichen Raum reduziert, erklärte Gerrit Poel, Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Zudem werde eine alternde Bevölkerung nicht automatisch mehr Leute zum ÖPNV bringen. Vielmehr sei damit zu rechnen, dass sich das Leistungsangebot

zielgruppenspezifisch verändert. Die Barrierefreiheit werde weiter forciert, z.B. durch niederflurige Busse und mehr Fahrstühlen an den Bahnhöfen.

Teureres Tarifsystem

Darüber hinaus werde der ÖPNV weitere Formen fördern müssen, wie zum Beispiel Bürger- und Rufbusse oder Anrufsammeltaxis. Auch sollte sich der Bürger auf ein differenzierteres Tarifsystem einstellen, das sich aller Voraussicht nach eher teurer als billiger gestalten wird.

5. Memminger Verkehrskonferenz:

Elektrifizierung der Bahnstrecke München-Lindau

Zur 5. Memminger Verkehrskonferenz für Schwaben und das Allgäu konnte Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger u. a. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee begrüßen. Dieser hatte auch gleich eine erfreuliche Nachricht im Gepäck: Wenn alle Beteiligten aus Bund, Freistaat Bayern und der Schweiz schnell Verhandlungen aufnehmen und die Finanzierung geklärt wird, dann könnte die Bahnstrecke München-Lindau bis spätestens 2013 elektrifiziert sein. Damit wäre die Verbindung München-Zürich auf der Schiene in 3 Stunden 15 Minuten zurücklegen.

Bund, Freistaat Bayern und die Schweiz sollen dazu schnell Verhandlungen über die Finanzierung beginnen. Die Schweiz hatte eine Mitfinanzierung für die deutsche Strecke angeboten, weil sie an einer schnelleren Verbindung München-Zürich und an einer leistungsfähigen Güterzug-„Zulaufstrecke“ zum künftigen Gotthard-Basistunnel nach Italien interessiert ist. Der Direktor des Schweizer Bundesamtes für Verkehr, Friedli, machte aber deutlich, dass die 50 Millionen Euro für eine Darlehens-Vorfinanzierung nur befristet bereitstehen: „Die Projekte müssen bis 2010 im Bau und bis 2015 abgeschlossen sein.“

Ehrgeizige Zeitschiene

Tiefensee führte aus, dass jetzt ein Konstrukt gefunden werden muss, das die „angebotenen“ Mittel schnell für den Bau freigibt, aber von Seiten des Bundes möglichst spät zu tilgen ist. „Die Bahn will dieses Projekt zügig angehen“, führte Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der Bahn AG für Bayern aus. Die Zeitschiene sei ehrgeizig, aber nicht unrealistisch, so Josel.

Weitere Themen der Konferenz waren der privat-finanzierte A 8-Ausbau zwischen Augsburg und Ulm und der vierspurige Ausbau der B 19 zwischen Waltenhofen und Immenstadt. Tiefensee machte deutlich, dass mit der zweiten Stufe des A 8-

Außerdem entsteht durch den neuen Radweg eine Anbindung an den bestehenden Radweg entlang der Kreisstraße A 5 zwischen der Bundesstraße B 10 zum Horgauer Bahnhof und zum Landrat-Dr.-Frey-Radwanderweg (Waldenbahnradweg). Damit die Radfahrer und Fußgänger sicher über die Bundesstraße B10 kommen, wird eigens die dortige Ampel umgebaut. „Diesen Radweg haben wir uns am Sehnlichsten gewünscht. Jetzt kommen unsere Familien auch ungefährdet zum Freibad nach Kutzenhausen“, so Horgaus Bürgermeister Thomas Hafner.

Peter Leitenmaier, Geschäftsführer der gleichnamigen Tiefbaufirma, versicherte: „Wir haben den Ehrgeiz, den Plan in längstens vier Monaten in die Tat umzusetzen.“

Großraum München

Christian Breu, Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbandes München, ging in erster Linie auf die besondere Situation im Großraum München ein. In den nächsten Jahren wird der Verkehr im Raum München aufgrund eines kräftigen Bevölkerungsschubs noch einmal um 20 Prozent anwachsen. Die Prognosen gehen von knapp zwei Prozent in der Stadt über noch größere Steigerungen im Umland bis hin zu 20 Prozent Bevölkerungszuwachs in Erding aus. „Der Verkehr folgt der wirtschaftlichen Entwicklung“, betonte Breu, weshalb er für regional unterschiedliche Strategien plädierte. Es gebe kein Patentrezept für Verkehrsprobleme, „weil die Regionen in Bayern unterschiedliche demografische Entwicklungen nehmen werden“.

DK



Landrat Roland Schwing und Bürgermeister Ludwig Scheurich unterstützt von zahlreichen Ehrengästen beim Spatenstich für den Ausbau der Kreisstraße MIL 42.

Bayern und Baden-Württemberg rücken näher zusammen:

Spatenstich für Ausbau einer länderverbindenden Kreisstraße

Kreis Miltenberg. „Mehr Verkehrssicherheit und eine bessere Verbindung zwischen Bayern und Baden-Württemberg sind die Ziele für den Ausbau der Kreisstraße MIL 42 im Bereich der Ortsdurchfahrt Kirchzell-Buch“.

In Anwesenheit zahlreicher Bürgerinnen und Bürger gaben Landrat Roland Schwing und Bürgermeister Ludwig Scheurich den Startschuss für die Baumaßnahme. Die Kosten für den ersten Bauabschnitt mit einer Länge von 800 m betragen rund 851.000 Euro. Die Bauarbeiten sollen bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Der Bau des zweiten Streckenabschnittes bis zur Landesgrenze mit einer Länge von 4,2 km soll 2007 erfolgen.

„Was lange währt, wird endlich gut.“ Bürgermeister Ludwig Scheurich bezeichnete den Baubeginn mit dem offiziellen Spatenstich als einen Freudentag für Kirchzell, auf den die Bürger schon lange gewartet haben.

Den Durchbruch hatte Landrat Roland Schwing bei einem Gespräch in der Obersten Baubehörde in München geschafft. Der Freistaat Bayern erklärte sich bereit, den Straßenausbau großzügig zu bezuschussen, wenn der Landkreis Miltenberg die Strassenbaulast übernimmt.

Im Gegenzug verpflichtete sich der Freistaat Bayern, die Baulast für die vom Landkreis Miltenberg errichtete Mainbrücke zwischen Sulzbach und Niedernberg zu übernehmen. Voraussetzung war auch, dass auf baden-württembergischer Seite der Neckar-Odenwaldkreis ebenfalls die Trägerschaft für die Länderverbindungsstraße übernimmt.

□



Starteten gemeinsam den neuen Radweg von Agawang zur Bundesstraße B 10 bei Horgau (v. l.): Kreisbaumeister Frank Schwindling, der Leiter der Polizeiinspektion Zusmarshausen Josef Higl, Kreisrätin Ulrike Höfer, Kreisrat Walter Aumann, Planer Stefan Steinbacher, Landrat Dr. Karl Voge, Geschäftsführer Peter Leitenmaier, Kutzenhausens Bürgermeister Sebastian Winkler und Horgaus Bürgermeister Thomas Hafner.

Landkreis Augsburg:

Stück für Stück zum Radlerglück

Mit einem symbolischen Spatenstich haben die Arbeiten zum Neubau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges entlang der Kreisstraße A 5 von Agawang bis zur Bundesstraße B 10 bei Horgau begonnen. „Ein guter Wochenbeginn. Dieser Spatenstich wurde lange herbeigesehnt“, freute sich denn auch Landrat Dr. Karl Voge.

In den nächsten vier Monaten wird im Auftrag des Landkreises Augsburg der 2,7 Kilometer lange und 2,5 Meter breite Radweg gebaut. Nur auf Horgauer Flur wird er auf Kosten der Gemeinde für den landwirtschaftlichen Verkehr auf 3 Meter Breite ausgebaut. Eine über acht Meter lange und drei Meter breite Holzbrücke führt außerdem über die Roth. Die Kosten für das gesamte Vorhaben belaufen sich auf rund 450.000 Euro.

Vom Freistaat Bayern gibt es einen ordentlichen Zuschuss. An den verbleibenden Kosten beteiligen sich neben dem Landkreis Augsburg auch die Gemeinden Kutzenhausen (30 Prozent) und Horgau (20 Prozent).

„Der Rad- und Gehweg ist ein wichtiger Beitrag, um die Verkehrssicherheit für die Radfahrer

und Fußgänger an dieser gefährlichen Strecke zu erhöhen“, so Voge. Durch den Bau dieses Radweges wird der Anschluss an den im letzten Jahr erstellten Radweg zwischen Agawang und Rommelsried sichergestellt. Und so stellte Kutzenhausens Bürgermeister Sebastian Winkler auch fest: „So könnte es weitergehen. Jedes Jahr ein Spatenstich für einen neuen Radweg“.

Lob für Eigentümer

Bei den vorbereitenden Grundstücksverhandlungen hatte Kutzenhausen die Hauptlast zu tragen. 20 der insgesamt 24 Grundeigentümer lagen auf Kutzenhausener Flur. Winkler zollte den Eigentümern denn auch Lob für ihr großes Verständnis und ihre Unterstützung.

VERKEHRS- BERUHIUNG

ohne Investitionen und ohne zusätzliche Planstellen.

Unser mittelständisches Unternehmen bietet seit vielen Jahren den bayerischen Kommunen Personaldienstleistungen im Bereich der kommunalen Verkehrsüberwachung an. Dabei stellen wir im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung qualifiziertes Personal sowie die komplette Technik und Material zur Verfügung. So werden unsere Kunden in die Lage versetzt, die Verkehrsüberwachung – ohne zusätzliche Planstellen und ohne Investitionen – im eigenen Hause selbst durchzuführen.

Diese dezentrale Struktur wird der immer lauter werdenden Forderung nach Bürgernähe gerecht. Der zuständige Sachbearbeiter sitzt im eigenen Rathaus.

Unsere Abrechnungsmethode pauschal nach Aufwand (z.B. Kosten pro Verstoß) auf Grundlage fälschungssicherer Dokumente (Bilder, Protokolle etc.) ist übersichtlich, leicht nachzuvollziehen und somit überprüfbar.

Unsere Kunden ahnden mit unserer Hilfe Verkehrsverstöße von der Erfassung über die Verarbeitung bis hin zum kompletten Verwarnungs- und Bußgeldverfahren. Hierbei richten wir uns streng nach den Richtlinien des Bayerischen Innenministeriums.

Die Kompetenz der GKVS erstreckt sich über den gesamten Bereich der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs.

Für nähere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung. Lernen Sie uns kennen – kostenlos und unverbindlich!



**Gesellschaft für
kommunale Verkehrssicherheit mbH**

Spitalstraße 10
90513 Zirndorf
Tel. 0911/965 39-74
Fax 0911/965 39-75

www.gkvs.de
info@gkvs.de

Partner der



GaLaBau in Nürnberg vom 13. bis 16. September:

Treffen der Grünbau-Fachwelt

**Sonderschau „Spielplatzgeräte praxisnah“ auf der Messe
Preisverleihungen und Fachtagungen im Rahmenprogramm**

Mit Spannung blickt die Grünbau-Fachwelt auf die GaLaBau, die Internationale Fachmesse für Urbanes Grün und Freiräume, die vom 13. bis 16. September 2006 im Messezentrum Nürnberg stattfindet. Zur letzten GaLaBau vor zwei Jahren trafen sich 890 Aussteller und 49.500 Besucher, um sich über neueste Produkte und Dienstleistungen rund ums Planen, Bauen und Pflegen zu informieren.

Dass die Fachmesse auch in diesem Jahr wieder ein Erfolg wird, dafür gibt es gute Vorzeichen. Hinter der GaLaBau stehen zwei erfahrene und langjährige Partner: der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL), Bad Honnef, als ideeller Träger und die NürnbergMesse als Veranstalter.

Aussteller- und Besucherzielgruppen

Die Aussteller der GaLaBau sind vor allem Hersteller von Maschinen und Geräten für Flächenpflege, Erdbau, Recycling, Baumpflege und 1/5 Pflasterarbeiten, Hersteller von Spiel- und Sportplatzgeräten, Anbieter von Pflanzen sowie Ausrüster für urbane Gestaltung. Die Besucher kommen vorwiegend aus Fachbetrieben der Bauausführung und Pflege, sind Architekten und Fachplaner oder Auftraggeber aus der Privatwirtschaft bzw. der öffentlichen Hand.

Komplettes Fachangebot Planen, Bauen, Pflegen

Die GaLaBau ist die Fachmesse mit dem weltweit umfassendsten Fachangebot für Planung, Bau und Pflege von Urban-, Grün- und Freiräumen. Konkret umfasst das Messeangebot der GaLaBau 2006:

- Baumaschinen, Baugeräte
- Pflegemaschinen, Pflegegeräte
- Transport
- Pflanzen, Pflanzenteile
- Baustoffe, Stoffe und Bauteile für Bau und Pflege
- Urbane Gestaltung
- Spielplätze, Freizeitanlagen, Sportplätze
- Spezielle Arbeitsgebiete
- Verwertung, Entsorgung, Umweltschutz
- Baustellen, Bauhöfe
- Arbeitsorganisation, Verwaltung, Dienstleistungen
- Verbände, Organisationen

Baumaschinen und -geräte

Rund ein Viertel der Gesamtfläche der GaLaBau 2006 belegen die Aussteller von Baumaschinen und -geräten, ein weiteres Viertel die Pflegemaschinen und -geräte. Das Angebotsseg-

ment Baustoffe nimmt etwa ein Fünftel der Ausstellungsfläche ein. Die Bereiche Spiel- und Sportplätze sowie Urbane Gestaltung, die in Halle eins angesiedelt sind, machen etwa ein Sechstel des gesamten Fachangebotes aus.

Aktionsflächen

Besonders beliebt bei Ausstellern wie Besuchern sind die großzügigen Aktionsflächen. In diesem Jahr werden die Vorführungen mit Maschinen und Geräten aus der Flächenpflege auf der „Aktionsfläche Flächenpflege“ am SilberseePark gezeigt. Die „Aktionsfläche Erdbau“ befindet sich auf dem Freigelände auf Höhe der Halle 4.

Sonderschau „Spielplatzgeräte praxisnah“

Erstmals wird es auf der GaLaBau die Sonderschau „Spielplatzgeräte praxisnah“ in Halle 1 geben, die die Fachzeitschrift freizeit & spiel in Zusammenarbeit mit dem TÜV Rheinland und unter Beteiligung des BSFH organisiert. Im Mittelpunkt der Sonderschau steht das Thema Sicherheit auf Spielplätzen, das rechtlich durch die Euronormen EN 1176/1177 geregelt ist. Wie Spielplatzgeräte geprüft werden, welche Prüfkriterien eingehalten werden müssen, welche Fallschutzarten es gibt - das alles können sich die Fachbesucher der GaLaBau live auf der Sonderschau anschauen.

Innovations-Medaille

Auch in diesem Jahr wird während der Messe die GaLaBau-Innovations-Medaille verliehen. Ausgezeichnet werden neue und fortschrittliche Produkte und Verfahren für den Bau und die Pflege landschaftsgärtnerischer Anlagen. Die Medaille gilt in der Branche inzwischen als eine Art Qualitätssiegel. Alle Aussteller der GaLaBau, die ein neues Produkt oder eine wesentliche Weiterentwicklung anbieten, sind zur Teilnahme eingeladen. Detaillierte Informationen wie Teilnahmebedingungen sind beim Auslober der Innovations-Medaille, dem BGL, erhältlich. Die Gewinner der GaLaBau-In-

novations-Medaille 2006 werden am zweiten Messtag, 14. September, zwischen 10.15 Uhr und 12.15 Uhr bekannt gegeben.

Internationaler Trendpreis „Bauen mit Grün“

Die GaLaBau ist nicht nur Produktschau, sondern diese Messe greift auch aktuelle Entwicklungen und Trends auf. Bestes Beispiel dafür ist der Internationale Trendpreis „Bauen mit Grün“, der im Rahmen der offiziellen Eröffnungsfeier am Mittwoch, 13. September, 10.00 Uhr, verliehen wird. Prämiert wird ein Projekt, das sich durch hervorragend ausgeführte Grüngestaltung an Bauwerken und Außenanlagen auszeichnet.

Die ELCA (European Landscape Contractors Association) würdigt in enger Kooperation mit dem BGL alle zwei Jahre die gemeinsamen Verdienste von Bauherren, Landschaftsarchitekten und Landschaftsgärtnern rund ums Bauen mit Grün. Gemeinsam wollen ELCA und BGL mit dieser Preisverleihung die interdisziplinäre

re Zusammenarbeit fördern.

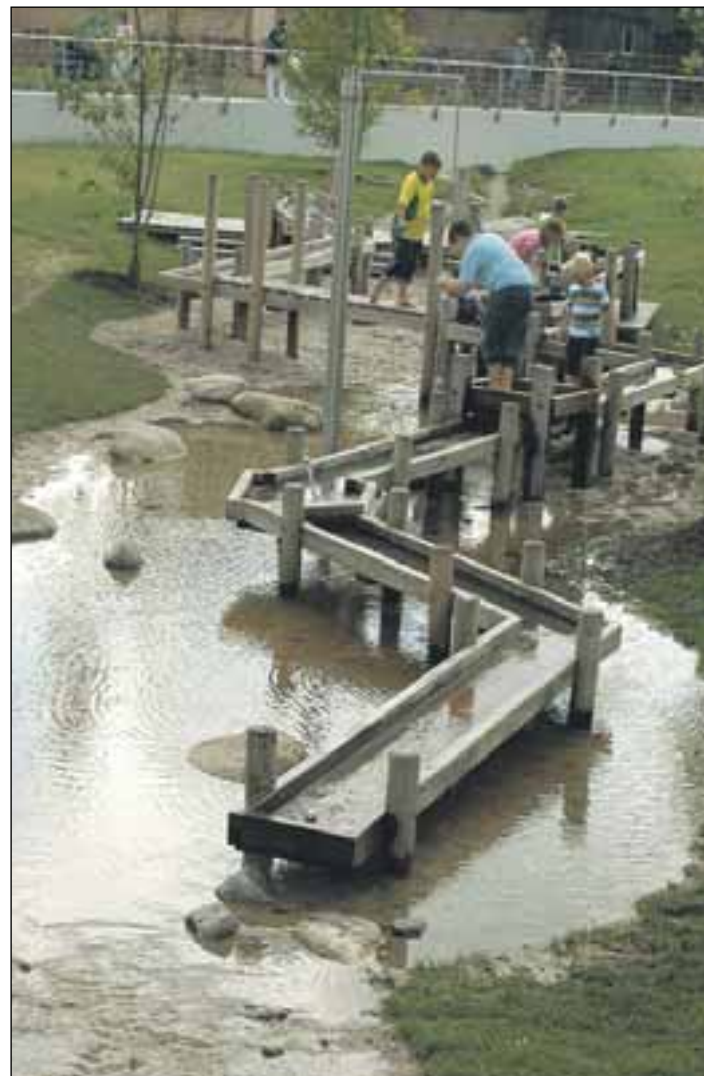
„Die grüne Stadt“

Um das Thema „Die grüne Stadt“ geht es zum zweiten Mal auf dem Symposium am 14. September von 14.00 Uhr bis 18.30 Uhr während der GaLaBau. Experten, Städteplaner und GaLaBau-Betriebe diskutieren dort darüber, wie mehr Grün in Städte kommt.

Das Forum „Die grüne Stadt“ ist ein wachsendes Netzwerk aus engagierten Menschen, Unternehmen und Institutionen, das sich für mehr Grün in der Stadt einsetzt. Es wurde im September 2003 gegründet. Das erste Symposium fand auf der Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2003 in Rostock statt. Das Forum will ein Bewusstsein dafür schaffen, wie wichtig Grünanlagen unterschiedlichster Form für unsere Wirtschaft und Lebensqualität sind.

Messespezialist Nürnberg

Mit hochspezialisierten Messen im Bereich Bau, Ausbau und Gebäudetechnik gehört Nürnberg zu den führenden Messeplätzen in Europa. Rund 5.000 ausstellende Unternehmen und 280.000 Fachbesucher treffen sich regelmäßig in Nürnberg auf baufachlichen Messen. Infos unter: www.galabau.info-web.de.



Auch das Element „Wasser“ wird nicht vernachlässigt.

Vielfalt, so weit das Auge reicht

„Grenzenlose Gartenschau“ in Marktredwitz und Eger/Cheb noch bis 24. September

„Grenzenlose Gartenschau“ - dieser Begriff trifft in vielerlei Hinsicht zu: Wo soll man beginnen, wo aufhören mit dem Betrachten, geschweige denn mit dem Schildern der Eindrücke? Nähern wir uns deshalb anders dem Thema: Diese Gartenschau findet in einer Region statt, die von vielen Gemeinsamkeiten und über Jahrhunderte von einer gemeinsamen Geschichte geprägt war. In der Euregio Egreensis wird seit 1993 eine beispielhafte grenzüberschreitende Zusammenarbeit praktiziert, die „grenzenlose Gartenschau“ in Marktredwitz und Eger/Cheb bildet einen vorläufigen Höhepunkt dieser Bestrebungen.

Die gemeinsame Vergangenheit, die beiden Städten zugrunde liegenden bayerisch-böhmischen Wurzeln waren auch die Anknüpfungspunkte und Grundlagen für die Entscheidung, diese erste grenzüberschreitende Gartenschau gemeinsam in Eger/Cheb und in Marktredwitz anzusiedeln - auch wenn beide Städte fast fünf Jahrzehnte durch den eisernen Vorhang getrennt waren. Doch die Region mit dem Frankenwald, Fichtelgebirge, Steinwald, Erzgebirge und Böhmerwald hat schon immer die Naturfreunde angezogen. In dieses Umfeld eingebettet ist diese in der Tradition der bayerischen Landesgartenschauen stehende grenzüberschreitende Gartenschau, sie geht aber weit über den üblichen Wirkungskreis der bayerischen Schauen hinaus. „Sie ist ein europäisches Projekt

und ein Symbol für die EU-Osterweiterung“, stellen die Veranstalter fest.

Noch bis zum 24. September läuft die „Grenzenlose Garten-



Auch Aspekte wie Solarenergie finden sich auf der Gartenschau. Fotos: Bauer

schau“. Vor zehn Jahren wurde die Bewerbung eingereicht, der am 4. Dezember 2000 die Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen mbH die Zusage erteilte. Am 4. November 2002 wurde der Vertrag mit der Stadt Eger/Cheb zur gemeinsamen Ausrichtung unterzeichnet. Ein Architektenwettbewerb wurde im zweiten Quartal 2002 ausgeschrieben, das Preisgericht entschied am 21./22. November 2002: Die Gesamtplanung wurde vergeben an die Arbeitsgemeinschaft Lohrbach, Stadtlandschaftsarchitekt Michaelson - Hermet, Freie Architekten, Stuttgart.

Themenspektrum

14 Hektar in Marktredwitz mit dem Auenpark als Zentrum und zwölf Hektar in Eger/Cheb, eingebettet an der Burg mit dem Eulengraben, dem Wallgraben und dem Stadtgraben, warten mit einem reichen Sortiment an Exponaten aus dem Bereich Blumen und Garten, aber auch aus vielen Randgebieten auf den Besucher. Vom Minibiotop in einem Glasgefäß und Fleisch fressenden Pflanzen oder dem Moor

über Gärten Osteuropas, Nepals oder Japans bis hin zu Grabmälern, einem Schilflabyrinth und zum Gemüse reicht das Themenspektrum. Aber auch Aspekte wie Solarenergie, Erdbeben, Vermessung oder die Pflanze im Aberglauben werden dargestellt, die Bedeutung des Rohstoffes Holz etwa ins Bewusstsein gebracht.

Diese Themen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der mannigfachen Vielfalt in den beiden Veranstaltungsorten. Es gibt über zehn verschiedene Blumenschauen zu den schönsten gärtnerischen Themen, kleine Gartenbereiche sprechen unterschiedliche Aspekte an und zeigen ungewöhnliche Ideen für Balkon und Terrasse

Räume für Kunst und Kultur

Darüber hinaus will die „Grenzenlose Gartenschau“ auch Räume für Kunst und Kultur, für Kommunikation und Begegnung schaffen. „Kei-

ne elitären abgehobenen Kunstformen, sondern Kunst und Kultur, als Ausdruck eines speziellen Lebensgefühls, für eine Gemeinschaft mit Zukunft, die verbindet, Brücken baut - und Grenzen überwindet“, heißt es in der Erläuterung des Veranstaltungskonzepts. So versteht sie sich auch als „impulsgebende Auftaktveranstaltung für einen Park der grenzenlosen Möglichkeiten“.

Auf beiden Parkflächen gibt es für die Besucher ein buntes, abwechslungsreiches und vielseitiges Programm. Per Rad, Bahn und Auto ist ein Pendeln zwischen den beiden Veranstaltungsorten möglich. Neben Gartenprofis stehen auch viele Verbände, Ministerien und Organisationen mit Rat und Tat zur Verfügung. Spielplätze und viel Programm machen die Gartenschau auch für die Kinder zu einem ganz besonderen Ereignis. Ebenso sind Jugendliche eine ganz besondere Klientel, für die ein großes Angebot an sportlichen Aktivitäten und speziellen kulturellen Veranstaltungen geboten ist. Bei mehreren Tausend Einzelveranstaltungen während der vier Monate ist mit Sicherheit für jeden Geschmack und jede Altersgruppe etwas dabei, auch hier gilt - wie für die gesamte Veranstaltung - die Vorgabe „grenzenlos“. **Markus Bauer**

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34

Wussten Sie eigentlich, dass König Ludwig III im Jahre 1917 die Gründung einer Bayerischen Landessiedlungs Gesellschaft initiierte?

Bayerische Landessiedlung GmbH



Die Truckvermieter

0180/411 8 411

www.bfs.tv

Vertragspartner von **MAN Finance** für Kommunalvermietung Rental

Positives Signal für Ausbau von Tankstellen und Motoreninnovation

Bundestag beschließt Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff bis 2018

Die Entscheidung des Bundestags, die Dauer der Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff bis 2018 festzusetzen, stößt auf Zustimmung der Gaswirtschaft und der Automobilindustrie. „Damit hat der Gesetzgeber ein entscheidendes Signal für die Fortsetzung des Ausbaus des Erdgastankstellennetzes in Deutschland gegeben. Ein kürzerer Zeitraum wäre das Aus für die zukunftsweisende Technik gewesen“, kommentierte Dr. Ulrich Müller, verkehrspolitischer Sprecher des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V., den Beschluss.

„Der Horizont 2018 bietet der deutschen Gaswirtschaft, die rund 250 Millionen Euro für den Ausbau in die Hand nimmt, die notwendige Investitionssicherheit, um das gesetzte Ziel von 1.000 Erdgastankstellen zu realisieren.“

Voraussetzung für Bioerdgas

Der Ausbau des Erdgastankstellennetzes ist auch die notwendige Voraussetzung für die Nutzung von regenerativ erzeugtem Bioerdgas als Kraftstoff. Das aus Biogas gewonnene Gas kann als Beimischung oder in Reinform in Erdgasfahrzeugen

wendeten Erdgases durch Bioerdgas zu ersetzen.

Sackgasse Flüssiggas

Auf völliges Unverständnis stieß dagegen die Entscheidung, Flüssiggas als Kraftstoff (Autogas/ LPG) bei der Mineralölsteuer bis 2018 zu begünstigen. Flüssiggas entsteht als Abfallprodukt bei der Raffination von Erdöl und unterscheidet sich chemisch vollständig von Erdgas. Die CO₂-Emissionen eines Flüssiggasfahrzeugs entsprechen denen eines Dieselfahrzeugs. Da es keine effizient herstellbaren Bio-komponenten für Flüssiggas gibt, ist die langfristige Förde-

rung dieses Kraftstoffes eine umweltpolitische Sackgasse. Während serienmäßige Erdgasfahrzeuge bereits heute das für 2008 von der Politik geforderte Ziel eines CO₂-Ausstoßes von 140g/km erreichen, sind Flüssiggasfahrzeuge davon noch deutlich entfernt. Die Steuerermäßigung für Flüssiggas wird aus Sicht der Gaswirtschaft erneut auf den Prüfstand kommen, wenn das gesetzte CO₂-Ziel verfehlt wird.

CO₂-Effizienz

Dann wird die vom Leiter der Konzernforschung der Volkswagen AG, Prof. Jürgen Lehold, am 21. Juni 2006 in Berlin erhobene Forderung nach der Einführung eines auf CO₂-Effizienz und Nachhaltigkeitskriterien basierenden Kraftstoff-Besteuerungsmodells wieder laut werden.

Marktakzeptanz

Mehrere Unternehmen der Automobilindustrie haben inzwischen angekündigt, die Entwicklung von serienmäßigen Erdgasfahrzeugen weiter voranzutreiben, da sie im Markt eine zunehmende Akzeptanz finden.

Für die derzeit in der Markteinführung befindlichen Modelle Volkswagen Touran EcoFuel und Caddy EcoFuel liegen bereits nach kurzer Zeit mehrere hundert Bestellungen vor. Auch bei Opel sind für den neuen Zafira 1.6 CNG, dessen Auslieferung im August startet, bereits knapp 2.000 Bestellungen eingetroffen.

So wird der Bestand an Erdgasfahrzeugen in 2005 abermals um 40 Prozent auf rund 55.000 anwachsen. Die für 2008 angekündigte nächste Generation von Fahrzeugen mit Erdgasturboladern verspricht dann noch mehr Leistung bei gleichen Emissionen.

Bis 2012 können bei den derzeitigen Planungen rund 500.000 Erdgasfahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Weitere Informationen unter www.erdgasfahrzeuge.de. □

Hilfe nur bei Katastrophenalarm

Staatliche Zuschüsse für erhöhten Winterdienst nach der Schneekatastrophe eingeschränkt

In der Praxis des am 14. Februar vom Kabinett beschlossenen 7-Punkte-Hilfspakets für die Schadensbeseitigung nach der Schneekatastrophe wird es für die Kommunen auch darauf ankommen, ob sie Katastrophenalarm ausgelöst haben oder nicht. In diesem Sinn hat Finanzstaatssekretär Franz Meyer den Haushaltsausschuss des Landtags aufgrund eines SPD-Dringlichkeitsantrags unterrichtet.

Demnach wird sich der Freistaat an der Beseitigung wesentlicher Schäden an kommunalen Infrastruktureinrichtungen nach den geänderten Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes beteiligen, auch wenn kein Katastrophenalarm ausgelöst wurde. Das betrifft, so der Staatssekretär, Schulen und schulische Sportanlagen, Kindergärten und Kindertagesstätten sowie Rettungswachen. Maßgeblicher Zeitraum für die Entstehung der Schäden ist der 8. bis 13. Februar. Bei den Straßen wird die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands gefördert. Zu den Winterdienstkosten können Städte, Landkreise und Gemeinden Zuschüsse erhal-

ten, wenn ihre Mehrausgaben mehr als 20% der monatlichen Winterdienstkosten der Jahre 2002 bis 2005 betragen. Die Förderung wird voraussichtlich zwischen 55% und 80% der Mehrkosten ausmachen. Hier ist der erklärte Katastrophenalarm Voraussetzung.

Berichterstatterin Erika Görnitz und andere CSU-Abgeordnete zeigten sich mit den Beschränkungen der Hilfen angesichts der begrenzten Haushaltsmittel einverstanden. Sie blieben auch bei der Abschaffung der Winterdienstpauschale (5. GZ 5/09.03.06). Die Opposition war gegenteiliger Meinung. Klaus Wolfrum (SPD) erklärte, unter diesen Voraussetzungen könne man allen Bürgermeistern und Landräten nur raten, bei jedem Schneefall sofort Katastrophenalarm auszulösen.

In Sachen Winterdienstpauschale warf Wolfrum den kommunalen Spitzenverbänden vor, tatenlos zuzusehen zu haben, wie diese Pauschale zugunsten anderer Regelungen abgeschafft wurde. Offenbar saßen in den zuständigen Gremien hauptsächlich Kommunalpolitiker aus weniger schneereichen Regionen. **rm**

20 Jahre Kreislehrgarten Krumbach:

Ausstellung „Gartenkultur für Jung und Alt“

Im Juli 1986 wurde in Krumbach der Kreislehrgarten eröffnet. Er war damals einer der ersten Anlagen dieser Art in Bayern. Dieser Eröffnung ging eine fünfjährige Diskussions-, Planungs- und Bauphase voraus. Heuer kann nun der Träger des Gartens, der Kreisverband für Gartenbau und Landespflege, das 20-jährige Bestehen feiern.

Er kann auch stolz darauf sein, dass zusammen mit der Kreislehrgartenfachberatung für Gartenkultur und Landespflege des Landratsamtes und vielen ehrenamtlichen Helfern der Garten bis heute gepflegt und mit Leben erfüllt wird. Zu diesem Anlass bot nunmehr die Kreislehrgartenfachberatung mit dem Kreisverband zusammen zum traditionellen „Tag der offenen Tür“ am 16. Juli eine besondere Ausstellung unter dem Motto „Gartenkultur für Jung und Alt“. Die Ausstellung deckte alle Bereiche des Gartens ab.

Garten- und Landschaftsbau

Baumschulen zeigten ihre Produkte und informierten über Themen wie: „Vom Sämling zum Baum“ oder die „Entstehung eines Obstbaumes“. Eine Staudengärtnerei bot Stauden an für Kisten, Kästen und Tröge. Zwei Gärtnereien rundeten die Pflanzenverwendung ab mit Angeboten über Gemüse und Zierpflanzen. Die rein gestalterischen Belange deckten Firmen des Garten- und Landschaftsbau ab. Sie zeigten zum Beispiel, wie Natursteine verlegt und Trockenmauern errichtet werden. Aber auch Schmuckelemente für den Garten aus Metall oder Keramik wurden ausgestellt. Beim Töpfern konnten die Besucher zusehen. Selber mitmachen konnten sie bei einem

gesperrt wurden, wurde der Hauptfriedhof schnell zu klein. 1822 wurde deshalb ein Grundstück erworben, auf dem weitere 868 Grabstätten angelegt wurden. Im Laufe der Jahre wurde der Friedhof mehrfach erweitert.

Opfer der Bombennacht

Beim Bombenangriff auf die Stadt Würzburg am 16. März 1945 wurde auch der Hauptfriedhof stark in Mitleidenschaft gezogen. So wurden nicht nur die Gebäude und Einrichtungen des Friedhofs ein Raub der Flammen, sondern auch viele künstlerisch wertvolle Grabdenkmäler wurden während des Angriffs zerstört. In einem Sammelgrab beim Haupteingang wurden die Opfer der Bombennacht beerdigt. Heute hat der Hauptfriedhof eine Fläche von knapp 113.000 Quadratmetern und über 17.000 Gräber. □

Winterdienstplanung 2006/2007:

Kommunen wollen alles aus einer Hand

Der restriktive Sparkurs der Kommunen stellt die Kommunaltechnikbranche vor neue Aufgaben. Das Motto „alles aus einer Hand“ wird für sie im täglichen Geschäftsleben immer wichtiger.

„Der Markt ist reif für neue Angebote, die über den bisher praktizierten Vertrieb von Kommunalgeräten hinausgehen“, sagt man bei Schmidt-Winterdienst. Das Unternehmen hat u.a. Schneepflüge, Streugeräte und Kehrmaschinen im Programm.

Speziell bei Ausschreibungen für neue Winterdienstgeräte kommt es immer öfter vor, dass die ausschreibende Kommune Traktor sowie Schnelldpflug und Streuapparat von ein und demselben Anbieter beziehen möchte. Diese Vorgaben bestimmen somit den Kurs, der von Anbietern aus dem Bereich Kommunaltechnik eingeschlagen werden muss.

EU-weite Ausschreibungen sind für Kommunen zwar der richtige Weg, um ökonomisch durchdachte Entscheidungen zu treffen. Diese Art der Auftragsvergabe stelle aber die nationalen Anbieter oft vor schwierige Aufgaben. Bei sinkenden Marktanteilen müssen sie Kosten sparen. Das geschieht bei sinkenden Stückzahlen meist über die Ersatzteilversorgung, indem der Lagerbestand merklich reduziert wird. Deshalb ist die Wahl der richtigen Partner für die Kommunalverwaltungen langfristig von essentieller Bedeutung. □

genutzt werden und verringert die gesamten Treibhausgas-Emissionen eines Fahrzeugs um nahezu 70 Prozent - mehr als jeder andere verfügbare Biokraftstoff. Ein mit Bioerdgas betriebener, siebensitziger Opel Zafira 1.6 CNG hätte so die Treibhausgas-Emissionen eines Zwei-Liter-Autos. Bioerdgas ist durch das aktuelle Energiesteuergesetz als Biokraftstoff der zweiten Generation bis 2015 vollständig von der Energiesteuer befreit.

Die deutsche Gaswirtschaft hat sich verpflichtet, bis 2020 in ihrem Leitungsnetz bis zu 20 Prozent des als Kraftstoff ver-

Würzburger Hauptfriedhof hat 200. Geburtstag

Führung und Gedenkgottesdienst zum Jubiläum

Würzburg. Seinen 200. Geburtstag feierte der Würzburger Hauptfriedhof mit einem Gedenkgottesdienst. Den Gottesdienst zelebrierte Dekan Erhard Kroth von der Pfarrei St. Johannes im Stift Haug. Zuvor führte Stadtrat Willi Dürnagel durch den 113.000 Quadratmeter großen Friedhof und zeigte dessen Besonderheiten sowie die schönsten Denkmäler.

Friedvoll hält die Frauenskulptur auf dem Grab elf ihre Hände zum Gebet gefaltet. Scheinbar in Gedanken versunken lehnt sie an das steinerne

Kreuz. Das Grabdenkmal mit der Frauenskulptur ist eines der ältesten auf dem Würzburger Hauptfriedhof, der Anfang des 19. Jahrhunderts vor dem Neutor gebaut wurde.

Außerhalb der Stadt

Zwar gab es bereits nach der Pestseuche im 16. Jahrhundert erste Überlegungen für einen Friedhof außerhalb der Stadt. Doch erst 1803 verpflichteten die kurpfalz-bayerische Regierung und das fränkische Landeskommisariat die Städte, Friedhöfe außerhalb der Stadtmauern anzulegen. So wurde der Würzburger Hauptfriedhof vor dem Neutor angelegt. Am 3. Juni 1806 wurde der Friedhof eingeweiht.

Mehrfach erweitert

Doch bereits 1810 hatte der neue Friedhof nur noch Platz für 300 normale und 200 kleine Kindergräber. Und nachdem 1815 alle anderen Friedhöfe der Stadt



Teich mit Beobachtungsfenster.

Bild: Joas

auch das Einmachen und Einkochen von Gartenprodukten und das sonstige Verwenden von Kräutern. Eine Buchhandlung mit einem breiten Sortiment an Garten-Literatur rundete das vielfältige Informationsangebot ab.

Schmetterlingsausstellung

Als besondere Attraktion war eine Schmetterlingsausstellung zu bewundern. Die Untere Na-

Landwirtschaft und Forsten, die Imker und der Landesbund für Vogelschutz. Dass bei diesem Tag auch immer ganz besonders die Jugend angesprochen wird, ist schon weithin bekannt und geschätzt. Die Veranstaltung bot wieder ein umfangreiches Programm für alle Kinder, die selbst mitmachen wollten. Wie in früheren Jahren gab es auch diesmal wieder reichlich zum Essen und Trinken. **hj**



Blick über den Würzburger Hauptfriedhof.

Bild: Christian Weiß

Used Trucks and Services by Mercedes-Benz

Wir kaufen Ihre gebrauchten Kommunalfahrzeuge – mit und ohne Stern.

- ✓ Müllsammelfahrzeuge
- ✓ Winterdienstfahrzeuge
- ✓ Kanalreinigungsfahrzeuge

Außerdem kaufen wir alle Transporter, Koffer, Pritschen, Kipper und SZM an.

Mit einer Fläche von über 30.000 qm, das entspricht etwa 5 Fußballfeldern, zählt **TruckStore München** zu einem der größten Gebrauchtfahrzeug-Anbieter in Bayern.

Über 400 gebrauchte Nutzfahrzeuge – überzeugen Sie sich selbst.

Mercedes-Benz TruckStore der DaimlerChrysler AG,
Otto-Hahn-Ring 20, 81739 München
Tel.: 0 89 / 12 06-33 39, Fax: 0 89 / 12 06-34 30
E-mail: truckstore.muenchen@mercedes-benz.de
www.truckstore.com/DE/muenchen

DeTeFleetServices:

„Erdgasfahrzeuge spielen die weitaus wichtigste Rolle“

1.000 Erdgasfahrzeuge noch in diesem Jahr: Das ist das Ziel der DeTeFleetServices GmbH, dem Mobilitätsdienstleister im Telekom-Konzern. Nachfolgend ein Auszug aus einem Interview des Magazins „Das Erdgasfahrzeug“ mit Horst Krastetter, dem Geschäftsführer des Unternehmens.

Herr Krastetter, wie viele Erdgasfahrzeuge hat Ihr Unternehmen jetzt im Bestand?

Was für uns aber besonders wichtig ist: Die Erdgastechnologie ist sicher und ausgereift, die



VW Golf Variant BiFuel Betankung.

Zurzeit betreiben wir genau 523 Erdgasfahrzeuge. Und bis zum Jahresende möchten wir einen Bestand von rund 1.000 Fahrzeugen erreichen.

Damit ist die DeTeFleetServices als Flottenbetreiber eindeutig Branchenprimus im Bezug auf Erdgasfahrzeuge. Warum dieses Engagement für die Erdgasfahrzeuge?

Zum einen engagieren wir uns für Nachhaltigkeit und reihen uns mit unserem Thema Kraftfahrzeuge nahtlos in die Aktivitäten der Deutschen Telekom ein.

Infrastruktur ist mittlerweile zufriedenstellend und der Einsatz von Erdgasfahrzeugen rechnet sich. Ökologie und Ökonomie stehen durch die Steuervergünstigung beim Erdgas-Kraftstoff und durch die Förderprogramme der Erdgasversorger in einem guten Verhältnis, so dass sich die Kosten des Einsatzes eines Erdgasfahrzeuges mittlerweile auf dem Niveau eines vergleichbaren Dieselfahrzeugs bewegen.

Als Tochterunternehmen der Telekom sind Sie Dienstleister. Sie müssen mit Ihrem Angebot

der Nachfrage entsprechen. Zieht der Markt für Erdgasfahrzeuge aus Ihrer Sicht an?

Die steigenden Kraftstoffpreise beschleunigen die Suche nach wirtschaftlichen Alternativen, für Privatreute wie für Unternehmen. Die Fahrzeugmodelle der neuesten Generation bieten Erdgas-Reichweiten von über 400 km, mit Benzin-Reserve sogar von mehr als 600 km, und verfügen über deutlich bessere Leistungsdaten. Wir sind daher sicher, dass die Nachfrage nach Erdgasfahrzeugen deutlich anziehen wird.

Spielen die ab 2010 drohenden Fahrverbote in den Ballungszentren eine Rolle bei der Anschaffung von Erdgasfahrzeugen?

Natürlich, die Unternehmen der Deutschen Telekom Gruppe sind auch bei drohenden Fahrverboten darauf angewiesen, in die Innenstädte zu kommen und ihre Kunden zu bedienen. Die Mobilität muss auch bei solchen Szenarien stets erhalten bleiben. Mit Erdgasfahrzeugen ist diese Kundenanforderung sehr leicht zu realisieren.

Wie sind Ihre Erfahrungen mit den Fahrzeugen, die Sie im Bestand haben?

Es gibt hier eigentlich kaum Besonderheiten. Da Probleme an der eigentlichen Gasanlage eher die Ausnahme sind, liegen die Reparatur- und Wartungskosten auf dem Niveau der herkömmlichen Vergleichsfahrzeuge. Die Fahrzeuge sind ab-

solut zuverlässig und sicher.

Wie ist das Feedback, das Sie von den Fahrern erhalten?

Bei den älteren Modellen wurde teilweise darüber geklagt, dass man zu häufig tanken musste und dass die Motoren etwas schwach auf der Brust waren. Diese Themen hat die Automobilindustrie bei den neuen Fahrzeugmodellen schon recht überzeugend gelöst.

Wo gibt es noch Optimierungsbedarf?

Das Thema Tankkarte spielt für jeden Betreiber einer Fahrzeugflotte eine große und oft unterschätzte Rolle, da eine Reihe von Prozessen über die Tankkarte gesteuert werden und wir den Fahrern nicht zumuten können, ihr geschäftlich genutztes Fahrzeug per Vorverauslagung zu betanken. Hier erwarten wir von den Mineralölfirmen und den Gasversorgern überzeugende Lösungen, die bislang nach unserer Wahrnehmung vor allem daran gescheitert sind, dass die vielen lokalen Gasversorger bei diesem Thema nicht unter einen Hut zu bringen waren und die großen Mineralölkonzerne aus eigenen wirtschaftlichen Interessen heraus eine eher restriktive Strategie verfolgt haben.

Das Tankstellennetz ist - zumindest in den Ballungsräumen - für den Flottenalltag ausreichend; allerdings wünschen wir uns auch hier noch deutliche Verbesserungen. Die neuen Fahrzeugmodelle weisen teilweise in die richtige Richtung, was die Anforderungen nach Reichweite, Ladevolumen und Leistung angeht.

Leider werden von einigen Herstellern auch heute noch nicht akzeptable Lösungen mit regentonnenartigen Behältern im Laderaum angeboten, doch wird dies der Markt sicher richten. Was noch kommen muss, um auch das so genannte User-Chooser-Segment anzusprechen, sind Motoren mit höherer Leistung, die dem Fahrer auch Fahrspaß vermitteln.

Was geschieht mit Fahrzeugen, die aus dem Bestand ausgemustert werden? Sind Erdgasfahrzeuge schwerer abzusetzen?

Schwerer abzusetzen sind diese Fahrzeuge nicht. Allerdings liegen die Erlöse zirka fünf bis zehn Prozent unter unserer Planung. In diesem Jahr haben wir zehn Fahrzeuge mit Gasantrieb verkauft, die 2000 beziehungsweise 2001 angeschafft wurden. Dabei konnten weder bei den bivalenten Fahrzeugen, also den sieben Ford Focus Turnier, noch bei bisher drei verkauften monovalenten Opel Astra Caravan unsere Restwerterwartungen erreicht werden. Allerdings ist hierbei zu bedenken, dass es sich bei den Pkw um zweisitzige Fahrzeuge handelte, die bei uns von Monteuren verwendet wurden. Für die Zukunft rechnen wir jedoch mit einer steigenden Nachfrage nach Erdgasfahrzeugen insgesamt und damit auch nach gebrauchten Erdgasfahrzeugen. Wahrscheinlich wird die Nachfrage in den kommenden Jahren das Angebot deutlich übersteigen. Auch wenn hier noch keine Erfahrungswerte aus der Vergangenheit vorliegen, gehen wir fest davon aus, dass wir die neueren Fahrzeugmodelle erstens leicht und zweitens zu überzeugenden Erlösen vermarkten können.

Welche Zukunft geben Sie den Erdgasfahrzeugen in Ihrem Unternehmen?

Wir streben bis zum Jahr 2009 an, rund 2.500 Servicefahrzeuge mit alternativen Antrieben und Kraftstoffen zu betreiben. Dabei werden die Erdgasfahrzeuge die weitaus wichtigste Rolle spielen. Wie es danach weitergeht, hängt von der weiteren Entwicklung bei den Themen Tankstellennetz, Kraftstoffkosten und Fahrzeugmodelle ab. Erdgasfahrzeuge überzeugen auch die Mitarbeiter im Telekom-Konzern. □

Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse:

Bevorstehender Wachstumssprung

25 Prozent mehr Wachstum gegenüber messeschwachem Jahr 2005 - Deutsche Unternehmen stellen stärker aus

Die NürnbergMesse steht heuer vor einem neuen Wachstumssprung. Wie Geschäftsführer Bernd A. Diederichs bei einer Pressekonferenz in der Norisstadt betonte, „befinden wir uns im besten Jahr in der Geschichte der NürnbergMesse“.

Gegenüber dem turnusgemäß deutlich schwächeren Jahr 2005 werde der Umsatz um rund 25 Prozent auf 120 Millionen Euro steigen. Aber auch gegenüber dem besser vergleichbaren Jahr 2004 werden es laut Diederichs rund 12 Prozent Zuwachs sein. Daran könne auch der politisch motivierte Umzug der Spielautomaten-Fachmesse IMA nichts ändern. Das operative Ergebnis 2006 soll ebenfalls um vier Pro-

severbund aus fensterbau/frontale und HOLZ-HANDWERK (+25 %) und die Interzoo (+21 %) weisen jeweils ein deutliches zweistelliges Plus auf.

„Im Ergebnis wachsen unsere Eigen- und Partnerveranstaltungen des ersten Halbjahres 2006 um vier Prozent bei den Ausstellern, überproportional um sieben Prozent in der verkauften Fläche und um neun Prozent beim Fachbesuch“, betonte Diederichs. Der AUMA, Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft, rechnet mit folgendem Wachstum für das erste Halbjahr 2006 bei den internationalen Fachmessen am Messeplatz Deutschland: Aussteller plus 2 %, Fläche plus 1 %, Besucher plus 2 %.



Bernd A. Diederichs.

zent gegenüber Plan auf knapp zehn Millionen Euro klettern, angestrebt wird ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Das Wachstum der NürnbergMesse findet Diederichs zufolge dabei in allen Geschäftsbereichen statt, insbesondere glänzten aber die Eigen- und Partnerveranstaltungen mit teilweise zweistelligen Steigerungsraten. Dieses Wachstum beinhaltet vier erfreuliche Aspekte:

1. Das Wachstum kommt auch wieder aus dem Inland. Hier wird an einen Trend angeknüpft, der sich bereits im zweiten Halbjahr 2005 abzeichnete. Dieser Trend hat angehalten und sich verstärkt. Am deutlichsten fällt dieser Trend bei der BioFach aus. Hier wuchsen die deutschen Aussteller um fünf Prozent, während die internationalen Aussteller, die bei der BioFach 66 Prozent der Beteiligung stellen, auf dem Niveau des Vorjahres stabil blieben.

2. Noch größer als das Ausstellerwachstum präsentiert sich im ersten Halbjahr das Flächenwachstum. Bis auf die Interzoo - hier blieb das Flächenwachstum von zehn Prozent leicht hinter dem Ausstellerwachstum von 16 Prozent zurück - trifft diese Beobachtung auf alle internationalen Fachmessen des ersten Halbjahres zu. Dies heißt wiederum, dass die Unternehmen insgesamt sehr viel optimistischer an ihre Messebeteiligung herangehen.

3. Das Wachstum beschränkt sich nicht nur auf die Ausstellerseite. Auch der nationale Besuch legt wieder zu. Hier glänzten BioFach, embedded world und EUROGUSS mit zweistelligen Wachstumsraten von bis zu 21 Prozent.

4. Das Wachstum beim internationalen Fachbesuch hält unverändert an. Einsame Spitze ist die embedded world, deren internationale Beteiligung nach dem Schneechaos im letzten Jahr um über 50 Prozent stieg. Aber auch BioFach (+15 %), EUROGUSS (+21 %), der Mes-

Planzahlen übertroffen

Die Ende Juni vom Aufsichtsrat der NürnbergMesse verabschiedete Bilanz 2005 zeigt wiederum, dass auch in einem messeschwachen Jahr die Planzahlen zum Teil deutlich übertroffen werden können: Der Umsatz stieg 2005 gegenüber Plan um rund vier Prozent auf 96,1 Mio. Euro. Während die Geschäftsbereiche Eigen- und Partnerveranstaltungen sowie Messeservice turnusbedingt einen Rückgang auf 38,4 Mio. Euro (2004: 57) bzw. 11,6 Mio. Euro (2004: 14,6) verzeichneten, explodierte der Umsatz beim CCN CongressCenter Nürnberg auf über zehn Mio. Euro (2004: 4,3). Das Geschäftsfeld Gastveranstaltungen legte auf 30,3 Mio. Euro (2004: 28,5) zu. Und auch Nürnberg Global Fairs glänzte mit einem überdurchschnittlichen Wachstum auf 5,8 Mio. Euro (2004: 3,7).

Hohe Investitionen

Der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen lag Diederichs zufolge bei 18,7 Mio. Euro (2004: 25,9), das operative Ergebnis mit 2,7 Mio. Euro eine Million Euro über Plan (2004: 8,9). Durch die hohen Investitionen der vergangenen Jahre und die daraus resultierenden Zinsbelastungen beträgt das Jahresergebnis der NürnbergMesse minus 6,2 Mio. Euro, immerhin 1,8 Mio. Euro besser als geplant. Der Verlustvortrag steigt somit auf 14,7 Mio. Euro (2004: 8,5), liegt aber deutlich unter dem ursprünglichen Ansatz von 25 Mio. Euro.

Harter Wettbewerb

Nochmals mit Blick auf das Rekordergebnis des Messejahres 2006 meinte Diederichs: „Das Resultat dieses Jahres realisieren wir vor dem Hintergrund eines beinhalten Wettbewerbs im deutschen und europäischen Messewesen.“ Gleichzeitig warnte der Geschäftsführer davor, neue Veranstaltungen immer stärker über den Preis zu akquirieren. „Dabei ist der Messeplatz Deutschland, insbesondere bei der Qualität, die die internationalen Fachmessen Ausstellern und Besuchern bieten, heute schon zu billig. Was wir dringend bräuchten, wären Preiserhöhungen, um das hohe Service-niveau zu halten und weiter ausbauen zu können.“ **DK**

KITA verwalten ...

... kinderleicht!

AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN

AKDB • Herzogspitalstraße 24 • 80331 München • Telefon 089/5903-0 • Fax 089/5903-1845 • E-Mail kita@akdb.de

Zukunftswerkstatt Nürnberger Land:

Dem Wandel in der Altersstruktur aktiv begegnen

Was können die Städte, Märkte und Gemeinden des Nürnberger Landes unternehmen, um sinkenden Einwohnerzahlen und dem Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung aktiv zu begegnen? Mit diesem Themenkomplex befassten sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Nürnberger Land bei der Zukunftswerkstatt „Demographische Entwicklung gestalten“. Zu dem Workshop hatte Landrat Helmut Reich zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises eingeladen.

Michael John vom Basis-Institut in Bamberg rief die Rathauschefs dazu auf, die Lage in ihrer Kommune zu analysieren und Ideen für Lösungen zu entwickeln. Denn Prognosen sagen einen Bevölkerungsrückgang in Deutschland um 15 Millionen bei gleichzeitiger Änderung der Alterszusammensetzung in der Bevölkerung bis zum Jahr 2050 voraus.

Anteil der unter 20-Jährigen sinkt

Gründe sind vor allem das niedrige Geburtenniveau und die hohe Lebenserwartung. Das bedeutet, die Zahl der Deutschen wird nicht nur abnehmen, auch die Altersstruktur wird sich ändern: Der Anteil der über 60-Jährigen wird steigen, der Anteil der unter 20-Jährigen sinken.

Vor allem die ländlichen Gebiete werden von dieser Entwicklung betroffen sein, die Balungsräume werden durch Zuzü-

ge vieles ausgleichen können.

Für den Landkreis Nürnberger Land wird ein leichter Rückgang der Bevölkerung vorhergesagt - etwa ein Prozent minus bis zum Jahr 2050. Auf alle Fälle aber nimmt die Zahl der Älteren zu und die der Jüngeren ab.

Workshop

Dass ihnen das Thema am Herzen liegt, zeigten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister allein schon durch ihr zahlreiches Erscheinen, aber auch durch ihre engagierte Mitarbeit im Workshop.

Die Ideen, die sie entwickelten, reichten vom Ausbau von Ganztagsangeboten (in Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen), über Hausaufgabeninitiativen, Ehrenamtsbörse und Sprachförderung bis hin zur Auslobung einer Auszeichnung für familienfreundliches Verhalten, familiengerechte Arbeitszeitmodelle und

neue Wohnformen für Senioren.

Elternhaus als Vorbild

Die Rathauschefs waren sich mit dem Landrat einig, dass die Familie in der Gesellschaft wieder einen höheren Stellenwert genießen müsse. Dies sei jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht von den Gemeindeverwaltungen gelöst werden könne. Das Elternhaus, in dem soziales Verhalten und Engagement gelernt werde, müsse wieder

Tag der offenen Tür im Würzburger Rathaus:

„Hier arbeiten Menschen, die gerne für Sie da sind“

Über 2500 Würzburger nutzten am Tag der offenen Tür im Rathaus, um sich über die Stadtverwaltung, aber auch neue Projekte und städtische Einrichtungen zu informieren. Neben sachlichen Informationen gab es für die Besucher viel zu entdecken: von der Wasserversorgung der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs GmbH über die Arbeit der verschiedenen Ämter bis hin zum Büro der Oberbürgermeisterin.

„Hier arbeiten Menschen, die gerne für Sie da sind“, betonte Würzburgs Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann bei der Eröffnung des Tags der offenen Tür. So präsentierte sich das Rathaus auch als eine Verwaltung zum Anfassen, vor allem für Familien und Kinder.

Wasserspiele

Begeistert drehte der 6-jährige Martin am Ventil des Feuerwehrschräuchers. Mit Druck spritzte das Wasser aus dem Strahlrohr und trieb den Ball durch das Labyrinth aus Gitterstäben, bis er schließlich am Ziel ankam. Wasserspiele wie an der Labyrinthwand waren bei den Kindern, die mit ihren Eltern den Tag der offenen Tür im Würzburger Rathaus besuchten, eine gefragte Abkühlung. Gleich daneben stellte die Stadtbau GmbH ihre aktuellen Projekte und Aufgaben vor, während die Berufsfeuerwehr ihre Fahrzeuge zeigte und über lebensrettende Rauchmelder informierte. Im Rathaus-Innenhof sorgten Musik- und Tanzgruppen des Zweckverbandes der Sing- und Musikschule für musikalische und auch akrobatische Unterhaltung.

Direkter Kontakt zur Rathauschefin

Im Büro der Oberbürgermeisterin strahlte der kleine Laurenz Feierabend, der die Amtskette von Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann persönlich umgehängt bekam. Viele Besucher suchten hier den direkten Kontakt zur Oberbürgermeisterin, um sie kennen zu lernen, um mit ihr Probleme zu bereden oder auch um einmal ihr Amtszimmer zu sehen. Für Dr. Beckmann gab es viel zu tun und am Ende des Tags der offenen Tür hatte sie mehrere hundert Hände geschüttelt. Auch die Fraktionen des Würzburger Stadtrates sowie Bürgermeister Dr. Adolf Bauer und Bürgermeisterin Marion Schäfer hatten im Rahmen ihrer Sprechstunden ein offenes Ohr für ihre Bürger.

Aktuelle Projekte

In ihren Büros stellten die verschiedenen Fachbereiche ihre aktuellen Projekte vor. So informierte das Baureferat unter anderem über den Sachstand der Würzburg Arcaden, Zellerau Mitte und weitere Planungen. Das Internationale Büro entführte die Besucher auf eine

mehr Vorbildfunktion ausüben.

Die Stadtoberhäupter werden das Thema „Demographische Entwicklung gestalten“ in ihren Stadt- bzw. Gemeinderäten diskutieren und entscheiden, welche Maßnahmen sie umsetzen, um ihre Kommunen „demographiefester“ zu machen.

Mögliche Beratung

Das Basis-Institut hat angeboten, hierbei - sowie bei der Gewinnung eventueller Fördermittel - den Gemeinden beratend zur Seite zu stehen. Landrat Reich will sich dafür einsetzen, dass im Kreishaushalt eventuell Gelder für eine ein- bis zweijährige Anschubfinanzierung bei geeigneten Projekten bzw. Maßnahmen bereit gestellt werden. **DK**

Landkreis Lichtenfels:

Wichtige Fortentwicklung in der EDV-Struktur

Das Jahr 2006 hat eine weitere wichtige Fortentwicklung in der EDV-Struktur des Landratsamtes Lichtenfels gebracht. Wie Landrat Reinhard Leutner bekanntgab, sind seit Ende Mai alle kreisangehörigen Gemeinden in das elektronische Baugenehmigungsverfahren eingebunden. Bereits in einer Mitte 2005 stattgefundenen Bürgermeisterdienstbesprechung hatte der Landkreis diese Verbesserung den Gemeinden angeboten.

Die Voraussetzungen für diese kooperative Zusammenarbeit wurden mit einer eigenen Pro-



Reinhard Leutner.

grammentwicklung des Landratsamtes Lichtenfels erreicht, die in einer Auftaktveranstaltung den verantwortlichen Mitarbeitern der Städte, Märkte und Gemeinden im Herbst 2005 detailliert vorgestellt wurde. Mit der zügigen Umsetzung ihres „Eigengewächses“ erreichten der Leiter des Bauamtes Lichtenfels, Karl-Heinz Grzeszyk und sein Stellvertreter, Otto Betz, dass zeit- und arbeitsintensive Mehrfacherfassungen der Bauantragsdaten zukünftig der Vergangenheit angehören. **DK**

Ohne Fremdleistung und damit äußerst wirtschaftlich und kostengünstig entwickelten die engagierten Mitarbeiter diese echte E-Government-Lösung. Die Städte, Märkte und Gemeinden erhalten im Gegenzug einen Datenzugang, der aufwändige eigene Archivierungen unnötig macht. Die Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt und den Gemeinden wird mit diesem Projekt erneut auf das Beste dokumentiert.

Bereits in der Installationsphase war die Zusammenarbeit, insbesondere mit den Bausachbearbeitern und EDV-Administratoren hervorragend. Die Aufgeschlossenheit war unerlässlich für das Gelingen des Projektes. Landrat Reinhard Leutner freut sich, dass nun nochmals eine Beschleunigung im Bereich der Baugenehmigungsverfahren durch den konzentrierten Einsatz der Mitarbeiter des Landratsamtes und der Gemeinden erfolgen wird. Diese Entwicklung ist Teil des im vergangenen Jahr eingeführten kommunalen Informationsnetzes (KommInfo), das damit einen weiteren wichtigen Schritt in die Zukunft gemacht hat. „Kommunale Zusammenarbeit in kleinen, aber wichtigen Schritten“, so das Fazit des Lichtenfelser Landrats. **DK**



Bei der Scheckübergabe: Dr. Manfred Uhl und Gudrun Keller-Buchheit.

Seifenkisten und Sportkleidung durch LEW-Spende

Lechwerke übergeben 3.000 Euro an Kinderheim e.V. in Friedberg

Die Lechwerke (LEW) haben 3.000 Euro an das Kinderheim e.V. in Friedberg übergeben. Dr. Manfred Uhl, Marketingleiter bei LEW, überreichte das Geld in Form eines Schecks an die Geschäftsführerin des Kinderheim e.V. Friedberg, Gudrun Keller-Buchheit, in den Räumen des Vereins.

Die 3.000 Euro stammen aus dem Erlös des Kartenverkaufs eines Benefizkonzertes der Augsburger Domsingknaben. Das Konzert, das von den Lechwerken unterstützt wurde, fand im Mai im Wittelsbacher Schloss in Friedberg statt und spielte 2.400 Euro ein. LEW stockte den Betrag auf die runde Summe auf.

„Wir freuen uns sehr über diese Spende. Mit dem Geld werden unsere Kinder Seifenkisten bauen und bei einem Wettbewerb mitfahren. Außerdem wollen wir dafür Sportkleidung anschaffen“, erklärte Geschäftsfüh-

rerin Keller-Buchheit bei der Scheckübergabe.

Der Verein Kinderheim e.V. hat seinen Sitz in der Friedberger Hermann-Löns-Straße und verwaltet neben einem Kinderheim und einem Kinderhort auch fünf Kindergärten in der Stadt Friedberg.

Die Lechwerke engagieren sich als Sponsor beim Sport, in der Kultur sowie bei sozialen Projekten für die Region.

Die Lechwerke AG gehört zur RWE-Gruppe. LEW beschäftigt knapp 1.600 Mitarbeiter und ist innerhalb der RWE Energy AG die regionale Energiegesellschaft für Süddeutschland. **□**



Kommunale Finanzierungen mit Erfahrung und Kompetenz >>

- >> Erstklassiger Service bei der Finanzierung Ihrer Investitionsprojekte
- >> Unser hervorragendes Rating sichert Ihnen ein optimales Preis-Leistungsverhältnis

Sprechen Sie mit dem Berater Ihrer Volksbank/Raiffeisenbank.



Die großen bunten Kugeln gehören mittlerweile fest zum Himmel über Königsbrunn.

Königsbrunner LEW-Ballon-Cup

Auch in diesem Jahr gab es im Zusammenhang mit der Königsbrunner Gautsch wieder ein besonderes Highlight: Die Ballonfreunde Lechfeld veranstalteten zum 22. Mal eine Heißluftballonwettfahrt.

Hauptsponsor der Veranstaltung waren heuer erneut die Lechwerke (LEW), die selbst einen Ballon ins Rennen schickten. Die Stadt Königsbrunn unterstützte die Wettfahrt logistisch.

Gegen 6:30 Uhr starteten die Ballone und stiegen in den Himmel über der Stadt auf. Die Aufgabe für die Piloten war es dann, zunächst ein vorgegebenes Zielkreuz in der Nähe des Gautsch-Festplatzes von einem selbst gewählten Startplatz aus mindestens drei Kilometer Entfernung zu erreichen. Anschließend musste er

innerhalb eines begrenzten Wettfahrtgebietes wieder möglichst weit weg vom Zielkreuz kommen.

„Fuchsfahrt“

Der zweite Lauf erfolgte dann als „Fuchsfahrt“. 15 bis 20 Ballone starteten südlich des Festplatzes und versuchten dann, möglichst nahe an den Landeplatz des vorausfahrenden „Fuchses“ zu kommen. Anschließend trafen sich alle Teilnehmer im Wettfahrt-Stadel zur Ballontaufe der mitgeführten Gäste.

Landkreis Regensburg:

Werbung für die Hauptschule

Ein politisches Signal für die Hauptschule zu setzen, speziell für den M-Zug an Hauptschulen, war Thema eines Gesprächs, zu dem Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth die Bürgermeister Georg Thaler (Beratzhausen), Karl Spangler (Brunn), Karl Jobst (Deuerling), Hans Pollinger (Hemau), Willi Hogger (Laaber), Max Knott (Nittendorf), sowie den Leiter des Schulamtes, Schulamtsdirektor Leonhard Renner und Schulrat Heribert Stautner eingeladen hatte.

Landrat Mirbeth hatte ein Hilferuf aus Laaber erreicht, dass womöglich wegen zu geringer Schülerzahlen kein neuer M-Zug mit einer 7. Klasse gestartet werden kann. Im M-Zug mit der zusätzlichen 10. Klasse erreichen Schülerinnen und Schüler die Qualifikation der mittleren Reife. Gerade im westlichen Landkreis hat diese Möglichkeit einer besonderen Förderung an der Hauptschule eine gute Tradition. Mit Schülern aus mehreren Gemeinden konnte eine solche Klasse in den vergangenen Jahren stets gebildet werden.

Brunns Rathauschef Spangler erntete allgemeine Zustimmung, als er erklärte: „Wenn im September kein M-Zug beginnen kann, dann werden solche Klassen in den kommenden Jahren nicht mehr angeboten werden können. Die Hauptschule insgesamt wird

bei den Eltern an Vertrauen verlieren.“ Dass es nicht mehr darum gehe, an welcher Schule, in welcher Gemeinde, dieses besondere Angebot der Hauptschule eingerichtet werde, betonte Hemaus Bürgermeister Pollinger: „Wichtig ist, dass es überhaupt zustande kommt.“

Deutliche Worte

Landrat Mirbeth hatte deutliche Worte parat: „Wenn in einem Einzugsgebiet von 30.000 bis 35.000 Einwohnern keine Klasse mehr zusammenkommt, in der man die mittlere Reife an der Hauptschule ablegen kann, dann stimmt das ganze System nicht mehr.“ Der Regensburger Landkreischef forderte auch die Schulen selbst auf, gleiche Maßstäbe für die Zulassung zum M-Zug im gesamten Landkreis anzuwenden und für dieses gute, tüchtige Menschen hervorbringende Schulmodell zu werben. Nach den Worten von Schulamtsdirektor Leonhard Renner habe man im Schulamt verschiedene Möglichkeiten geprüft, auch über Landkreisgrenzen hinaus zu kooperieren, da für diese besondere Klasse an einer Hauptschule kein starrer Sprengel vorgeschrieben sei, sondern „Einzugsgebiete“ maßgebend wären.

Wohnortnahe Beschulung

Beratzhausens Bürgermeister Thaler appellierte an die Eltern, bei der Hauptschule auch den Vorteil der wohnortnahen Beschulung zu sehen. Generell zog sich durch alle Diskussionsbeiträge ein deutlich erkennbares Plädoyer für die Hauptschule und besonders auch für die Möglichkeit der mittleren Reife an den Hauptschulen.

Wie Direktor Renner betonte, „ist dies ein gleichwertiger Bildungsabschluss zur Realschule mit Schwerpunkten in anderen Fächern“. Er appellierte auch an die Bürgermeister, frühzeitig durch „Allianzen“ mit benachbarten Gemeinden Standorte zu sichern. **DK**

Jahrestagung Tourismusverband Naturpark Altmühltal:

„Altmühltherme“ macht Umsatz

Treuchtlingen (wefa) - Der „Altmühltalradweg“ gehört zu den touristischen Top-Angeboten im Naturpark Altmühltal, aber die „Altmühltherme“ in Treuchtlingen zählt zu den Umsatzbringern. Gemessen an den Übernachtungszahlen von 2005 (plus zwei Prozent) liegt der Tourismusverband Naturpark Altmühltal über den Werten in Franken (plus ein Prozent).

Wie Geschäftsführer Christoph Würflein auf der Jahrestagung mitteilte, addieren sich die Übernachtungen in gewerblichen Betrieben (über acht Betten) und in den privaten Ferienwohnungen auf 1,6 Millionen. Das wiederum wäre aber gegenüber 2004 ein Rückgang um 2,4 Prozent. Der Verbandsgeschäftsführer: „Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen, aber eines ist klar: die kleineren Beherberger hatten Einbußen.“

Im Tourismusverband, der von Treuchtlingen bis Kelheim reicht, gibt es 1251 Beherbergungsbetriebe (758 Ferienwohnungen, 303 Gasthöfe und 190 Privatwohnungen) mit 15944 Betten. 69 Prozent aller Betten stellen die gewerblichen Vermieter (sie ha-



V. l.: Steins CSU-Ortsvorsitzender Rolf Bender, CSU-Kreisvorsitzender Matthias Dießl, Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Landrätin Dr. Gabriele Pauli, Johann Heckel und Landtagsabgeordneter Günter Gabsteiger.

Silberne CSU-Ehrenraute für Johann Peter Heckel

Stein im Landkreis Fürth. Ein „kommunales Urgestein“ wurde dieser Tag mit der im CSU-Kreisverband Fürth/Land erstmals verliehenen Silbernen Ehrenraute der CSU ausgezeichnet: Johann Peter Heckel.

In seiner Heimatstadt Stein ist er seit 1978 Mitglied des Stadtrates und seit dem gleichen Jahr auch Mitglied des Kreistages im Landkreis Fürth. Seit 1989 führt er die CSU-Fraktion und Landrätin Dr. Gabriele Pauli würdigte in diesem Zusammenhang auch Heckels Integrationsstärke und die Fähigkeit, schwierige Themen auch mit anderen Fraktionen so vorzubereiten, dass es nur selten zu Unstimmigkeiten im Kreistag kommt.

Beeindruckende Gesamtleistung

Seit mehr als dreißig Jahren ist „der Heckels Hans“ Mitglied der CSU, wo er neben seinem Einsatz in der Kommunalpolitik stets auch Führungsaufgaben auf Orts- und Kreisverbandsebene wahrnahm. CSU-Kreisvorsitzender Matthias Dießl würdigte in seiner Laudatio die Gesamtleistung Heckels, der sich in besonderer Weise um die CSU verdient gemacht habe: „Es ist auch ihm zu verdanken, dass das Ansehen der CSU im Landkreis Fürth in den letzten Jahrzehnten rapide zugenommen hat.“

Ein ausgleichendes Wesen

Dazu beigetragen habe sein stets ausgleichendes Wesen und seine an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Arbeit in den kommunalen Gremien. Dießl: „Du warst

und bist ausgesprochen erfolgreich für die CSU unterwegs - mach weiter so.“

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Stellenangebote



Stadt Rosenheim

„Arbeiten, wo andere Urlaub machen!“

Wir suchen

wegen altersbedingten Ausscheidens des derzeitigen Stelleninhabers (berufsmäßiger Stadtrat) zum 01.05.2007 für das Dezernat I (Grundsatzfragen / Geschäftsleitung / Wirtschaftsförderung) der bayerischen kreisfreien Stadt Rosenheim eine/einen

Dezernentin/Dezernenten

Ihre Aufgabe

Als Dezernent/in I sind Sie in enger Zusammenarbeit mit der Oberbürgermeisterin und dem Stadtrat für ein leistungsfähiges, attraktives und bürgerfreundliches Dienstleistungsunternehmen Stadt Rosenheim mit allen seinen Beteiligungen mitverantwortlich.

Zu Ihrem Geschäftsbereich als Dezernent/in gehören u. a. folgende Funktionen bzw. Ämter und Aufgabenbereiche:

- Geschäftsleitung, Steuerungsdienst, Öffentlichkeitsarbeit
- Wirtschaftsförderung
- Hauptamt
- Personalamt
- Amt für Datenverarbeitung
- Rechnungsprüfungsamt (organisatorisch)

Wir erwarten

eine hervorragende Führungspersönlichkeit mit großer Verantwortungsbeurteilung, hoher Innovations- und Entscheidungskraft sowie umfassenden einschlägigen Fachkenntnissen. Erwünscht sind mehrjährige erfolgreiche Tätigkeiten im Bereich der öffentlichen Verwaltung, insbesondere im kommunalen bzw. staatlichen Management sowie in der Zusammenarbeit mit politischen Gremien. Team- und Kommunikationsfähigkeit sowie soziale Kompetenz sind weitere selbstverständliche Voraussetzungen.

Wir stellen uns eine sehr gut qualifizierte Person mit Abschluss eines einschlägigen Hochschulstudiums vor, die über fundierte juristische, verwaltungs- und/oder wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse bzw. Erfahrungen verfügt.

Wir bieten

eine der Verantwortung entsprechende angemessene Entgelt als Beschäftigte/r nach TVöD bzw. Besoldung als Laufbahnbeamter/in im höheren Dienst bzw. auch als kommunale/r Wahlbeamter/in auf Zeit. Ihre Vorstellungen einschließlich des Gehalts sollten Sie in Ihrer Bewerbung darlegen.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung und gleichen Voraussetzungen bevorzugt eingestellt.

Die Stadt Rosenheim fördert die berufliche Gleichstellung von Frauen und begrüßt es, wenn Frauen sich bewerben.

senden Sie bitte mit aussagekräftigen Unterlagen bis spätestens 31.07.2006 an das Personalamt der Stadt Rosenheim, Postfach 1209, 83013 Rosenheim. Online-Bewerbungen sind möglich (personalamt@rosenheim.de).

Ihre Bewerbung

Für allgemeine Informationen steht Ihnen das Personalamt der Stadt Rosenheim, Tel. 08031/36-1110 (e-mail: personalamt@rosenheim.de) bzw. für spezielle Fragen Herr Stadtdirektor Diethard Schinzel, Tel. 08031/36-1101 (e-mail: schinzel@rosenheim.de), zur Verfügung.



Bei der Verleihung des Grundzertifikats zum „audit berufundfamilie“ (v. l.): Peter Hurler, Landratsamt Dillingen a.d. Donau, Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, Meinrad Gackowski, Landratsamt Günzburg, Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, Stefan Röble, Landrat des Landkreises Donau-Ries.

Verleihung des Grundzertifikats zum „audit berufundfamilie“:

Gütesiegel für Familienbewusstsein

Als positives Signal für mehr Familienfreundlichkeit in der Region wertet Landrat Leo Schrell als Vorsitzender des Regionalentwicklungsvereins „Donautal-Aktiv“ die Verleihung des Grundzertifikats zum „audit berufundfamilie“ an die Verwaltungen der drei Landkreise Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries und Günzburg.

Die drei Landkreise haben sich bereits im vergangenen Jahr zur einer verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung entschlossen, die unter anderem in gemeinsamen Projekten zum Tragen kommen soll. Im Rahmen eines von „Donautal-Aktiv“ geförderten Projektes unterzogen sich die drei Landkreiseverwaltungen zu Beginn des Jahres der Auditierung, mit dem Ziel, Maßnahmen für ihre Verwaltungen zu entwickeln, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern und zugleich Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigern.

Mitte Juni verliehen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos in Berlin im Rahmen eines Festaktes an insgesamt 141 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen, darunter auch die drei schwäbischen Landkreise, das

Grundzertifikat zum „audit berufundfamilie“, eine Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, und würdigten dabei das Engagement für eine familienbewusste Arbeitswelt.

Ökonomische Interessen

Bundesfamilienministerin von der Leyen erklärte beim Festakt in Berlin, dass familienbewusste Unternehmen Vorreiter seien, da sie mehr motivierte und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten. Bundeswirtschaftsminister Glos betonte, dass hinter einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik handfeste ökonomische Interessen stünden.

Das „audit berufundfamilie“ ist ein strategisches Managementinstrument, das Arbeitgeber darin unterstützt, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige, wirtschaftlich attraktive Balance zu bringen. Zertifikate zum „audit

berufundfamilie“ werden seit 1999 von der berufundfamilie gGmbH vergeben. Seither haben mehr als 280 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen mit mehr als 550.000 Beschäftigten das audit durchlaufen.

Dr. Michael Endres, Vorstandsvorsitzender der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung weist darauf hin, dass das audit zu einem Gütesiegel für Familienbewusstsein in Unternehmen geworden sei.

Innerhalb der nächsten drei Jahre sind die drei Landkreisverwaltungen nun aufgefordert, die der Zertifizierung zu Grunde liegenden Zielvereinbarungen nach Möglichkeit umzusetzen. Landrat Leo Schrell sieht für den Landkreis Dillingen einen Schwerpunkt darin, die Familienfreundlichkeit in der Öffentlichkeit stärker zu verankern und begrüßt deshalb die Zielsetzung der Gründung eines Lokalen Bündnisses für Familie unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppierungen im Landkreis.

Der Landkreis Donau-Ries hat sich unter anderem zum Ziel gesetzt, ein neues Informationsangebot für die Pflege älterer und behinderter Angehöriger der Mitarbeiter einzuführen und

komuna Kunden Forum 2006:

Ein unschlagbarer Service

Mit über 350 Teilnehmern war das inzwischen traditionelle komuna Kunden Forum auch 2006 wieder ein voller Erfolg. Den Schwerpunkt der heuer viertägigen Veranstaltung bildeten aktuelle Sachthemen, beleuchtet von hochkarätigen Referenten.

Tag 1 und 2 standen dabei ganz im Zeichen des Pass- und Einwohnerwesens. Neben Vorträgen der Bundesdruckerei zum neuen Pass- und Ausweiswesen und der Präsentation von Thomas Oelfke, PSI GmbH, zum europäischen Projekt RISER für Melderegisterauskünfte sorgten vor allem aktuelle Produktinformationen für Aufsehen.

Neue Funktion

Das allseits beliebte Rathaus Service-Portal erfährt nun durch die Optimierung der Melderegisterauskünfte eine weitere Verbesserung. Neben der Online-Melderegisterauskunft für Einmalbenutzer und -bezahlter sowie der bereits länger existierenden Onlinelösung für regionale Poweruser präsentierten die komuna-Mitarbeiter auch die neue Funktion „Automatische Sammelauskunft“. Dabei werden die Auskunftsanfragen von Power-Usern in Massendateien automatisch abgearbeitet. Nur zweifelhafte Fälle müssen vom Sachbearbeiter gesichtet und halbautomatisch verarbeitet werden. Angelika Hitzlsperger von der Gemeinde Poing be-

richtete über die praktischen Erfahrungen mit dem Rathaus Service-Portal.

Tag 3 und 4 standen wiederum im Zeichen des kommunalen Finanzwesens und dabei vor allem des Neuen kommunalen Finanzwesens. Als Referenten konnten Holger Meidel vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und der Praktiker Michael Frerking, Leiter Wirtschaft und Finanzen der Gemeinde Isernhagen bei Hannover, gewonnen werden. Christof Endreß, Leiter Finanzen bei der VG Hörnergruppe, zeigte „aus der Praxis für die Praxis“ seinen GmbH-Abschluss auf der Software CIP-Kommunal / KD. Wolfgang Kremer, C.I.P., stellte die Produktentwicklungsaspekte auf dem Weg zur kommunalen Doppik vor.

Alternatives Programm

An allen vier Tagen wurde im zweiten Schulungsraum der komuna ein zum jeweiligen Tagesthema alternatives Programm angeboten. Besonderes Interesse fanden dabei die Vorträge zum Thema Netzwerkplanung und -sicherheit sowie zu Voice over IP. Mit der prakti-

schen Vorführung von Voice over IP scheint nun auch in den Kommunen das Thema Integration der Kommunikations- und Informationstechnologie interessant zu werden. Anhand von Praxisbeispielen der Referenten der Swyx AG erkannten die Zuhörer schnell das riesige Potential an finanziellen Einsparungen und technischen Innovationen, die zu mehr Komfort, Flexibilität und damit auch zu mehr Bürgerfreundlichkeit führen.

Zufriedene Kunden

Das Lob der Kunden war komuna zum Abschluss des Forums gewiss. Eine zufriedene Besucherin meinte: „Es waren sehr informative Tage. Genau das sehe ich als Stärke der komuna: dem Kunden nicht ihr Produkt zu verkaufen, sondern auch das rechtliche und technische Umfeld mit in die Überlegungen einzubeziehen. Man bekommt wichtige Anregungen mit auf den Weg und wird nicht zur unpassenden Zeit mit Infos überfüllt. Ein großer Dank - der Service ist einfach unschlagbar.“

Hinweis: Einen ausführlichen Bericht über das Kunden Forum wird die GZ in Ausgabe 18 veröffentlichen. DK

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Von einem Gipfel aus hat man sicherlich einen guten Überblick. Aber man steht dort so weit über den Dingen, dass man vielleicht auch etwas der Realität entrückt ist.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sinnierte darüber nach, dass jetzt auch die neue Bundesregierung mit der Gipfeler ihrer Vorgängerin weitermacht. Bestes Beispiel: der so genannte Integrationsgipfel.

Ehrlich gesagt ist bei uns an jedem Tag Integration das Top-Thema, denn ein friedliches Zusammenleben in den kleinen Einheiten - der Stadt, dem Stadtteil oder dem Viertel - steht beim Bürgermeister ganz oben auf der Prioritätenliste. Das ist ein ewiges Bohren dicker Bretter. Einerseits weil natürlich immer wieder neue Menschen kommen, die bei uns leben wollen. Andererseits weil es Gruppen gibt, vor allem die Türken, die sich immer stärker von nationa-



gerne durch die magischen Begriffe „Migranten“ oder „Migrationshintergrund“ geschieht. Mit diesen Worten wird Deutschland seit drei Jahren überschwemmt und sie sind doch unserer Sprache so fern, dass selbst das Rechtschreibprogramm am Computer sie nicht kennt. Und vor lauter Begeisterung über diese Begriffe geht das Gefühl dafür verloren, dass sie mehr ver-

decken als klar machen. Was sagt denn „Wanderer“, so würde ich Migrant übersetzen, über den Menschen dahinter aus? Kommt er zu uns, um zu arbeiten und auf Dauer hier zu bleiben? Will er nur ein paar Jahre hier sein, um zu studieren, einen Job in seiner Firma zu erledigen oder hier zu lehren? Sucht er vorübergehend Schutz vor Verfolgung in seiner Heimat? Ist er ein Deutscher und kommt uns nur deshalb als Fremder vor, weil seine Familie jahrzehntlang in der Sowjetunion stigmatisiert und russifiziert wurde?

Nein, jeder hat ein anderes Schicksal und jeder braucht in anderer Weise Rat, Hilfe und Unterstützung. Wenn der Integrationsgipfel hier langfristige Impulse setzen würde, die örtlichen Initiativen und Einrichtungen auf kommunaler Ebene zu stärken, dann wäre für die Integration wirklich etwas gewonnen. Mehr jedenfalls als durch arrogant auftretende Berufs-Migranten, die in bester Funktionsmanier allerlei Forderungen an die deutsche Bevölkerung stellen, wie wir unser Leben und unsere Gesellschaft zu ändern hätten. Solchen Kindern sollte man die Streichhölzer wegnehmen.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird jedenfalls an seiner Linie festhalten. Jeder, der zu uns kommt, ist eine Bereicherung für uns. Er bringt seine Traditionen, eigenen Sichtweisen und Erfahrungen mit, von denen wir lernen können. Alle sollen sich hier entfalten, verwirklichen und wohlfühlen können. Aber den Takt gibt die Mehrheit vor, die alle gerne zum Mitmachen einlädt. Der kurze Nenner, auf den dies schon der griechische Theaterdichter Menander vor 2500 Jahren gebracht hat, steht auf dem heutigen Kalenderblatt: „Kein Mensch ist mir fremd, wenn er tüchtig ist.“

the
Sabrina

auch den Bedarf an einer Kinderbetreuung zu ermitteln. Landrat Stefan Röble hofft, dass durch das audit die ökonomischen und betrieblichen Vorteile einer familienfreundlichen Personalpolitik in den Vordergrund gestellt werden.

Strukturen ausbauen

Im Landkreis Günzburg will Landrat Hubert Hafner durch das Audit die bereits vorhandenen familienfreundlichen Strukturen stärken und Maßnahmen, die der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen, weiter ausbauen. Unter anderem ist die

Einführung eines Familienportals in den nächsten Monaten als aus dem Audit resultierende Maßnahme geplant, mit gezielten Angeboten für die Beschäftigten. Ebenso wird ein Patensystem zur Wiedereingliederung nach Elternzeit für Mütter bzw. Väter in Zusammenhang mit einem Leitfaden für Berufsrukehrer/innen eingeführt.

Die Landräte Leo Schrell, Stefan Röble und Hubert Hafner haben darüber hinaus ein konkretes gemeinsames Ziel formuliert. So soll die Auditierung der drei Landkreisverwaltungen für die Unternehmen der freien Wirtschaft in den drei

Landkreisen einen Impuls geben, eine Auditierung ihrer Unternehmen in Betracht zu ziehen, da sich familienfreundliche Personalpolitik aus betriebswirtschaftlicher Sicht nachweislich rechnet. So könnten durch familienfreundliche Maßnahmen Kosten, die durch Fluktuation, Fehlzeiten und eine längere Arbeitspause bis zum Wiedereinstieg in den Arbeitsprozess in der Regel entstünden, gesenkt oder sogar ganz vermieden werden. Nähere Informationen zum audit sind über die Homepage der berufundfamilie gGmbH www.berufundfamilie.de erhältlich. □

Wir sind der Partner für ...

... Kommunale Fachverfahren

- Einwohnermeldewesen
- Finanzwesen, NKF
- Gewerbewesen
- Friedhofswesen
- Dokumentenverwaltung
- Sitzungsdienst
- Wahlauswertung

... Service + Support

- IT-Dienstleistung
- Installations-Service
- Schulungskonzepte
- Betreuungskonzepte
- Fachhotline

... Online-Services

- Rathaus Service Portal
- Transportplattform komuna.NET



komuna GmbH

EDV-Beratung
Wallerstraße 2
84032 Altdorf
Tel. 0871/97 38 5-0
Fax 0871/97 38 5-600
E-Mail: info@komuna.de

www.komuna.de



Nachträgliches Geburtstagsgeschenk für Landrat Dr. Karl Voegelé

Landrat Dr. Karl Voegelé (rechts) feierte am 29. Juni seinen 66. Geburtstag. Jetzt konnte er sich über ein nachträgliches Geburtstagsgeschenk seines Stellvertreters und Landtagsabgeordneten Max Strehle freuen. Strehle überreichte Voegelé ein Sitzungsskissen, das folgenden Spruch vom Münchner Heimatdichter Helmut Zöpfl zielt: „Sitzung ogsetzt, highetzt, abghetzt, se higsetzt, se zsammgsetzt, ausanandergsetzt, d' Tagesordnung festgsetzt, wieder abgsetzt, ersetzt, Kommissionen eigsetzt, Kommissionen bsetzt, umgesetzt, gschwätzt, nix gsagt, vertagt, z'letzt neu ogsetzt, vui san zsammakumma, nix ist rauskumma, Sitzung umma.“

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 15/16, die am 3. August erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Museen

Landkreis Fürth:

Geplante Klage gegen „G 8- Förderbescheide“

Als erste bayerische Gebietskörperschaft: Gerichtliches Pochen auf Einhaltung des Konnexitätsprinzips

Unabhängig von den neuerlichen Versprechen des Bayerischen Kultusministers Siegfried Schneider will der Landkreis Fürth als erster Landkreis in Bayern gegen die „G8-Förderbescheide“ der Bayerischen Staatsregierung klagen.

Um die baulichen Rahmenbedingungen erfüllen zu können, die durch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums vom Freistaat vorgegeben wurden, baut der Landkreis Fürth seine drei Gymnasien derzeit für 3,132 Millionen Euro um. So müssen unter anderem Aufenthaltsräume, neue Fachräume oder auch Schulküchen realisiert werden. „Zwischen diesen Investitionen und der verfassungsmäßig garantierten staatlichen Förderung klafft aber eine große Lücke“, stellt die Landrätin fest. Die Differenz beträgt rund eine halbe Million Euro.

Vage Aussagen

In einem Schreiben, das bei den Gebietskörperschaften eingegangen ist, stellt Minister Siegfried Schneider zwar in Aussicht, dass neue Zweitbescheide erlassen werden sollen und bittet darum, von Klagen abzusehen. „Die Aussagen sind

aber nur sehr vage“, so Dr. Gabriele Pauli. Es würden auch keine konkreten Summen genannt. Der Landkreis Fürth könne es sich nicht leisten, abzuwarten, welche Zahlen am Ende herauskommen. Denn: Am 18. August 2006 läuft der Zeitraum ab, in dem eine Klage gegen die im Vorjahr erlassenen Bescheide möglich ist. „Lassen wir diese Frist verstreichen, müssten wir später ja alles abnicken, was aus München kommt. Das werden wir sicher nicht tun“, stellt die Landrätin klar.

Idee des Freistaats

„Immerhin ist das G 8 keine Idee von uns, sondern vom Freistaat. Und es gilt nun einmal das Prinzip: Wer bestellt, muss auch bezahlen“ zitiert Dr. Gabriele Pauli das von der Staatsregierung selbst in einer Pressemitteilung vor drei Jahren ausgegebene Motto. Dieses so genannte Konnexitätsprinzip sei schließ-

lich auch in der Bayerischen Verfassung festgeschrieben. Das Prinzip besagt: Wenn der Freistaat den Gemeinden, Landkreisen oder Bezirken neue Aufgaben oder Verpflichtungen auferlegt, hat er für die Deckung der damit verbundenen Kosten zu sorgen, notfalls für die Mehrbelastung einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu schaffen.

Vom Wert des Wortes

Aus Sicht der Kommunen besteht damit ein Anspruch auf Vollkostensatz. Für die Landrätin sind die Förderbescheide, die nur einen Teil der G8-Investitionen abdecken, daher ein klarer Bruch dieses Verfassungsgrundsatzes.

„Was ist das Wort eines Ministers wert, wenn offenbar schon die Bayerische Verfassung nichts zählt“, kritisiert Dr. Gabriele Pauli. Die Landrätin geht davon aus, dass auch die anderen Landkreise in Mittelfranken den gerichtlichen Weg einschlagen werden.

Den Vorwurf aus München, die Landkreise und Städte hätten das G8 dazu genutzt, auch

unnötige Um- und Anbauten auf Kosten des Freistaates zu realisieren, lässt Dr. Gabriele Pauli keinesfalls gelten: „Wir haben nur das wirklich Nötigste umgesetzt und keine goldenen Türklinken eingebaut.“ Das wurde dem Landkreis Fürth übrigens auch schriftlich vom Kommunalen Prüfungsverband und damit von absolut unabhängiger Seite im Rahmen einer Überprüfung bestätigt. Um so unverständlicher sei es, dass der Freistaat die notwendigen Fördermittel einbehalten will.

Dem Landkreis Fürth bleibt dabei kein anderer Weg als der gerichtliche. In Mittelfranken wurde probeweise das Widerspruchs-Verfahren abgeschafft. Was für die Bürgerinnen und Bürger Mittelfrankens gilt, trifft auch für Gebietskörperschaften zu: Gegen Verwaltungsentscheidungen kann kein Widerspruch mehr eingelegt werden. Somit bleibt in Mittelfranken nur der Weg zu Gericht.

Stichtag 18. August

Im Falle der G8-Förderbescheide läuft diese Möglichkeit für den Landkreis Fürth am 18. August 2006 ab. „Sollten wir bis dahin keine neuen Bescheide bekommen, werden wir klagen“, steht für die Landrätin fest. Dies hat sie bereits beim Bezirksparteitag der CSU, beim Besuch von Innenstaatssekretär Georg Schmid in Zirndorf sowie bei der Sitzung des Landkreistagspräsidiums ausdrücklich betont.

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN
KOCH
COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen

FAHNEN
KOCH
COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende



Kindergarteneinrichtungen



Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · D-91285 Wittingen
Tel. 0913/81 39 0 · Fax 0913/81 39 99
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Masten

FAHNEN
KOCH
COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Papierkörbe



der
Umwelt
zuliebe

EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31/93 55 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/93 55 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773) 82218 · Telefon: (02773) 82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen



KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · D-91285 Wittingen
Tel. 0913/81 39 0 · Fax 0913/81 39 99
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

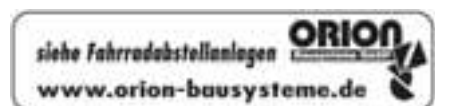
Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: +49 (0) 9621/7685-0 · Fax +49 (0) 9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wasserszähler



Weihnachtsbeleuchtung

dekoration
+ werbung



vertragshandel für
Felitto Star
weihnachtsbeleuchtung
+ fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 0911/69 39 65
telefax 0911/69 59 63
email: deko-jochum@online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen



Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de